



Keinem DDR-Bürger wird es schlechter gehen als bisher.
Im Gegenteil, es wird ein Wirtschaftswunder geben und Wohlstand
für alle.

Der Beitritt

Wie die DDR zur BRD kam



KPD/ML

1. Auflage 2004

2. Auflage 2006

3. Auflage 2007 (erweitert)

Diese Broschüre arbeitet 10 Jahre deutsche Einheit im Zeitraum von 1989 - 1999 auf. Der Schwerpunkt wurde dabei auf die Beantwortung der Frage gelegt, warum und wie der Beitritt der DDR zur BRD möglich wurde. Wie er organisiert wurde und welche ökonomischen und politischen Folgen das für die Menschen in Ostdeutschland hatte. Neuere ökonomische und politische Entwicklungen nach dem Jahre 2000 haben zwar weitere Veränderungen in den neuen Bundesländern mit sich gebracht, dennoch muss von den prinzipiellen Aussagen, die in dieser Broschüre getroffen werden, nichts wesentliches zurückgenommen werden.

Diese Broschüre ist besonders wichtig für Jugendliche, die heute politisch aktiv sind, aber die Zeit Ende der achtziger Jahre noch nicht bewusst miterleben konnten

Bereits im Januar 1990 wiesen die Kommunistinnen und Kommunisten darauf hin, was ein imperialistischer Anschluss für die Bevölkerung in der noch existierenden DDR bringen würde und welche Auswirkungen in Westdeutschland zu erwarten wären.

"Die Werktätigen in der DDR dürfen von der BRD keine Rettung, keine Lösung ihrer Probleme erwarten. Die BRD ist ein Land, in dem eingestanden werden muß, jeder 10. "arm" ist. Die KPD ist für Wiedervereinigung, aber nur dann, wenn in ganz Deutschland die Arbeiterklasse herrscht. Unter den heutigen Bedingungen würde "Wiedervereinigung" bedeuten, dass die westdeutschen Monopole die DDR schlucken. Und das würde für die Werktätigen in ganz Deutschland katastrophale Folgen haben: Die westdeutschen Monopole würde mit der DDR verfahren wie ein Konkursverwalter: Sie würden sie ausschlachten. Einige wenige Produktionseinheiten, die für sie lukrativ sind, würden sie übernehmen, dort rationalisieren und die Ausbeutung steigern. Der Rest würde liquidiert. Und zwar durchaus auch hochmoderne Anlagen, wenn die westdeutschen Monopole die entsprechende Produktion aus irgendwelchen Gründen im Westen durchführen wollen." (R M, Nr.1. 1990)

RM, 4/90

Kein Vertrauen den Bonzen in Ost und West! Kämpft mit Eurer Partei, der KPD(ML)!

Unter dieser Überschrift wurde in den letzten Tagen von unseren Genossinnen und Genossen in der DDR das folgende Flugblatt verteilt. Auf der Rückseite des Flugblattes befindet sich ein Artikel über Albanien „Keine Chance für Bonzen und Bürokraten“.

Die Wahl ist gelaufen, doch was hat sich geändert?

Soviel, wie wenn man ein Markstück von der einen Seite auf die andere wendet. Sie bleibt die Gleiche. Genau so wie die Bonzenherrschaft. Vorher Kombinatdirektoren der SED, jetzt Banken und Konzernherren. Doch was wird aus uns, der Arbeiterklasse? Es droht Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und die Verelendung der Massen. Was nutzen uns volle Schaufenster mit leeren Brieftaschen? Durch den Wegfall bisheriger Subventionen

werden die Preise für Mieten, Grundnahrungsmittel, Verkehrstarife, Kinderkleidung usw. drastisch in die Höhe gehen.

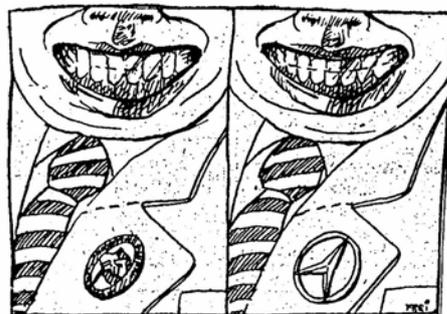
Ist es das, was wir wollten im Oktober '89?

Jahrzehntlang wurde uns das Denken verboten und Kritik mit StaSi-Terror unterdrückt. Und das alles unter dem Deckmantel des Sozialismus. Doch der ist nicht etwa kaputt, sondern wurde Ende der 50er Jahre verraten. Bürokraten wie Ulbricht und Honecker übernahmen die Führung und die SED verfälschte den Mar-

xismus-Leninismus. Statt Klassenkampf zum Kommunismus nur noch Produktivkräfteentwicklung (Gulasch-Kommunismus).

Der Profit der neuen privilegierten Schichten und nicht die Bedürfnisse der Arbeiterklasse wurde Maßstab der neuen Linie der nun revisionistischen SED.

Kommunisten, die dies erkannten und dagegen kämpften, gründeten 1976 in der DDR die KPD/ML, die in tiefster Illegalität arbeiten mußte. Viele von uns wurden dafür jahrelang in Honeckers Gefängnissen eingekerkert.



DAS GESICHT
DER NEUEN
BOURGROISIE
AUF DEM WEG
VON BÜROKRATISCHEN
ZUM KLASSISCHEN
KAPITALISMUS

Aus der Broschüre „Bolschewik“ der KPD in der DDR

Was gilt es jetzt zu tun?

- Kämpfen wir gegen den weiteren Sozialabbau!
- Organisieren wir uns in den Betrieben gegen kapitalistische Rationalisierung, Reallohnabbau und Betriebsstilllegungen!
- Verhindern wir die Vereinigung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus zu einem neuen Großdeutschland!

Der Revisionismus (Pseudosozialismus) an der Macht mündet in den Kapitalismus

Die ökonomische und politische Krise in den revisionistischen Ländern Osteuropas und insbesondere in der Sowjetunion waren auch in der DDR in den 80er Jahre spürbar. Um einen Ausweg zu finden, beschlossen die sowjetischen Führer einen rascheren Kurs hin zur Marktwirtschaft, zum offenen Kapitalismus. Ihre Hoffnungen gingen davon aus, dass sie als die alte Elite weiterhin das Sagen haben. Eine offene bürgerliche Gesellschaft war das Ziel der sowjetischen Partei- und Staatsführung. Dazu war es auch notwendig, Änderungen in den anderen osteuropäischen Ländern durchzusetzen. Die Sowjetführung leitete entsprechende Maßnahmen ein. In dieser Situation eines Umbruchs kam es zu einer Reihe von nicht vorhergesehenen Demonstrationen von Teilen der DDR-Bevölkerung. Geführt wurden diese von kleinbürgerlichen und prowestlichen Kräften. In dieser Zeit des Umbruchs zeigte es sich, dass es katastrophal war, dass es keine politische Kraft in der DDR gab, die die Interessen der Werktätigen vertrat.

Die Gesellschaftsordnung der DDR war weder sozialistisch, d.h. ihre Entwicklungsweichen waren nicht hin zu einer klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft gestellt - denn nur dann ist sie sozialistisch - noch war sie eine klassische kapitalistische Gesellschaftsordnung. Was sie aber bestimmt war, sie war eine Unterdrücker- und Ausbeuterordnung. Sie war eine Gesellschaft der Entartung des Sozialismus.

Der Sozialismus ist die Übergangsgesellschaft zu Kommunismus, aber eine solche Übergangsgesellschaft, in der der Kampf zwischen Kapitalismus und Kommunismus noch nicht entschieden ist, in der die Entwicklung in beide Richtungen möglich ist. Der Revisionismus ist eine Ordnung, die zwangsläufig in den Kapitalismus übergeht. Die einzige Möglichkeit, dies zu verhindern, wäre die erneute Machtergreifung durch das revolutionäre Proletariat. (Ansätze gab es in der DDR: 1975/76 wurde dort die KPD-Sektion DDR illegal gegründet. Nach Jahren brutaler Verfolgung wurde sie Anfang der 80er Jahre zerschlagen, Mitglieder zu hohen Haftstrafen verurteilt)

Die DDR ging ebenso wie die anderen revisionistischen Staaten vor allem an ihren inneren Widersprüchen zugrunde. Die revisionistische Ökonomie, deren Niedergang in den 80er Jahre immer offener zum Vorschein kam, förderte in der revisionistischen SED eine Befürwortung eines offenen Kapitalismus. Kapitalismus schien Befreiung der Produktivkräfte zu bringen und Lösungen der gravierenden Mangelercheinungen. Eine Lösung der Devisenverschuldung sahen führende SED-Verantwortliche ebenfalls in einen Übergang zum Kapitalismus in der DDR.

Ein Anschluss an die BRD ohne die aktive Unterstützung durch die SED/PDS wäre nicht möglich gewesen. Sie war es auch, die eine Privatisierung der Volkswirtschaft in die Wege leitete.

In der DDR gab es am Jahresende 1986 nur noch 3449 Betriebe in der Industrie (1970: 11 546. 10% dieser Betriebe hatten mehr als 2500 Beschäftigte. Sie vereinigten rd. die Hälfte der Beschäftigten in der Industrie auf sich. Um Maximalprofite zu erzielen wurde in der DDR z.B. 1963 das "Neue Ökonomische System der Planung und Leitung" (NÖSPL) offiziell verankert. Danach "ist das Streben der Betriebe und VVB (Vereinigte Volkseigene Betriebe) nach einem hohen Gewinn identisch mit ihren Anstrengungen um eine hohe volkswirtschaftliche Leistung" (Richtlinien für das NÖSPL, Gesetzblatt II. Nr. 64 vom 11.7.1963, S. 469)

Im Fünf-Jahres-Plan 1966 - 1970 kamen diese Entscheidungen zum ersten Mal zum Tragen. Einer der Architekten des Fünf- Jahresplans 1966-70, Werner Obst, schildert diesen "Plan" so: "Investitionen flossen in zukunftsträchtige Branchen, wurden auf hochrentable Erzeugnisse konzentriert. Und die Planung hatte sich dem anzupassen... jetzt änderten sich nicht mehr nur die Organisation der Leitung oder die Methode der Planung, es änderte sich die Zielgröße der Planung - der Maßstab des Wirtschaftens überhaupt. Es ging um das geniale Prinzip von Adam Smith: Indem jedermann sein Kapital so einsetzt, dass es sich am höchsten verzinst, leistet er zugleich den größten Beitrag zum Wohlstand der Nation... Die Kapitalrentabilität avanciert zur strategischen Ziel-, Führungs- und Regelgröße. Bisher wurden Volkseigene Betriebe direkt über den Plan gesteuert..., mit 5000 Kennziffern. Jetzt ging es darum, die Wirtschaft indirekt zu lenken - bis hin zur Selbstregulierung über Gewinn, Zins, Kredit, Preis und Steuer, alles bourgeoise Kategorien mit kapitalistischem Inhalt. Es gab noch ganze 200 Kennziffern." ("Wirtschaftswoche", 28.8.1987)

Die Beseitigung der noch bestehenden Hüllen der ehemaligen Planwirtschaft vollzog sich seit den 60iger Jahre. Anfang 1988 ist mit dem "Gesetz über den eigenverantwortlich zu erwirtschaftenden und zu verwendenden Investitionsfonds" eine neue Phase eingeläutet worden. 17 Industriekombinate wurden damit weitgehend selbständig. Sie erhielten vom Staat keine Investitionsmittel mehr. Sie entschieden natürlich wie alle anderen Konzerne auch selbständig über die Verwendung des Mehrwerts. Außerdem erhielten sie größere Freiheiten im Außenhandel.

Der Weg, sich von bürokratischen Hemmnissen zu befreien, entspricht den Interessen derjenigen, die die Staatsmonopole leiten und über sie verfügen. Deshalb lautete auch die Parole der SED: mehr Marktwirtschaft.

Gleichzeitig förderte die SED eine starke Basis des "Kleinkapitalismus". Weniger in der Landwirtschaft (wie in Polen), als im Handwerk und Handel. 1987 arbeiten 450 000 d.h. mehr als 5% der Erwerbstätigen in privatkapitalistischen Betrieben. 260 000 allein im Handwerk. Aber auch in der Landwirtschaft förderte die revisionistische SED seit Mitte der 70er Jahre die privatkapitalistische landwirtschaftliche Produktion. Jedes sechste Pfund Fleisch, jede achte Tomate und Gurke, ein Drittel des Obstes und 40% der Eier stammten aus der privaten Landwirtschaft. (FR, 31.8.85)

Die Zentralgewalt in der DDR handelte als Eigentümer der Produktionsmittel

Die Zentralgewalt (SED-Politbüro) samt der kompletten Bürokratie handelte als Eigentümer der Produktionsmittel. Sie konnte in jedem beliebigen Einzelfall verbindliche Direktiven für das gesamte Wirtschaftsleben aufstellen. Sie konnte auch jeden einzelnen Betriebsleiter mit einem Federstrich entlassen. Die Betriebsleiter hatten Möglichkeiten mittels weicher Pläne, schlechter Qualität, die Wirtschaft zu schädigen und eigene Privatinteressen zu verfolgen. In der revisionistischen DDR-Gesellschaft war die gesellschaftliche Stellung dieser gesamten Schicht dadurch bestimmt, dass die Betriebsleiter ausschließlich diese Privatinteressen verfolgten. Sie handelten in gewisser Weise als Eigentümer der Produktionsmittel.

Die Entscheidungen der Zentralgewalt waren politische Entscheidungen, die der Machterhaltung der gesamten Ausbeuterklasse dienen. Aus diesem Grunde waren sie darauf gerichtet, ein leidliches Funktionieren der Wirtschaft zu gewährleisten und den größten Erscheinungen von Misswirtschaft, Parasitismus und Vergeudung entgegenzuwirken. Gleichzeitig vertrat die Zentralgewalt die besonderen Interessen des bürokratischen Teils der neuen Ausbeuterklasse, die darauf gerichtet waren, seine eigene Existenz zu sichern und zu verhindern, dass das revisionistische System durch normale kapitalistische Verhältnisse abgelöst wurde.

Objektiv aber ging das Streben der Betriebsleiter dahin, die Macht der Zentralgewalt immer mehr einzuschränken und letztlich zu beseitigen, "normale" kapitalistische Verhältnisse herzustellen. Da dies den parasitären Teil der Ausbeuterklasse (Zentralgewalt, führende Funktionäre, die staatliche und politische Bürokratie etc.) beseitigen würde, stemmte dieser sich dem entgegen. Demagogisch stellte er dies als Verteidigung des Sozialismus, als Verteidigung von Arbeiterinteressen hin: Keine Kündigungsmöglichkeit seitens des Betriebsleiters, subventionierte Preise der Konsumgüter usw.

Andererseits waren die Betriebsleiter bestrebt, die Arbeiter ihres Betriebs an sich zu binden und als "Betriebskollektiv" der Zentrale gegenüberzutreten. Dies geschah durch Bestechung, Prämien, Duldung von Schlendrian etc.

Da diese beiden Teile der Ausbeuterklasse Möglichkeiten hatten, ihren Kampf gegen den jeweils anderen Teil als Verteidigung von Arbeiterinteressen darzustellen, war es für die Arbeiterklasse schwer zu erkennen, dass ihr objektives Interesse im Kampf gegen die Ausbeuterklasse als Ganzes lag. Die Bedingungen für den proletarischen Klassenkampf waren daher ungünstig.

DDR-Kombinatsdirektoren organisierten die Wiedervereinigung mit



Der rote Teppich ist ausgelegt...

Nach dem Prinzip "eine Hand wäscht die andere" hatten die "Genossen" Betriebsdirektoren sich und ihren Günstlingen Privilegien zugeschanzt. Offiziere ließen sich mit Armeemitteln - und teilweise durch die Arbeit der Soldaten - Häuser bauen usw.

Diese Herrschaften aus Betriebsmafia, Direktoren usw. standen schon lange im Clinch mit der staatlichen Bürokratie, die ihre Bewegungsfreiheit einengte. "Wir sozialistischen Manager brauchen dieselben Spielräume wie ein West-Manager. Jede Einschränkung geht auf Kosten der Effizienz... Ich brauche keine staatlichen Stellen, die mir ihre Bedingungen diktieren." (Heinz Warzecha, Generaldirektor des Werkzeugmaschinenkombinats 7. Oktober, in

"Wirtschaftswoche" 1.12.1989) Dieser kaltschnäuzige Typ sprach das aus, was auch seine Kumpane dachten: "Der Gedanke des Sozialen ist bis ins Widernatürliche gesteigert worden."

Sie wollten, dass die Arbeitskraft offen zur Ware wird. Dass sie Herr darüber sind, ob ein Arbeiter Lohn und Brot hat oder nicht. Den daraus entstehenden Druck wollten sie nutzen, um die Arbeitshetze zu steigern wie im Westen. Sie wollten, dass die Preise steigen, damit ihre Profite steigen.

1989: Die wenigen Brosamen, die die Machthaber der SED den Werktätigen ließen, um das verkommene Regime als "Sozialismus" verkaufen zu können, sollten wegfallen. Streichung der Subventionierung von Grundnahrungsmitteln und Wohnungen, gnadenloser Konkurrenzkampf zwischen den Betrieben. Es war die Zeit eines Manchester-Kapitalismus, wie es Jürgen Kuczynski (bekannter DDR-Wirtschaftswissenschaftler) nannte. Die revisionistischen Betriebsdirektoren zeigten ihr wahres Gesicht noch einmal. Diesmal ohne den "sozialen Klimbim".

In einem Leserbrief schildert ein Kollege die Situation 1990 in "seinem" Betrieb: "In letzter Zeit ist zu beobachten, dass sich die meisten Betriebsleiter die Gehälter in unverschämter Weise erhöhen. Es ist in vielen Fällen das Drei- bis Vierfache einer normalen Gehaltserhöhung. Die Produktionsarbeiter wurden mit 0,30 Mark oder 0,50 Mark je Stunde abgefertigt, und bei jeder Gelegenheit wurde darauf hingewiesen, dass das notwendige Geld erst erarbeitet werden muss. Ferner bekommt man schon angeboten, dass man ja gehen kann, wenn es einem nicht passt. Dieselben Leute, die sich im alten Regime und in Machtstrukturen sehr wohl fühlten, bestimmen jetzt wieder über Sein und Nichtsein. Als es im November auf die Straße ging, waren die meisten von ihnen zu feige, denn man hatte ja trotzdem noch seinen guten Posten zu verlieren, weil auf Kreisebene noch die alten Betonköpfe an der Macht waren. Erst als sich hier Veränderungen ergaben, wurden sie etwas mutiger. Betriebsleiter hatten sich durch ihre Dienststellung irgendwelche Vorteile geschafft, weil die Wirtschaft so verfahren war, dass sich gar kein Ersatz für die leitende Tätigkeit finden ließ. Dieser Umstand führte dazu, dass er ausgenutzt wurde. "Ich habe nach der Währungsunion keine Lust, meinen Unterhalt für 800 D-Mark Netto zu bestreiten..." (Heinz Petz, Havelberg - MD-Volksstimme 28.5.1990)

Freier Aussenhandel

"Was ich produziere, bestimme ich schon heute. Nun will ich auch bestimmen, wohin ich es verkaufe." So Generaldirektor Boegelsack vom Kombinat Rundfunk und Fernsehen in Staßfurt (23 000 Beschäftigte), ("Capital", 1/90, S.12) Wenn sie außerhalb der DDR ihre Produkte profitabler verkaufen konnten, wollten sie das auch tun. Ohne Behinderung durch den Staat. Robotron-Chef Workurka, Herr über ein Kombinat mit 69 000 Beschäftigten, erhoffte sich Absatzerhöhungen auf westdeutschen Märkten um 30%. Die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, die das Ziel der Direktoren war, erforderte natürlich Kooperationen aller Art mit BRD-Monopolen und anderen bis hin zu gemeinsamen Produktionen. "Öffnung nach aussen bedeutete auch Abbau aller Barrieren für eine intensive unternehmerische Verflechtung unserer Betriebe mit der Wirtschaft der Bundesrepublik und anderer westlichen Ländern." (Generaldirektor Andreas Montag, VEB Keramische Werke Hermsdorf in "Wirtschaftswoche", 7/90)

Rationalisierung

Hektisch reisten die Ostmanager 1990 in den Westen und umgekehrt und spannten ein immer dichteres Netz gemeinsamer Produktion. "Wir könnten unsere Produktion mit zwei- bis dreitausend Mann weniger durchführen und wären effektiver. Ich werde das auch machen." (WiWo, 7/90) so DDR-Generaldirektor Henri Berger vom VEB Möbelkombinat Berlin. Solche Pläne hatten sie alle. Sie sehnten den Tag herbei, an dem sie Leute auf die Straße werfen konnten, ohne dass es ihnen von irgendwem verwehrt wird. Auf die Frage, wie viele Kennziffern nötig sind, antwortete Direktor Jank vom Optima Büromaschinenwerk in Erfurt: "Nur eine, der Gewinn." ("Capital", 1/90)

Die SED, die den Gewinn wieder in den Mittelpunkt der Ökonomie gestellt hatte, wurde von den Geistern, die sie selbst gerufen hat, von der Macht verdrängt.



Änderung der Besitzverhältnisse

Generaldirektor Monat forderte, dass Betriebe kein Staatseigentum sein dürfen, sondern Aktiengesellschaften werden müssen. (Wirtschafts Woche, 7/90) GD Wokurka wollte Robotron ebenfalls zu einem "Konzern westlichen Zuschnitts" umbauen. (ebenda)

Die DDR-Kombinate waren an ihrer Umwandlung in Aktiengesellschaften interessiert, um ihre Kapitalbasis zu stärken. Der DDR-Staat hatte über 100 Milliarden Mark Schulden, er litt an Devisenmangel - also war das Staatseigentum für die Manager nicht attraktiv. Eine Reprivatisierung von Kombinatens entsprach den Interessen der DDR-Manager, die sich dadurch das nötige Kapital holen wollten.

Dieser Prozess führte dazu, dass die ehemaligen Besitzer der DDR-Kombinate, die IG Farben, AEG, Siemens usw. schrittweise die Kontrolle über ihre alten Betriebe zurückverlangten. Solange die DDR-Manager selbst davon profitierten, störte es sie wenig. Auch die beiden DDR-Regierungen (1990) wollten über Reprivatisierung ihre Finanzen aufbessern.

Aus all diesen Gründen war die Wiedervereinigung keine Einverleibung der DDR, kein Anschluss, sondern ein Ziel der Herrschenden in beiden Staaten gewesen.

Das westdeutsche Kapital brauchte nicht mit Panzern einzumarschieren, gegen den Willen der DDR. Die herrschende Klasse der DDR lieferte sich selbst aus, weil sie sich Maximalprofit erhoffte.

"Warum nach Fernost gehen, wenn die DDR unter veränderten Verhältnissen künftig dasselbe leisten kann." (Kaufhof Vorstandsvorsitzender Odewald, WiWo, 1/90)

Dieses Billiglohnland wurde den westdeutschen Konzernen von der herrschende DDR-Klasse, die sich aus den Apparatschicks, den Führungskadern, den Bürokraten, hohen Offizieren und den Kombinatensdirektoren zusammensetzte, auf dem Tablett serviert.

Die Treuhand



Die Treuhandgesellschaft wurde Anfang 1990 gegründet mit dem Ziel der Privatisierung der "volkseigenen" Betriebe. "Sozialistische" Direktoren, die SED-"Fürsten", die Elite des untergehenden DDR-Staates erhofften sich durch die Treuhand ein "sicheres" Übergleiten in den Kapitalismus. Ihre Stellung in der Hierarchie, ihre Privilegien sollten auch weiterhin garantiert werden, wenn möglich noch ausgeweitet werden. Mit dem "Beitritt" zur BRD änderte sich das Bild aber: schrittweise wurden die "alten" Herrschaften durch "neue" Bundesdeutsche ersetzt.

Konnten noch im "Statistischen Jahrbuch 1990" (Wiesbaden) umfangreiche Angaben über die Wirtschaft der DDR eingesehen werden, war es im darauf folgenden Jahr vorbei. Zahlen, die einen Vergleich der ostdeutschen Wirtschaft vor und nach der staatlichen Vereinigung ermöglichen könnten, waren von 1991 an schwer zu erhalten. Die Absicht war klar: Die tatsächliche Ausgangssituation sollten verschleiert werden.

Bereits im ersten Halbjahr 1991 war die ostdeutsche Industrieproduktion gegenüber 1989 durch den Crash-Kurs um 67% zurückgegangen, im Maschinenbau betrug der Rückgang sogar 70%, in der Elektrotechnik 75% und in der Feinmechanik 86%. Aus einem Industrieland war ein Entwicklungsgebiet innerhalb der EU geworden. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der ostdeutschen Bevölkerung war niedriger als in jeder anderen Region der EU. Am 10.3.93 stellte das Deutsche Institut für Wirtschaft nüchtern fest: "Ostdeutschland ähnelt Sri Lanka. Die verarbeitende Industrie habe nur noch ein Anteil von 15% am BSP. Damit befinde sich die ostdeutsche Wirtschaft auf dem Niveau ähnlich Sri Lankas."

Die Vorgeschichte

"Das haben wir alles nicht gewusst" und "alles war für uns neu, wir hatten ja keine Erfahrung und Pläne" - so die Standarderklärung aus der Treuhandzentrale. Eine dreiste Lüge. 1951 beauftragte Adenauer persönlich Dr. Ernst, die Vorbereitungen für die Wiedervereinigung Deutschlands in die Hand zu nehmen. Adenauer wusste genau, warum er Friedrich Ernst mit dieser Aufgabe betraute. Der 1889 geborene Ernst war promovierter Jurist und arbeitete von 1919 bis 1931 im preußischen Handelsministerium. 1935 ernannte ihn Hitler zum Reichskommissar für das deutsche Kreditwesen. Von 1939 bis 1941 oblag ihm als Reichskommissar die Verwaltung des "feindlichen Vermögens". In dieser Eigenschaft wirkte er maßgeblich an der Ausarbeitung der "Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten" mit. Vier Jahre lang sammelte er umfangreiche Erfahrungen bei der Annexion Österreichs und der Sudetengebiete. In dieser Zeit wurden Instrumente geschmiedet, die nach dem Krieg direkt zum Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung hinführten. Als wichtigstes Annexionsinstrument erwies sich dabei die Währungspolitik, insbesondere eine spezifische Taktik der "Währungsunion", bei der die Währung des annektierten Gebietes kurz vor ihrer Liquidierung noch einmal künstlich aufgewertet wurde, um das annektierte Territorium schlagartig von seinen ökonomischen Außenbeziehungen abzutrennen und seine Kapital- und Warenmärkte für einen radikalen Durchdringungsprozess seitens der Unternehmen der Annexionsmacht zu öffnen.

Hinzu kam die Einrichtung gesamtwirtschaftlicher Agenturen zur möglichst raschen Aneignung, Privatisierung und Übertragung von Sachvermögen, die 1939 in Gestalt der Haupttreuhandstelle Ost ihren ersten Höhepunkt fand.

Die Vorläuferorganisation der Treuhand hieß "Haupttreuhandstelle Ost - HTO" und wurde im Oktober 1939 als Sonderbehörde des "Vierjahresplans" gegründet und koordinierte in den folgenden Jahren die Enteignung und Eigentumsübertragung des gesamten Sachvermögens der polnischen und jüdischen Bevölkerung in den so genannten eingegliederten Ostgebieten. Im Verlauf der Europäisierung der deutschen Okkupationspolitik folgten weitere Treuhand- Institutionen in den jeweiligen besetzten Territorien.

Unter der Tarnbezeichnung "Aufbau Ost" liefen die Vorbereitungen zum Überfall auf die sozialistische Sowjetunion. Später wurden diese dann als "Unternehmen Barbarossa" weitergeführt.

Unter der Losung "Aufbau Ost" wurde die DDR fast vollständig platt gewalzt. Umrahmt wurde dieser Raubzug, die Zerstörung einer fremden Wirtschaft mit einer schier unglaublichen Demagogie der Versprechungen. Hatte nicht auch bei der Annexion Österreichs und der Sudetengebiete die Demagogie der Versprechungen eine entscheidende Rolle gespielt?

Die Gründung des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands

Am 24. März 1952 eröffnete der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, hinter verschlossenen Türen des Bundeshauses in Westberlin die konstituierende Sitzung des "Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands". Vorsitzender wurde Friedrich Ernst. Der Beirat erarbeitete Konzepte für die Einverleibung der DDR und die Restauration des Kapitalismus in der DDR. Mehr als 40 Jahre war der Forschungsbeirat bzw. die nach seiner Auflösung im Jahr 1975 übrig gebliebene Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, an der Ausarbeitung an Plänen zur (friedlichen oder gewaltsamen) Annexion der DDR beteiligt. Insgesamt tagten die Gremien des Forschungsbeirats 1513 (!) Mal. Wohl nie in der Geschichte ist der Anschluss eines anderen Landes an das eigene Hoheitsgebiet so intensiv wirtschafts- und sozialpolitisch vorgedacht worden.

Einige vorgeplante Sofortmassnahmen

Unmittelbar nach der Gründung des Forschungsbeirats setzten die Sofortplanungen für den "Tag X" ein. Dazu war es notwendig, die finanzielle Seite der DDR-Wirtschaft, deren Kapazitätsentwicklung, das Arbeitskräftepotential genauestens zu analysieren. Den Anschlussplanern war aufgrund ihrer einschlägigen Erfahrungen aus dem Jahre 1938 sehr wohl bewusst, welche Bedeutung es hatte, am "Tag X" den "gewaltigen Bedarf" der DDR-Bevölkerung "an Genussmitteln und feineren Lebensmitteln" zu decken (so M. Kramer auf der Arbeitstagung des Forschungsbeirats am 16./17.4.1952). Hauptanliegen des Forschungsbeirats war es, konkrete Schritte zur Wiederinbesitznahme des Wirtschaftspotentials zwischen Elbe und Oder vorzuplanen. Die ersten Bemühungen galten einem Wahlkampf, denn von seinem Ausgang hingen die politischen Handlungslegitimationen ab. Zur Vorbereitung wurde in Westberlin "ein Papierlager im Werte von rund 4 Millionen DM... eingerichtet". (Vermerk für Abteilung I, Betr. Vorbereitungen der Zeitungsbetriebe für den Fall der Wiedervereinigung, Berlin 30.9.1952, BArchK, B 137 I/82)

Parallel dazu wurden ordnungspolitische Sofortmaßnahmen vorbereitet. Die Palette der Richtlinien dafür waren außerordentlich breit, denn man wollte gründlich aufräumen und so schnell wie möglich unumkehrbare Fakte schaffen. Personalpolitische Massnahmen waren dazu besonders geeignet und man rechnete mit der Entlassung von 90% der öffentlichen Bediensteten in der DDR. (Vgl. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Protokoll über die Besprechung der Staatssekretäre am 21.4.1952 über die Massnahmen nach der Wiedervereinigung, BArchK, B 137 I/12) Empfohlen wurde auch, die meisten Betriebsleitungen im Produktions- und Handelssektor sofort auszuwechseln.

Dafür sollte die bundesdeutsche Funktionselite eingesetzt werden. (Vg. Forschungsbeirat, Richtlinien für die Auswahl der Betriebsleitungen. 3./4.11.1952, BArchK, B 102/12.615)

So heißt es in einem Dokument "Empfehlungen zur Einfügung der `volkseigenen` Industriebetriebe der SBZ in die nach der Wiedervereinigung zu schaffende, im Grundsatz marktwirtschaftliche Ordnung":

- Die Struktur und die Stellung der volkseigenen Betriebe werden so verändert, dass sie als selbstständige Unternehmen in eigener Verantwortung tätig sein können ("modifizierte VEB").
- Zum Stichtag des Inkrafttretens der Übergangsregelung haben die "modifizierten VEB" eine Eröffnungsbilanz aufzustellen.
- Mit der Verwirklichung der Übergangsregelung wird eine "Obere Behörde" beauftragt, die unmittelbar den zuständigen Zentralbehörden untersteht.
- Zur Beratung der "Oberen Behörde" ist ein Beirat aus sachkundigen Persönlichkeiten zu bilden. Er soll vor generellen Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung gehört werden.
- Die "Obere Behörde" hat Aufsichtsräte für die "modifizierten VEB" zu errichten.
- Die "Obere Behörde" kann die "modifizierten VEB" auflösen, teilen oder mit anderen vereinen, wenn dadurch für den Marktwettbewerb bessere Voraussetzungen geschaffen werden.
- Nach dem 8. Mai 1945 aus Mitteln des Staatshaushaltes geschaffene Betriebe können von der "Oberen Behörde" verkauft werden. (Dritter Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung, Bonn und Berlin 1961)

Eine gewisse Ähnlichkeit dieser "Übergangsstrukturen" von 1961 mit denen nach 1990 sind nicht zu übersehen. Für "modifizierte VEB" setzt man GmbH, für "Obere Behörde" - Treuhandanstalt, für "zuständige Zentralbehörden" - Bundesministerium der Finanzen und Bundeswirtschaftsministerium, für "Beirat der Oberen Behörde" - Treuhandverwaltungsrat. "Aufsichtsrat" bleibt Aufsichtsrat und dem Wort "Eröffnungsbilanz" sind nur die Buchstaben DM voranzusetzen.

Erörtert wurde weiterhin die Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR. Die "Forschungsergebnisse" wurden 1964 in der "Empfehlung für eine Umwandlung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) in Übergangsgemeinschaften und ihre Auflösung" zusammengefasst. Diese sahen vor, die Landwirtschaftlichen Produktions- Genossenschaften (LPG) so bald wie möglich aufzulösen und durch "Betriebsformen einer freiheitlichen Wirtschaft" zu ersetzen. Das diese Empfehlungen nach 1990 praktiziert wurden, war also nicht zufällig.

Ähnlich wurden auch die Währungsfragen behandelt. Bereits 1954 wurde dafür ein spezieller Arbeitskreis gegründet. Der "kleine Währungskreis" befasste sich mit den Fragen einer Währungsumstellung in der DDR, der Angleichung der Löhne, Gehälter, Renten und privaten Sparguthaben an die der Bundesrepublik sowie der Versorgung der ostdeutschen Industrie mit Kapital nach dem Tag X. Bereits 1953 hatte sich der Finanzausschuss des Forschungsbeirates mit der Währungsumstellung beschäftigt und festgestellt, dass diese im Verhältnis von 1:1 zu erfolgen habe. Jedoch seien "vorübergehende, partielle, restriktive Maßnahmen, wie eine zeitweilige Sperrung von Sparguthaben und Buchkonten, ein Umtausch nur nach Kopfquoten und zu späterer Zeit Umstellung der über die Kopfquoten hinausgehenden übrigen Bargelder, denkbar". (Deutschlandarchiv 1996)

Auch hier wurde weitgehend praktiziert, was vorgeplant war. Es fehlte nur die für die DDR-Bürger in Aussicht gestellten Anteilsscheine am Privatisierungserlös der VEB's für nicht im Verhältnis 1:1 umgestellte Sparguthaben. 1953 war man darauf noch nicht gekommen. 37 Jahre später, im Rahmen der Realisierung der Währungsunion vom 1. Juli 1990, ließ man sich noch einige Finessen einfallen.

Hunderte von Einzelfragen wurden behandelt und der Forschungsbeirat entwickelte seine Konzepte, die 1990 umgesetzt wurden. So wurde für die umgehende Auflösung der Betriebs- und Abteilungsgewerkschaftsleitungen plädiert.

Der Aufbau einer Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung nach westdeutschen Standard wurde erörtert. Weitere Überlegungen und Pläne gab es zur Wiedereinführung der Niederlassungsfreiheit der Ärzte und die Umwandlung von Polikliniken und Ambulatorien in "Gemeinschaften privater Ärzte", die "Umwandlung der kommunalen Wohnungsverwaltungen nach Grundsätzen marktwirtschaftlicher Ordnung" und zur Förderung "gemeinnütziger Wohnungsbaugenossenschaften und privater Bauherren", zur Einführung einer "privatwirtschaftlichen Betriebsführung" für den "früheren Privatwald" und zur Errichtung eines Systems der Sozialhilfe auf der Grundlage des westdeutschen Fürsorgegesetzes.

Selbst das spätere "Schicksal" der Kollegen von Bischofferode wurde in den 50er Jahre vorgeplant. So heisst es in den "Richtlinien für Übergangsmassnahmen im Bereich der Düngemittel", die das Plenum des Beirates am 17. Oktober 1956 verabschiedete, dass in der "sowjetisch besetzten Besatzungszone bei Kali jetzt Kapazitäten (existieren), die im Falle der Wiedervereinigung eine Ausweitung... nicht erfordern", da sich "Überkapazitäten für Gesamtdeutschland ergeben würden." (Zweiter Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirates, Bonn 1956)

Aufwendige Untersuchungen der DDR-Wirtschaft wurden durchgeführt. Bis in die Details gingen die Überlegungen für einen Anschluss. So wurde der Maschinenbau vor allem als Adressat umfangreicher westdeutscher Zulieferungen ausersehen. (Vgl. Den Abschnitt Maschinenbau im Bericht des Bilanzierungsausschusses, Tätigkeitsbericht 1954/56)

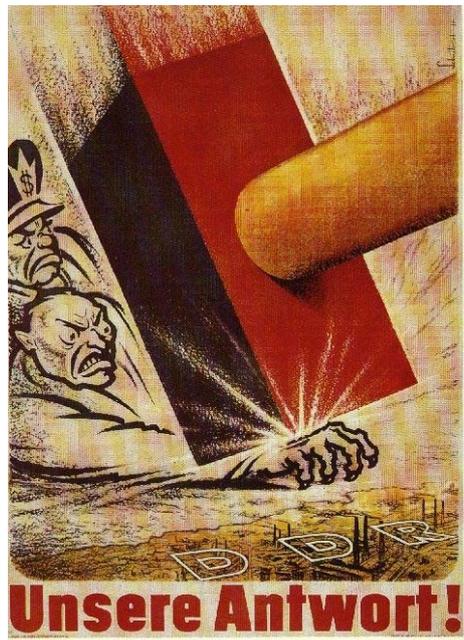
Die elektronische Industrie sollte mit der Zufuhr langlebiger Konsumgüter aus der BRD konfrontiert werden. (Vgl. ebenda, Abschnitt Elektrotechnik) Auch die Pharma-Industriellen erkannten neue Chancen für den Abbau ihrer Überkapazitäten. (Bilanzierungsausschuss, Feststellungen zur Versorgung Mitteldeutschlands mit Arzneimitteln in der Übergangszeit nach der Wiedervereinigung, Tätigkeitsbericht 1961/1965)

1969 charakterisierte der Präsident des Beirates, Johann Baptist Gradl, die "Vorarbeit des Forschungsbeirates" so: "Ihr eigentlicher Sinn war und ist, vorbereitende Denkarbeit für praktische Lösungen und Varianten zu leisten. Wenn es einmal zu realer Wiedervereinigungsarbeit kommt, finden sich die Problematik und eine Skala praktikabler Verfahrensweisen aufbereitet vor. Sollten sich die Verhältnisse in einem oder in beiden Teilen Deutschlands wesentlich ändern, so können die bisherigen Stellungnahmen des Forschungsbeirates ohne allzu große Mühe neuen Situationen angepasst werden." (Fünfter Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirates, Bonn und Berlin 1969)

Die Konzepte lagen in den Schubfächern, man brauchte sie nur zu entstauben und der neuen Situation anpassen. 1990 war es dann soweit.

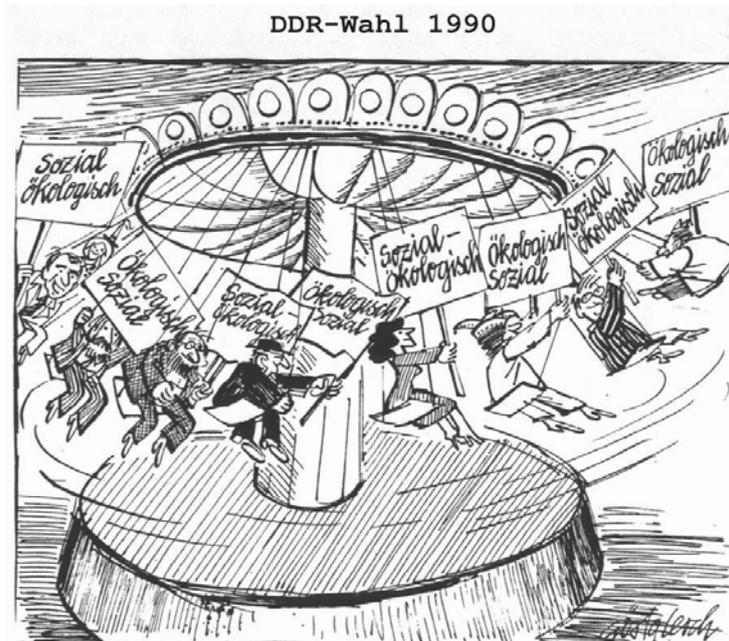
Das Jahr 1989/90

Nach nur fünf Wochen Wahlkampf hatten am 18. März 1990 die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger der DDR über die Kandidatinnen und Kandidaten von 24 Parteien und Gruppierungen zu entscheiden. Die CDU war in der DDR "Erfüllungsgehilfin der SED" (Konrad Weiß) und "die kleine SED" (Jens Reich). Sie war mit einem deutschnationalen konservativen Programm angetreten ("Allianz für Deutschland": CDU/DA/DSU) und erzielte 48%. Die SPD, die sich ebenfalls für eine schnelle Vereinigung aussprach, errang 21%.



DDR – Anfang der 50er Jahre: Klassenfeind bleibt Klassenfeind. Erst die revisionistische SED-Politik schuf den Nährboden für Illusionen nach bürgerlicher „Freiheit“, „Demokratie“ und „Wohlstand“.

Wie frei waren eigentlich diese "freien Wahlen?" Laut Helmut Kohl war es "die erste freie Wahl seit 58 Jahren" und für Egon Bahr zählte sie "zu den schmutzigsten Wahlen, die ich je in meinem Leben beobachtet habe".



"Was BRD-Politiker im Wahlkampf unter Ausnutzung der Notlage und der Ängste der DDR-Bevölkerung vorgeführt haben, übertrifft in vielen Beziehungen die Einmischungspraxis imperialistischer Vormächte gegenüber so genannten Bananenrepubliken", konstatierten die "Blätter für deutsche und internationale Politik" im Mai 1990.



Einen Höhepunkt erreichte die Einmischung mit der Tagung des Vorstands der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 10 Tage vor dem Wahltermin in Dresden. In einer "Dresdner Erklärung" wurden die deutschnationalen Leidenschaften noch einmal angefacht und erklärt, dass "der einheitliche deutsche Bundesstaat Deutschland" auf dem Weg des Grundgesetzartikel 2, also durch Beitritt, verwirklicht werden sollte. (dpa, 9.3.90)

Nach den Wahlen verschärfte sich die Krise. Die in der DDR gegründete Treuhand trat immer mehr in Erscheinung. Die Arbeitslosigkeit stieg ununterbrochen. Erste Betriebe wurden dichtgemacht. In der Landwirtschaft kam es zu Unruhen. Demonstrationen, Streiks gehörten bald zum Alltag.

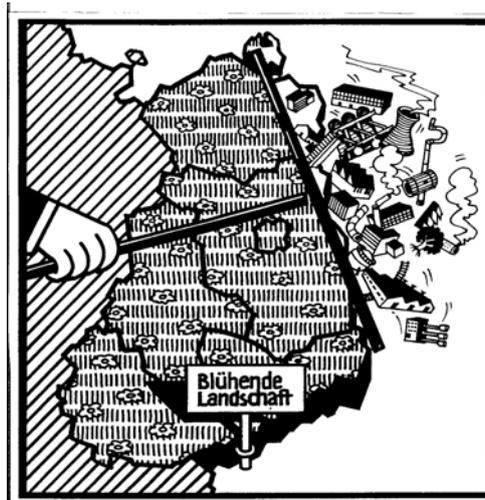


Viel wurde von der "Macht des Volkes" geredet. Die Herrschenden planten trotzdem vor. Der SPD-Fraktionschef in der Volkskammer, Richard Schröder, schloss einen schnellen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes nicht aus. "Sollten wir eine Krisensituation bekommen, dann ziehen wir Artikel 23 durch. Dann kann die Einheit durch Beschluss der Volkskammer, also ohne gesamtdeutsche Wahlen, beschlossen werden", erklärte Schröder in einem Interview der 'Bild' - Zeitung. Als Beispiel für eine Krisensituation nannte Schröder eine Massenarbeitslosigkeit in der DDR. Ein sofortiger Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 2 sei dann "eine Art Notanschluss". (TAZ, 29.5.90) In einer Krisensituation wurde also ein "Notanschluss" geplant. Kein Wort mehr vom "Selbstbestimmungsrecht der Ostdeutschen", von "Freiheit, Demokratie" usw. Die DDR sollte auf Gedeih und Verderb der BRD beitreten: Die Beute musste in die Scheune eingefahren werden.



Die Währungsunion

Mit der Einführung der DM am 1. Juli 1990 wurde die DDR-Wirtschaft schlagartig und ungeschützt der Konkurrenz des bundesdeutschen und des Weltmarktes ausgeliefert. Die Auswirkungen der Geldaufwertung waren katastrophal. Die auf Export orientierte Industrie eines ganzen Landes wurde hingerichtet, im wahrsten Sinne des Wortes gevierteilt.



Für den Erlös eines Exports von einer DM in das Ausland, zu dem bisher auch die BRD gehörte, erhielt sie von einem Tag zum anderen bei gleichbleibenden Kosten nur noch knapp ein Viertel, statt nach dem internen Verrechnungskurs 4,40 Mark der DDR, nur noch 1 DM.

"Das war eine Rosskur, die keine Wirtschaft aushält", schätzte Karl-Otto-Pöhl, ehemaliger Bundesbankpräsident, 1993 ein. (Anhörung vor dem THA-Untersuchungsausschuss, 11. Sitzung, Dezember 1993)

Die Folge war: die ostdeutsche Industrieproduktion stürzte im zweiten Halbjahr 1990 im Vergleich zu 1989 auf 50,3% und 1991 schließlich auf knapp über 30%. Einen solchen Rückgang hat es in der deutschen Wirtschaftsgeschichte nicht einmal in Kriegszeiten, ganz zu schweigen von Friedensperioden, gegeben. Wie zum Hohn wurde das ganze noch mit dem Etikett "Aufschwung Ost" versehen.



Bei anderen gelesen ("Freitag", 30.Juni 2000 im Zusammenhang mit dem zehnten Jahrestag der "Wirtschafts- und Währungsunion")

Absturz der DDR-Wirtschaft im historischen Vergleich (Angaben in Prozent)

Zäsur Erster Weltkrieg	
Industrieproduktion Deutschlands 1913	100
Industrieproduktion Deutschlands 1919	57
Zäsur Zweiter Weltkrieg	
Industrieproduktion Ostdeutschlands 1938	100
Industrieproduktion Ostdeutschlands 1946	42
Zäsur Planwirtschaft/ Marktwirtschaft	
DDR-Industrieproduktion 1989	100
Industrieproduktion neue Bundesländer 1992	31

Der tiefgreifende radikale Umbau fast aller wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, sozialpolitischen und rechtlich-administrativen Strukturen folgte Entwicklungszielen, die vom Westen vorgegeben wurden. Unter demagogischen Losungen wie:

- Schnellstmögliche "Angleichung der Lebensverhältnisse", wurde im wesentlichen die Wiedererrichtung des Kapitalismus betrieben.

Denkwürdig bleiben die Worte Helmut Kohls vom 21. Juni 1990: "Nur die rasche Verwirklichung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion bietet die Chance, dass Mecklenburg/Vorpommern, Sachsen/Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen bald wieder blühende Landschaften sein werden... Den Deutschen in der DDR kann ich sagen...: Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor - dafür vielen besser... Für die Deutschen in der

Bundesrepublik gilt: Keiner wird wegen der Vereinigung auf etwas verzichten müssen." (Texte zur Deutschlandpolitik, Reihe III/Bd. 8a, Bundes Verlag, Bonn 1991)

Das Ergebnis, der mit der Privatisierung hergestellten Eigentumsverhältnisse in Ostdeutschland, war:

- 85% der ostdeutschen Vermögenswerte (Fabriken, Häuser und Boden) gehörten inzwischen Westdeutschen.
- Nur 5% der von der Treuhandanstalt privatisierten Betriebe gingen an Ostdeutsche, 10% an Ausländer (vor allem US-Firmen und westeuropäische Unternehmen) und 85% an Westdeutsche.
- Damit nahm Ostdeutschland als europäische Region den letzten Platz in einer Rangliste der EU ein. Selbst in den "klassischen" Abhängigkeitsregionen Baskenland und Nordirland ist der Anteil einheimischer Besitzer und Eigentümer höher.

- Bei 87% der im Osten ansässigen Aktiengesellschaften hat ein Westdeutscher den Vorsitz.

Eine historisch beispiellose Umverteilung der Immobilien und Sachwerte verwandelte Ostdeutschland in wenigen Jahren in ein abhängiges Land, in dem alle wesentlichen ökonomischen und politischen Entscheidungen von der herrschenden Klasse der BRD getroffen wurden.

Roll back Kapital

Mit der Währungsumstellung zum Kurs 1:2 ohne flankierendes Rahmenprogramm wurde die DDR - Wirtschaft einem Wettbewerbsschock ausgesetzt, der zwangsläufig zu Konkursen der Betriebe führen musste. Durch den massiven Aufwertungseffekt der Währung halbierten sich die Exporterlöse schlagartig, die Lohnkosten und Materialkosten jedoch blieben stabil. Fast alle Betriebe mussten also in Zahlungsschwierigkeiten kommen. Rainer Maria Golke, erster Präsident der THA, erklärte später vor dem THA-Untersuchungsausschuss des Bundestages: "... Tatsache ist, dass im Grund genommen in dem Augenblick, wo die Währungsunion kam, kein Unternehmen mehr wettbewerbsfähig war."

Der politische Wille, die "deutsche Einheit" zu vollziehen, ohne dabei die gesellschaftlichen Muster der BRD in Frage zu stellen, liess sich nur in der weitgehenden Zerschlagung und Denunziation der gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen der DDR verwirklichen. In diesem Sinne war die Privatisierungsarbeit der Treuhandanstalt konsequent. So lautet der erste Satz ihres Auftrags: "Das volkseigene Vermögen ist zu privatisieren."

Um die DDR-Wirtschaft zu zerschlagen, musste aber auch eine Atmosphäre geschaffen werden, die dies zumindest duldet. Die gesamte Wirtschaft wurde kurzum als "marode" bezeichnet, alles war nur noch "Misswirtschaft". Die elektronischen Medien, die Zeitungen, Illustrierten, die gesamte Meinungsmacherindustrie berichteten nur noch von tatsächlichen Missständen oder erfanden neue. Gleichzeitig wurde an die Aufbruchstimmung der DDR-BürgerInnen angeknüpft. Illusionen, die bereits unter der SED-Herrschaft viele Millionen Menschen über den Kapitalismus in der BRD hatten, wurden systematisch weiter geschürt: "Es gibt keine Alternative" und "da müssen wir durch, dann wird es besser".

Polit-Demagogen logen, das sich die Balken bogen: "Aber niemandem wird es schlechter gehen als bisher. Im Gegenteil"(Kohl). Und: "eröffne die D-Mark die Tür zum Paradies" (DDR-Pressesprecher Gehler zur Währungsunion 1. Juli 1990). Pieroth (CDU): "Bald spricht man vom goldenen Osten".(1990).

Die bewusst verbreiteten Lügen vom "Aufschwung Ost" gehörten zum Instrumentarium, die Bürger im Osten ruhig zu stellen. Ein Jahr nach der Währungsunion, als deren verheerende Wirkung sichtbar wurde, spinn der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Gies (CDU): "1994 haben wir in Sachsen-Anhalt Vollbeschäftigung" (Magdeburger Volksstimme, 29.6.91).

Erst durch diese Vorarbeit, erst durch diese günstigen Bedingungen, gelang es der TREUHAND diesen grössten (friedlichen) Raubzug der Weltgeschichte durchzusetzen. Der Schriftsteller Rolf Hochhuth, Autor von "Wessis in Weimar", klagte die Treuhandanstalt an, an "einem Raubzug, wie er in keinem von Hitler überfallenen Land angezettelt wurde", beteiligt zu sein. (ND, 23/24.1.93)

Die Treuhand

Die Zerschlagung der wirtschaftlichen, politischen und institutionellen Strukturen der DDR war für die westdeutschen Eliten die wesentliche Voraussetzung, um den eigenen Machtapparate, die eigene Wirtschaftsordnung zu installieren. Die zentralen Punkte dieser Bemächtigung waren die Eigentumsfrage, der Verwaltungstransfer und die damit verbundene Besetzung aller wesentlicher Entscheidungspositionen durch westdeutsche Beamte und Manager. Industriell Beschäftigte im Vergleich je 1.000 Einwohner

West (konstant) 110

Ost 1990 132

Ost 1993 47

Die Bilanz der Treuhand bis zu ihrer Auflösung am 31.12 1993 war eindeutig:

13.643 Unternehmen und Unternehmensteile

18.813 ha Liegenschaften
 34.704 ha landwirtschaftliche Nutzfläche
 2.155 ha forstwirtschaftliche Nutzfläche wurden privatisiert.

Das heißt, in nicht einmal 4 Jahren vollzog sich ein umfassender roll-back der Eigentumsverhältnisse in Ostdeutschland - über 90% der volkseigenen Betriebe wurden an private Besitzer übereignet oder in die Liquidation geschickt. Entscheidend für diese schnelle Privatisierung war die Zerstückelung der Kombinate. Nur auf dieser Grundlage konnten modern ausgestattete und rentable Betriebsteile als Filetstücke an westdeutsche Unternehmen übergeben werden. Nur so konnte für "unwirtschaftliche" Bereiche eine Gesamtvollstreckung eingeleitet werden. Folge des Privatisierungskurses war die nachhaltige Zerschlagung des industriellen Rückgrads der ostdeutschen Wirtschaft.

Die Treuhandarbeit zielte ganz bewusst auf die Vernichtung der industriellen Basis in Ostdeutschland. Die Wirtschaftsintegration war politisch und nicht ökonomisch motiviert, die Privatisierung war für die ostdeutsche Wirtschaft eine "Therapie auf dem elektrischen Stuhl", die vor allem das Interesse der westdeutschen Eliten nach Marktberreinigung und Abschirmung der BRD vor vereinigungsbedingten Veränderungsimpulsen widerspiegelt. Machtpolitisch zielte die Arbeit der Treuhand auf die Unterordnung der ostdeutschen Bevölkerung unter das Gesellschaftsmodell der BRD und die rasche Beseitigung von allen Strukturen und Spuren der DDR auf wirtschaftlichem Gebiet. Birgit Breuel's Aussage ist erstaunlich offen: "Die Treuhand lebt in einer gewissen Distanz zur Politik... Die Treuhand ist nach meiner Einschätzung auch ausdrücklich gegründet worden, um diese Distanz zu ermöglichen. Keine Regierung der Welt hätte so schnell so viele, auch schwierige und bittere Entscheidungen treffen können".

Die Treuhandanstalt war also im Kern - zumindest was die ökonomische Entwicklung anbelangt - eine Schattenregierung, die eine Deregulierung der ökonomischen Beziehungen vollzog. Die wesentlichen Akteure der Transformation agierten außerhalb der sonst üblichen demokratischen Prozesse, so dass der ökonomische Umbau Ostdeutschland von einer Quasi-Diktatur durchgesetzt wurde. Unter dem Druck des politischen Projekts "Deutsche Einheit" verzichtete die kapitalistische Herrschaft der BRD auf die sonst sorgsam gepflegte parlamentarisch-demokratische Maske.

Verdrängung Ostdeutscher Manager



In Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei erklärte man die Akten der untergegangenen Staatssicherheit zur Geheimsache. In Deutschland dagegen öffnete man die Archive der Stasi großzügig. Fast könnte man meinen, Deutschland sei "politisch reifer" als die Polen und Tschechen. Ein Irrtum. Es geht um die gesellschaftliche Elite der DDR. In Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion usw., also in Staaten ohne "großen Bruder" der den "kleinen Bruder" schluckt, hatten die alten Eliten, die einstigen Herrscher die Macht, weiterhin zu herrschen. Anders in Deutschland. Jeder Ostdeutsche ist schnell ersetzbar. Weder dem Rektor einer bedeutenden Universität noch dem stellvertretenden Vorsitzenden einer großen Partei oder dem Ministerpräsidenten eines Bundeslandes müssen besondere Tränen nachgeweint werden - die Herrschaften sind im Handumdrehen ersetzt. Und wenn sie ihren Hut nehmen müssen, entsteht Spielraum; der Ersatzmann aus der alten Bundesrepublik wartet bereits. Hier und nirgends sonst liegt der zentrale - materielle - Unterschied zwischen der ehemaligen DDR und den anderen Ostländern. Historisch gesehen unterscheiden sich die Situationen von 1945 und 1990 ebenfalls genau an diesem Punkt. Adenauer brauchte seinen Globke; die Geheimdienste, Schulen und Gerichte mußten mit der Nazi-Elite von gestern aufgebaut werden.

Der Ruf nach einer Stasiüberprüfung war in erster Linie dafür gedacht, die alten DDR-Eliten abzulösen durch die "eigenen" Eliten.

Wem gehört der Osten?

Neben der Privatisierung der "volkseigenen" Betriebe und LPG'en wurde auch das zumindest formell vergesellschaftete Eigentum im Bereich des Wohnungswesens aufgelöst. Als Weg wurde die Restitution, also die Übertragung des Eigentums an ihre früheren Besitzer, gewählt. Im Einzelnen bedeutete das:

* Ehemals volkseigene und staatlich verwaltete Wohnungen und Immobilien wurden an Alteigentümer und ihre Erben zurückgegeben. Davon betroffen waren etwa 560.000 Altbauwohnungen.

* Der Bestand von genossenschaftlich und kommunal bewirtschafteten Wohnungen musste zu 15% verkauft werden. Hintergrund dieser offiziell "Altschuldenhilferegelung" genannten Zwangsprivatisierung war die Übernahme von Verrechnungssummen des DDR-Staatshaushaltes in reale Bankschulden, die jetzt von der Bundesbank mit Zinsen eingefordert wurden. Insgesamt ging es dabei um einen Betrag von mehr als 50 Mrd. DM. Eine Minderung dieser "Schuld" war für die einzelnen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften durch die Privatisierung ihres Bestandes möglich. Umfang dieser Privatisierung: 380.000 Wohnungen.

* Hinzu kommen noch einmal 200.000 Wohnungen, die an Betriebe oder LPG'en gebunden waren und von der Treuhand privatisiert wurden.

* Nicht zu vergessen die etwa 1 Millionen Haus- und Datschenbesitzer, die mit Ansprüchen so genannter Alteigentümer konfrontiert wurden.



Insgesamt wurden also weit mehr als 1 Millionen Wohnungen privatisiert. Die Folgen für die Mieter solcher Häuser waren erheblich: war es für die sogenannten Alteigentümer, die quasi über Nacht in den Besitz längst verloren geglaubter Immobilien gelangten, die einfachste Lösung, durch den Verkauf des Hauses schnelles Geld zu machen, so sahen viele Anleger in den Schnäppchen der Treuhand oder den Zwangsprivatisierungen eine außerordentliche Gewinnchance. Der Immobilienmarkt im Osten boomte. In vielen Städten war ein "massenhaft spekulatives" Verhalten zu verzeichnen. So wurden in Leipzig vier von fünf "restituierten" Gebäuden zum Teil mehrmals verkauft, in Ostberliner Innenstadtbzirken lag der Anteil der Alteigentümer, die ihr Grundstück behalten wollten, sogar bei nur 5-8%. Entstanden war eine Eigentümerstruktur, die sich sowohl hinsichtlich der Grundstücksgröße wie auch hinsichtlich der sozialen Zusammensetzung von denen in der BRD unterschied: vor allem professionelle Grundstücksverwertungsgesellschaften und Investorenfonds zählten zu den Nutznießern des Anschlusses. In ihrer Anonymität und Rationalität waren sie nicht mehr direkt mit den Bewohnern konfrontiert. Die strukturelle Ungleichheit von Eigentümern und Mietern im Kapitalismus wurde dadurch verschärft und verdeutlichte vielen Ostdeutschen die Entwicklung der Wohnung vom festen Bestandteil der sozialen Grundsicherung zu einem Wirtschaftsgut. Faktisch hatte eine externe Vermögenskonzentration ostdeutscher Immobilien stattgefunden. Eine Untersuchung über die Herkunft der Alteigentümer ergab, dass etwa 70% aus der BRD oder Westberlin kommen und jeweils 15% aus dem

Ausland und Ostdeutschland. Mit dieser "Entostung des Grundbesitzes" hat sich ein Ungleichgewicht eines dauerhaften Ost-West-Miettransfers etabliert. Die im Osten bekannte Schriftstellerin Daniela Dahn hat - unter dem Titel "Wem gehört der Osten" - gleich ein ganzes Buch zum Thema geschrieben. Darin heißt es: "Die Abschaffung des Volkseigentums eröffnete die Chance eines gigantischen Vermögensabfluss von Ost nach West."

Neue Herren im „neuen Land“

Neben den neuen Eigentümer, bestimmten die neuen Herren das Bild in Ostdeutschland - die neuen Herren der Verwaltungen und Institutionen. Nachdem das politische Führungspotential in allen Kommunen und Städten ausgetauscht wurde, kamen sie als Entwicklungshelfer, Projektplaner und Berater in den Osten - der Zugewinn an formaler Demokratie hatte so von Anfang an den Charakter einer Fremdverwaltung. Entweder hatten die neuen Beamten keinerlei administrative Erfahrung und waren den Verhandlungen mit professionellen Investoren nicht gewachsen, oder aber die Führungspositionen (vor allem in den großen Städten) wurden direkt mit Personal aus den "alten Ländern" besetzt. Sie organisierten die schnellstmögliche Verwertung westdeutschen Kapitals im Osten - dafür stehen die überdimensionierten Kläranlagen in vielen Gemeinden Brandenburgs ebenso wie die fast unzählbaren Golfplätze im Umland von Berlin, die überdimensionierten Einkaufszentren am Rande jeder Kleinstadt und die meist ungenutzten Büros der Abschreibungsbauten in den Innenstädten. Selbstständige Entscheidungen der Gemeinden, Formen direkter Demokratie waren so gut wie ausgeschlossen. Zum einen wurden Tempo und Richtung von Entwicklungen in den meisten Regionen weitgehend durch Bonner Förderprogramme und die Politik der Treuhandanstalt bestimmt, zum anderen waren kommunale Planungskapazitäten nicht entwickelt, so dass eine Großzahl der Planungsaufgaben an mehr oder weniger routinierte Büros aus Westdeutschland übertragen wurden. So konnte sich das selektive Investitionsinteresse westdeutscher Akteure in der Regel ungebremst, ungesteuert und unkoordiniert in den Städten Ostdeutschlands durchsetzen. Dieses "wild east" seit 1990 löste ein wachsendes Misstrauen der ostdeutschen Bevölkerung gegenüber den neuen Institutionen und Verwaltungen aus. Die "rapiden Akzeptanzverluste des raschen Umstrukturierungsprozesses" lassen beispielsweise einen Kommunalpolitiker aus Jena zu folgender Einschätzung kommen: "Die frühere, dem politischen Zentralismus geschuldete Fremdbestimmung der Kommunen wurde nun durch eine andere Form der Fremdbestimmung ersetzt".



Kurzzeitig war Egon Krenz der Kronprinz der DDR-Revis. Er distanzierte sich gegenüber Honecker. Aber es half nichts. Er musste im Dezember 1989 zurücktreten.

Die Gewinner

Bernd Okun, ein Leipziger Kommunikations- und Medienwissenschaftler: "Scheinbar sind sie die Spezialisten beim Aufbau der neuen Ordnung. Westdeutscher Durchschnitt vermag mehr als die intelligentesten Ostdeutschen, egal ob in Politik, Verwaltung, Wirtschaft."

So war Udo Reiters, der bayrische Intendantenexport beim MDR, der Ansicht, dass "auch noch so begabte Ostdeutsche eine so komplizierte Aufgabe wie den Aufbau und die Gestaltung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht leisten können". Im Ergebnis des auch noch öffentlich subventionierten "go east" waren Westdeutsche als Investoren, Immobilienbesitzer, Staatssekretäre, Kommissionsvorsitzende und Uni-Dekane im Osten quasi unter sich.

"Man begegnet sich untereinander wie gehabt, auf neuen Spielwiesen... Mittlerweile ist man hervorragend in informellen Strukturen vernetzt. Auf bestimmten Kommandohöhen ist die Übersichtlichkeit perfekt...". Bei der Treuhandanstalt stellten sich diese Kommandohöhen folgendermaßen dar: die Anstalt hatte 1993 insgesamt 4.839 Mitarbeiter. In einer sich nach oben verengenden Leitungshierarchie verringerte sich der Anteil der Ostdeutschen deutlich. Während die Mehrheit der einfachen Mitarbeiter aus Ostdeutschland kam, war unter den 40 Direktoren (durchschnittliches Jahresgehalt 380.000 DM zuzüglich Bonuszahlungen von bis zu 95% dieser Summe) kein einziger mehr zu finden. Hinzu kommen noch Hunderte von externen Beratern und Gutachtern aus der BRD. Der größte Teil von den Treuhandmitarbeitern in Entscheidungspositionen kam direkt aus der westdeutschen Privatwirtschaft. So kamen die für die "Abteilung Privatisierung" verantwortlichen Vorstandsmitglieder Karl Schirner von Daimler-Benz und der spätere Hero Brahm von Hoesch, der für das Personalwesen zuständige Alexander Koch hatte sich zuvor bei Grundig einen Namen gemacht - für die damalige Sanierung durch Entlassung von 12.500 Mitarbeitern. Bei einer solchen Besetzung der Entscheidungspositionen konnte die weitgehende Privatisierung im Interesse der westdeutschen Konzerne nicht verwundern.

Übersicht über die Herkunft der Treuhandanstalt-Mitarbeiter und Manager:

	Westdeutschland	Ostdeutschland (DDR)
Mitarbeiter	31%	69%
Referenten	59%	41%
Abteilungsleiter	81%	19%
Direktoren	100%	-

In der öffentlichen Diskussion um die Folgen der "Wiedervereinigung" wurde vor allem die Lage im Osten beurteilt. Die regierungsnahen Kreise versuchten, ein Bild vom planmäßigen Aufschwung zu vermitteln - die Kritiker das Gegenteil.

Der ehemalige Hamburger Bürgermeister Henning Voscherau - der keineswegs eines übermäßig vorteilhaften Blicks auf Ostdeutschland verdächtigt werden kann - ließ Ende 1996 verlauten: "In Wahrheit waren fünf Jahre Aufbau Ost das größte Bereicherungsprogramm für Westdeutsche, das es je gegeben hat" (Die Welt, 04.12.1996). Vor allem vor dem Hintergrund der immer wieder neu aufkeimenden Debatten um den "hemmungslosen Subventionshunger" (Handelsblatt, 09.04.1996) des Ostens war eine Bilanz der tatsächlichen Transferleistungen interessant.

Die Ausgaben der BRD für Ostdeutschland beliefen sich nach Angaben des Finanzministeriums auf etwa 200 Mrd. DM pro Jahr. Mit dieser Zahl wurde öffentlich argumentiert und gefordert, die "Ostdeutschen sollen ihre Ansprüche zurücknehmen" (Hans-Olaf Henkel, BDI-Präsident). Übersehen wurde dabei zweierlei: die Rückflüsse aus Steuer- und Verwaltungseinnahmen in Ostdeutschland betragen rund 50 Mrd. DM jährlich und die etwa 100 Mrd. DM, die als "Leistungen für die Bevölkerung" in Form von Arbeitslosenhilfe, Sozialversicherung, Kindergeld usw. jedem Bürger zustanden. Auch die Bundesbank kam zu der Einschätzung: "Insgesamt dürfte sich der Umfang der speziellen Leistungen für die neuen Bundesländer... auf eine Größenordnung von 50 Mrd. DM belaufen." (Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 1996)

Gewinntransfer von Ost nach West

Dem standen aber die Gewinne gegenüber, die vor allem auf den erweiterten Markt im Osten zurückzuführen waren. So lag die "inländische Verwendung von Gütern" im Osten bei 17% - dass heißt, der Konsum entspricht in etwa dem Bevölkerungsanteil. Der größte Teil davon waren die Warenlieferungen der westdeutschen Handelsketten, die sich schon vor der Währungsunion den Osten aufgeteilt hatten und mit ihren Produkten überschwemmten. Die Lieferungen beliefen sich im Laufe der Jahre auf jährlich etwa 200 Mrd. DM. Die Bundesbank schätzte die Wachstumsimpulse aus dem Handel in den "neuen Ländern" auf ca. 50% des Wachstums in den ersten Jahren nach dem Anschluss. Denn über die Kassen der Supermärkte und Kaufzentren floss jährlich ein Großteil der Warenlieferwerte in den Westen zurück.

Warenlieferungen zwischen West und Ost in Milliarden DM aus West

	aus West	aus Ost
1991	152	9,8
1992	195	10,3
1993	207	9,5
1994	215	10,7

Das heißt, verrechnet mit den "spezifischen Leistungen" für die neuen Länder blieben satte 100 Mrd. DM, die jedes Jahr von Ost nach West wanderten. "Die westdeutsche Wirtschaft (konnte) insbesondere in den Jahren 1990 bis 1992 stark von der Maueröffnung und der deutschen Vereinigung profitieren. Der transfer finanzierte Einigungsboom bescherte den alten Bundesländern im Durchschnitt dieser Jahre eine reale Wachstumsrate von gut 4%... Das starke Wachstum in den alten Ländern trug wesentlich dazu bei, dass sich die Anzahl der Erwerbstätigen in Westdeutschland in diesem Zeitraum um fast 1,8 Mio. erhöhte. Die deutsche Vereinigung führte damit in den alten Bundesländern infolge der Wachstumsgewinne zu erheblichen Steuermehreinnahmen und Minderausgaben, die den vereinigungsbedingten Belastungen gegen zu rechnen sind." (Deutsche Bank Research/ 25.09.1996)

Dieser Vereinigungsboom - ausgelöst durch die direkte Aneignung fester Vermögenswerte und die transfervermittelte Konjunktur der Handelsketten ebenso wie durch die Übernahme der Absatzmärkte in Osteuropa - spiegelte sich auch in dem privaten Geldvermögen wider. Die Zahl der Einkommensmillionäre war im Westen von 1989 bis 1992 um 38% auf 24.975 gestiegen - im Osten gab es zur gleichen Zeit 290 Millionäre.

Verarmung und industrielle Verödung

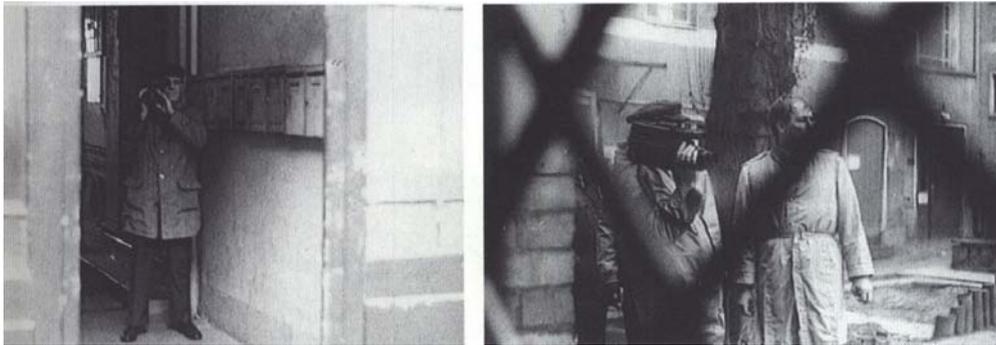


Die von Ostdeutschland abgesogenen Vermögenswerte und Gewinne konnten für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung nicht ohne Folgen bleiben. Nach der Zerschlagung der DDR-Wirtschaft und dem gescheiterten "Aufschwung Ost" war die Situation gekennzeichnet durch eine "industrielle Verödung" und eine dauerhafte Abhängigkeit von Subventionszahlungen. Durch Währungsunion und die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt war die Produktion in wenigen Jahren auf weniger als 70% des Niveaus von 1989 gesunken. Vor allem in den Bereichen Industrie (34%) und Landwirtschaft (25%) waren die Folgen drastisch. Die Beschäftigtenzahl verringerte sich von fast 10 Millionen auf unter 6 Millionen. Was von westdeutschen Wirtschaftsinstituten als "genereller Abschmelzungsprozess, Abwicklung systemnaher Organisationen und sektoraler Wandel der Wirtschaftsstruktur" (Lutz/Holle) angesehen wird, war die Zerschlagung einer wenn auch nicht besonders leistungsfähigen Wirtschaftsstruktur. Vor allem die industriellen Kernbereiche - Basis einer jeden Volkswirtschaft - und die für Innovationen notwendigen Forschungs- und Entwicklungsbereiche wurden aufgeteilt und abgewickelt. So wurden beispielsweise in der Zeit bis 1992 mehr als 100.000 wissenschaftliche Angestellte aus den Forschungs- und Entwicklungsbereichen der Industrie entlassen - das waren mehr als 80%. Kamen noch 1990 auf 1.000 Einwohner 6,45 wissenschaftliche Mitarbeiter, sind es heute nur noch 1,2. Der Vergleichswert im Westen liegt bei 4,4 Personen in diesem Bereich. Produktion kann fast nur noch als "verlängerte Werkbank" stattfinden.

Obwohl etwa 20% der Bevölkerung in Ostdeutschland leben, betrug

- * der Ostanteil am Industriepotential 6%
- * der Ostanteil am Exporthandel 3%
- * der Ostanteil an Forschung und Entwicklung 2,5%

Selbst das Bundesfinanzministerium sprach mittlerweile von "Deindustrialisierung" und schätzte ein, dass auf dieser Basis kein "Aufschwung" möglich sei. Die industriellen Kerne waren zu Miniaturen verkommen, die Versorgung der Inlandsnachfrage musste fast zur Hälfte mit Leistungen von aussen gesichert werden. "Der Osten der Republik muss als ein Land der Klein- und Kleinstbetriebe angesehen werden" (Die Welt/ 13.10.1997). Im statistischen Durchschnitt hatte jede Firma in Ostdeutschland gerade mal 6,7 Mitarbeiter. Großbetriebe - das Herzstück einer jeden Wirtschaft - sind in Ostdeutschland eigentlich nur im Versorgungsbereich (Energie, Öffentlicher Nahverkehr und Wohnungen) zu finden. Bei einem Ranking der "größten ostdeutschen Unternehmen" wurde auch die Schiefelage im Vergleich zu Westdeutschland deutlich. Die 77 Unternehmen (mit einem Jahresumsatz von über 250 Mio. DM) haben zusammen soviel Umsätze wie die Telekom AG und soviel Beschäftigte wie der Bayer Konzern.



Krake Ministerium für Staatssicherheit

Die westdeutsche Industrie ist ja schon im Anmarsch: Aldi und die Holsten-Brauerei, Opel und VW, der Lebensmittelriese Spar und die Reise-Konzerne, Chemie- und Computerfirmen – sie alle investieren in der DDR, schaffen neue, moderne Arbeitsplätze.

Das wird ein neues Land

Elmar Pieroth, Vorsitzender der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, rechnet mit 4 Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen in 2 Jahren. Pieroth, der von der Ost-CDU als Wirtschaftsminister gewünscht wird, ist davon überzeugt: Statt der von Modrow und Gysi beschworenen Arbeitslosigkeit wird es im Gegenteil bald einen erheblichen Arbeitskräftemangel geben.

Die Deutschen in der DDR brauchen also keine Angst zu haben um ihre Beschäftigung – die Aussichten für Arbeitnehmer sind gut. Aber dem Panik-Orchester Modrow, Gysi & Co. ist nichts zu grotesk, als daß es nicht in die Welt gesetzt wird. Neueste Panikparole: Die Menschen in der DDR fallen nach Einführung der sozialen Marktwirtschaft in ein tiefes soziales Loch! Diese Behauptung ist so absurd, daß sich Sozialpolitiker der SPD genauso darüber aufregen können wie Arbeitsminister Blüm (CDU). Denn: „Die Bundesregierung hat nicht nur die Wirtschaftsgemeinschaft und Währungsunion vorgeschlagen, sondern auch die soziale Flankierung dieses Prozesses mit dem Ziel einer sozialen Einheit!“

Das heißt: Es wird ein Sozialstaat Deutschland sein! Für alle – auch die Deutschen in der DDR. Weil wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Sicherheit bedingungslos zusammengehören.

Die Jacobs kamen zurück

Die Familie Jacob glaubt, daß das funktioniert. Sie floh vor wenigen Monaten aus Oranienburg über Budapest in die Freiheit – jetzt kehrte sie in die Heimat zurück. Manfred Jacob (34): „Das wird ein neues Land. Daran will ich mitarbeiten. Das will ich miterleben.“

Dachdecker Wilfried Lorenz (30): „Ich baue auf die neue Freiheit und Marktwirtschaft, deshalb gehe wieder nach Hunshübel im Erzgebirge.“ Optimistisch können auch die Bundesbürger sein. Blüm: „Unser soziales Netz bleibt dicht geknüpft. Kein Rentner, kein Kranker, kein Arbeitsloser, kein Kriegsoffer braucht Leistungskürzungen zu befürchten!“

Im Gegenteil – die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung nach der Wiedervereinigung wird die sozialen Sicherungssysteme stärken.

Tyll Necker, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie: „Alle können in einem vereinigten Deutschland verdienen – Arbeitnehmer, Arbeitgeber und der Staat.“

Morgen lesen Sie

Was wird aus meiner Rente?

Soziale Verelendung

Durch die Klitschenökonomie im Osten wurden trade-unionistische Kämpfe in den Betrieben abgelöst von Auseinandersetzungen um eine wirtschaftliche Basis überhaupt und die Lebensbedingungen im gesamten Reproduktionsbereich. So hatte in den meist kleinen Betrieben eine klassische Gewerkschaftsarbeit ("Kampf" um Flächentarifverträge) kaum eine Basis. Der Stand der gewerkschaftlichen Organisierung war im Vergleich zum Westen geringer (die IG Metall verlor von 1991 bis heute etwa 2/3 ihrer Mitglieder und von den verbleibenden 20.000 sind mehr als die Hälfte arbeitslos) und für die Unternehmen war die Tarifpolitik in Ostdeutschland schon lange das Versuchsfeld zur Aushöhlung bisheriger Standards. In Sachsen beispielsweise hatten sich mehr als die Hälfte aller Betriebe aus den Unternehmerverbänden und somit aus den Tarifbindungen ausgeklinkt. Viele Betriebsräte akzeptierten diese Entscheidung, da auch sie die "tariflichen Leistungen" als Hindernis für die schnelle Sanierung des Betriebes ansahen. Auch in anderen Branchen bestimmten deregulierte Arbeitsverhältnisse, Subunternehmen und in die Selbständigkeit Gedrängte das Bild.

Hans Christoph von Rohr - "ich bin im Ausland Verkäufer des Standortes Deutschland Ost" - Leiter des IIC (The New German Länder Industrial Investment Council), einer Gesellschaft zur Investoren-Werbung für Ostdeutschland, kam darüber richtig ins Schwärmen: "Zwei Drittel der ostdeutschen Unternehmen stecken längst nicht mehr im Korsett der aus Westdeutschland importierten Tarifverträge, sie verhandeln Löhne, Arbeitszeiten usw. so, wie der Markt es verlangt. Ostdeutsche arbeiten jährlich 150 Stunden länger als ihre westdeutschen Kollegen, feiern weniger krank. Wer als Investor seine Maschinen 24 Stunden täglich, sieben Tage in der Woche laufen lassen möchte, hat damit im Osten nirgendwo Probleme. Wo in der industrialisierten Welt haben sich Menschen in so kurzer Zeit so erfolgreich an so dramatische Veränderungen angepasst...".

Die Tendenzen von working-poor - typisch für die Armut in Metropolen - bestimmen schon jetzt, neben der Arbeitslosigkeit, das Bild einer ostdeutschen Depressionsregion, einer dauerhaften Peripherie.

Hinzu kam eine Zahl von offiziell 1,5 - 2 Millionen Arbeitslosen, die in den nächsten Jahren noch steigen wird. Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (der einzige Ostvertreter bei den "Fünf Weisen") rechnet bis 2010 sogar mit einer Arbeitslosigkeit von bis zu 1/3 aller erwerbsfähigen Personen. Nirgendwo sonst in Europa liegen die Reichsten und ärmsten EU-Regionen so dicht beieinander. In den Berichten der Europäischen Gemeinschaft werden die "fünf neuen Bundesländer" unter der Rubrik der rückständigsten Regionen geführt.

Wegen der ökonomisch aussichtslosen Situation bestimmen also vor allem Sozialleistungen der öffentlichen Kassen den Lebensstandard im Osten. Diese Abhängigkeit von staatlichen Zahlungen ist nicht nur auf Dauer gestellt, sondern unterliegt einer Deregulierungs- und Spardynamik, die sich auf die materielle Versorgung eines größer werdenden Teils der Bevölkerung auswirken wird. Sowohl ökonomisch als auch sozial ist also der Zustand einer weitgehenden Abhängigkeit gegeben, der die Tendenz zur Verarmung - materiell, als auch im Sinne sich beständig einschränkender Entwicklungsmöglichkeiten - aufweist.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland zwischen 1991 - 1999

Die ersten zehn Jahre waren von einem tiefgreifenden Wandel der ostdeutschen Wirtschaft geprägt, wobei am Anfang ein beispielloser Absturz stand. Das anfängliche (relativ) starke Wachstum der Wirtschaft wurde Mitte der 90er Jahre durch anhaltende Stagnation abgelöst.

So wie die Bautätigkeit im Osten (Förderung durch die öffentliche Hand) Motor eines Wachstums war, ist sie auch Hauptursache für das Ende.

Die Lohnsteigerungen der ostdeutschen Beschäftigten lagen in der Vergangenheit deutlich unter der Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Betrag die reale Arbeitslosenquote - trotz enormer Entlastung durch verschiedene Vorruhestandsregelungen und Abwanderungen - 1991 bereits 34 Prozent, stieg sie im Folgejahr nochmals auf 41 Prozent. Ab 1992 griffen neben dem Altersübergangsgeld, auch andere arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, wie ABM und Weiterbildung.

Die Zahlen im Überblick

(Quelle: "Wirtschaftsdaten der neuen Länder" des BMWi - Juli 2000 - und "Arbeitsmarkt in Zahlen" der BfA - sowie eigene Berechnungen. Offizielle Zahlen sind nicht bekannt)

Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland (Gesamt-Bevölkerung: 1991 = 15,91 Millionen bis 1999 = 15,26 Millionen)

Jahr	Erwerbspersonen(Mio)	offizielle	
		Arbeitslosigkeit (Mio)	
			reale Arbeitslosenquote
1991	8,23		0,91 34%
1992	7,55	1,17	41%
1993	7,36	1,14	37%
1994	7,47	1,14	32%
1995	7,44	1,04	28%
1996	7,43	1,16	27%
1997	7,44	1,36	26%
1998	7,43	1,37	25%
1999	7,46	1,34	25%

Im Vergleich Westdeutschland (Bevölkerung: 66,89 Mio.)

1999	29,32	2,75	10%
------	-------	------	-----

Arbeitsproduktivität:

Arbeitsproduktivität ist die Pro-Kopf-Produktivität, d.h. der Quotient aus dem Bruttoinlandsprodukt und der Zahl der Erwerbstätigen. Dabei ist sie eine statistische Durchschnittsgröße, die zwar keine Aussage über die Zurechnung der Produktivitätszunahme auf die Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital) erlaubt, jedoch in der Lohnpolitik durch die "Arbeitgeber" als Orientierungsgröße genannt wird.

Die Arbeitsproduktivität in Ostdeutschland stieg zwischen 1991 bis 1999 um 153%, in Westdeutschland um 28%.

Der Anstieg der Arbeitnehmerentgelte in OD insgesamt blieb mit 93 Prozent und auch in den alten Flächenländern mit 24 Prozent deutlich unter dem Produktivitätsanstieg. (Nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG 1995) umfasst das Arbeitnehmerentgelt sämtliche Geld- und Sachleistungen, die von einem Arbeitgeber an einen Arbeitnehmer erbracht werden (Bruttolöhne + Sozialbeiträge der Arbeitgeber); früher: "Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit")

Also wurde noch nicht einmal eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik realisiert! Insbesondere die Behauptung, die starken Lohnzuwächse in den ersten Jahren in Ostdeutschland hätten deutlich über der Produktivität gelegen, wird so widerlegt. (Vgl. Ifo Institut <http://ifo.de/orcl/dbssi/stp012.html>, hier wird offenbar das reale BIP in absoluten Zahlen in den nominalen Löhnen je Beschäftigten verglichen und somit Äpfel mit Birnen. Putzigerweise wird sogar der Außenkurs der DDR-Währung (hier rd. 1:5) zur Beurteilung der Ausgangslage bei den Binnen-Löhnen der nach Westen abgeschotteten DDR zugrunde gelegt)

Im Ost/West- Vergleich stiegen die Arbeitnehmerentgelte (ohne Berücksichtigung der im Osten längeren Arbeitszeiten) von 48,2% Westniveau in 1991 auf 75,5% in 1999.

Der Preisindex für die Lebenshaltung stieg in Ostdeutschland im gleichen Zeitraum um 35%, WD: + 17%.



Begrüßung im Bundeskanzleramt 14.2.1990 Telefoto: ND/Lange

Stoppt die Miesmacher: Die Perspektiven sind gut

Niemand konnte erwarten, daß der Übergang von 40 Jahren sozialistischer Kommandowirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft problemlos vor sich gehen würde. Die Probleme in der DDR sind Übergangsprobleme. Sie können gelöst werden. Es gibt auch positive Nachrichten und Anzeichen für eine Besserung:

- Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, erwartet in absehbarer Zeit etwa eine halbe Million Klein- und Mittelbetriebe. Das bringt 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze.
- Im Einzelhandel gibt es inzwischen – nach anfänglichen Schwierigkeiten – ein insgesamt gutes Angebot an Nahrungs- und Genußmitteln in breiten Sortimenten. Immer mehr DDR-Produkte, die den Verbraucherwünschen entsprechen, finden Käufer.
- Die neuen Banken schaffen tausende von Arbeitsplätzen. Das Angebot an Lehrstellen wurde von ihnen über die ursprüngliche Planung hinaus annähernd verdoppelt.
- Die Gründungswelle ist voll angelaufen: rund 135.000 Gewerbebeanmeldungen seit Jahresbeginn, mehr als 35.000 davon im August.
- Die Zahl der Kooperationen steigt: Über 2.800 Gemeinschaftsunternehmen existieren bereits.
- Die Treuhandanstalt kommt zunehmend besser in Gang. Die überfällige Reorganisation ihrer Außenstellen wurde in Angriff genommen.
- Über 40.000 Anträge auf ERP-Existenzgrundungsdarlehen mit einem Darlehensvolumen von rund 9 Milliarden DM wurden bis Mitte August gestellt. Davon sind bereits 4,2 Milliarden DM zu-

gesagt worden. Mehr als die Hälfte aller Antragsteller will einen eigenen Betrieb gründen. Allein dadurch werden rund 73.000 neue Arbeitsplätze entstehen.

➤ Zahlreiche Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland investieren bereits in der DDR. Allein die VEBA will 20 Milliarden DM investieren, VW bereits in diesem Jahr rund 5 Milliarden DM. Die Deutsche Bundespost wird in den nächsten sieben Jahren 55 Milliarden DM investieren.

➤ Die DDR-Betriebe mußten im August nur noch halb so viele Kredite bei der Treuhandanstalt wie im Juli beantragen.

➤ Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung prophezeit der Wirtschaft in den neuen Bundesländern für 1991 eine steil nach oben gerichtete Entwicklung.

➤ Eine Umfrage der Deutschen Bundesbank ergibt: Ein Drittel der 140 Betriebe mit über 200.000 Mitarbeitern in der DDR erwartet eine höhere Produktion. Ein weiteres Drittel geht davon aus, daß die Produktion etwa auf gleicher Höhe bleibt. Nur ein Drittel rechnet mit abnehmender Produktion.

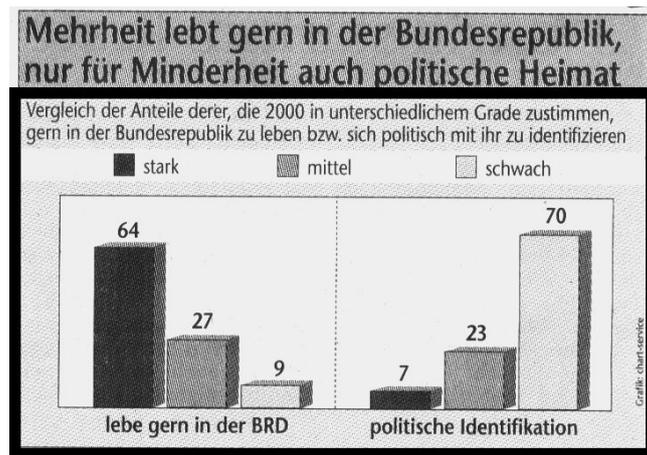
Man muß genau hinsehen, wer die ständigen Krisennachrichten verbreitet: Die SED/PDS, die für die Krise verantwortlich ist und kein Interesse daran hat, daß es in der DDR gut läuft. Und: Die SPD-Ost, die damit Lafontaine die Stichworte liefert, mit denen er den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland Angst vor den Kosten der Einheit macht. Man kann Krisen auch herbeireden. Laßt Euch Eure Zukunft nicht kaputtreden.

Ja zu Deutschland · Ja zur Zukunft



Jugend im Osten

"Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger" - das ist der Titel einer Langzeitstudie des Leipziger Soziologen Peter Förster. Die Studie begleitete junge DDR-Bürger/Ostdeutsche seit 1987 auf ihrem Weg in den Kapitalismus. Auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Magdeburg stellte Förster im November 2000 die Ergebnisse vor. Hervorzuheben sind die Aussagen junger Ostdeutscher über ihre Lebenssituation in der DDR und heute in Ostdeutschland.



Im Vergleich zu den anderen osteuropäischen Gesellschaften unterlag die Entwicklung in Ostdeutschland einer wesentlichen Besonderheit. Durch den politisch gewollten Anschluss an die BRD wurde den Bewohnern Ostdeutschlands ein gewisser materieller Lebensstandard gesichert - im Gegensatz zu den anderen osteuropäischen Ländern. So gibt es nirgendwo in Osteuropa so viele Arbeitslose wie in Ostdeutschland, aber auch nirgendwo so viele neue Häuser, Einkaufszentren und Autos - "Wohlstand" ohne ökonomische Basis.

Gewiss, für ein Teil der Ostdeutschen hat sich persönlich einiges verbessert seit 1990. Sie empfinden den Anschluss als Bereicherung. Für Millionen und aber Millionen aber bedeutet sie das Gegenteil. Die tägliche Unsicherheit und Unzufriedenheit stellen das System zwar in Frage, bilden aber keine Perspektive einer grundlegenden

gesellschaftlichen Änderung. Die Herrschenden reagierten rasch darauf, dass ihre Versprechungen wie Seifenblasen zerplatzten: Sie förderten neofaschistisches Gedankengut. Von den tatsächlichen Ursachen der Misere sollte abgelenkt werden. Das Kapital, die Banken, das Profitsystem sollte so aus dem Blickwinkel der Unzufriedenheit gedrängt werden.

NEUES DEU

Freitag, 2. Februar 1990

SOZIALISTISCHE

Auf der gestrigen Pressekonferenz in Berlin

Hans Modrow unterbreitete Konzept „Für Deutschland, einig Vaterland“

Berlin (ND). Auf der gestrigen Pressekonferenz der Regierung der DDR in Berlin stellte Ministerpräsident Hans Modrow den in- und ausländischen Journalisten seine Konzeption für den Weg zu einem einheitlichen Deutschland vor. Sie hat folgenden Wortlaut:

Europa tritt in eine neue Etappe seiner Entwicklung ein. Das Nachkriegskapitel wird abgeschlossen. Voraussetzungen für eine friedliche und gutnachbarliche Zusammenarbeit aller Völker bilden sich heraus. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten rückt auf die Tagesordnung.

heitliche Regierung mit Sitz in Berlin beschließt.

Notwendige Voraussetzungen für diese Entwicklung:

– Jeder der beiden deutschen Staaten trägt dafür Sorge, die Schritte zur Einheit Deutschlands mit seinen Verpflichtungen gegenüber anderen Ländern und Ländergruppen sowie mit notwendigen Reformen und Veränderungen in Übereinstimmung zu bringen. Hierzu gehört der Übergang der DDR zur Länderstruktur. Wahrung von Stabilität, Recht und Gesetz im Innern gehören ebenso zu den unabdingbaren Voraussetzungen wie die

ländischer Truppen auf deutschem Boden und der Zugehörigkeit zu Militärbündnissen.

– Militärische Neutralität von DDR und BRD auf dem Weg zur Föderation.

Dieser Prozeß der Vereinigung der Deutschen vollzieht sich auf der Grundlage von Vereinbarungen zwischen den Parlamenten und Regierungen der DDR und der BRD. Alle Seiten bekunden ihren Willen zu demokratischen und gewaltlosen Formen der politischen Auseinandersetzung und schaffen dazu notwendige Garantien einschließlich Volksbefragungen.

Vom Regen in die Jauche

Die Bonzen predigten öffentlich
Wasser und sofften heimlich den Wein ...



Zu Ehren des hohen Gastes – des 1. Stellvertretenden Schwagers des 3. Kreisvorsitzenden – fand am Abend ein freundschaftliches Arbeitsessen statt, das durch große Offenheit gekennzeichnet war.
Zeichnung: Reiner Schwalme

Der klägliche Zusammenbruch der revisionistischen DDR und der anderen revisionistischen Staaten war und ist noch immer die Hauptursache dafür, dass der Kapitalismus heute für viele als das Ende der Geschichte betrachtet wird. Die Mehrheit der arbeitenden Menschen in der BRD in Ost und West betrachtet heute noch die DDR als Sozialismus, der gescheitert ist. Auch wenn es in den letzten 10 Jahren in Ostdeutschland zu einer Reihe von Klassenkämpfen kam, so waren sie in erster Linie Abwehrkämpfe, Kämpfe um den Erhalt von Arbeitsplätzen, Wohnraum, soziale Einrichtungen usw. Eine bewusste sozialistische Perspektive war noch nicht vorhanden.

Längst sind die Illusionen verfolgt, die davon ausgingen der Beitritt löse die vielen Probleme, die es in der DDR gab. Einst war dieser Staat angetreten eine Alternative zu sein zur kapitalistischen BRD. Spätestens seit dem Bau der Mauer war es damit aber Schluss. Revisionisten hatten das Sagen in der SED. Diese Leute wollten auf ewig herrschen. Diese SED-Revisionisten führten das Land in die Arme des BRD-Imperialismus.

EINSCHUB

„Magdeburger Volksstimme“, 7.8.1997

Früherer Planungschef der DDR lobt Aufbau Ost

Der frühere Planungschef der DDR, Gerhard Schürer, sieht in der Anstrengung für den Aufbau Ost eine „großartige Leistung“. Die Transferleistungen in die neuen Länder seien eine „positive Sache, die nicht vergessen werden darf und Anerkennung verdient“, sagte Schürer gestern bei der Sommerakademie des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Wendgräben bei Zerbst. Schürer nannte als Beispiele die Leistungen bei Ausbau der Verkehrswege, der Telekommunikation oder der Schaffung von Wohnraum.

Trotzdem, so Schürer, hätte er sich eine „schrittweise Angleichung“ beider Volkswirtschaften gewünscht. Sie wäre sozialverträglicher ausgefallen als der vor sieben Jahren praktizierte Weg einer schnellen Währungs- und Sozialunion. Schürer, der 24 Jahre Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR war, machte die Stimmung unter der DDR-Bevölkerung für den schnelleren Weg zur Einheit verantwortlich. Diesen Wunsch verstehe er heute durchaus. Gerechterweise müsse man aber diese Entwicklung berücksichtigen, wenn man von einseitig nur immer von den Altlasten der DDR spreche. Auch die schnelle wirtschaftliche Einheit habe hohe Kosten verursacht. Gleichzeitig nannte Schürer das Wirken der Treuhandanstalt „positiver, als es vielfach gesehen wird“. Es sei „keine leichte Aufgabe“ in Zeiten wirtschaftlicher Rezession, eine ganze Volkswirtschaft zu privatisieren.

Im Mittelpunkt der Tagung auf Schloß Wendgräben steht die Situation in den neuen Ländern im siebten Jahr der Einheit. Studierende aus Ost und West debattieren an sechs Tagen über die Wirtschaft in der DDR, die Wende 1989, den Einigungsvertrag sowie die Rolle der Hochschulen beim Aufbau Ost.

Auf der Veranstaltung machte CDU-Generalsekretär Peter Hintze für den langsamen Prozeß der inneren Einheit „Mißverständnisse in Ost und West“ verantwortlich. So würden von früheren DDR-Bürgern vielfach die Möglichkeiten des Staates überschätzt. Westdeutsche betonten dagegen oft zu sehr materielle Verbesserungen des täglichen Lebens.

Heute ist der Osten der BRD das was in Italien Sizilien ist. Er bietet keine Perspektive für die Jugend. Das Wirtschaftswunder Ost: Es war eine der großen Lügen, um das Plattmachen des Landes zu vertuschen. Die Bourgeoisie begründet ihre gesamte Tätigkeit auf dem Belügen des Volkes, auf dem Betrug der Volksmassen. Dass die herrschende Klasse aber lügen muss, ist darin begründet, dass die historische Wahrheit ihren Interessen widerspricht und den objektiven Interessen der Werktätigen die Wahrheit entspricht. Eine entartete SED musste folglich denselben Weg gehen wie die Bourgeoisie: Das Volk belügen.

Für eine solche reaktionäre Partei war es nur logisch einen riesigen Überwachungs- und Unterdrückungsapparat zu installieren wie die Stasi.

(Heute ist übrigens die BRD Weltmeister im Telefonabhören)

Als der größte friedliche wirtschaftliche Raubzug der Weltgeschichte, so wird der Beitritt der DDR einmal in den Geschichtsbüchern stehen. Vom Regen in die Jauche, das war für die DDR-Bevölkerung das Ergebnis dieses imperialistischen Anschlusses.

Der Imperialismus – dieses höchste und letzte Stadium des Kapitalismus – befindet sich in Fäulnis und Niedergang. Die „Sonderperiode“ des deutschen Imperialismus ist vorbei. Die Illusionen einer „sozialen Marktwirtschaft“ zerplatzten wie Seifenblasen. Die grosse Koalition der Lohn-, Zeit- und Sozialräuber leisten ihr Teil, damit die Reichen reicher werden und die Armen ärmer. Der Krieg im inneren des Landes verläuft parallel zu weltweiten BRD-Kriegseinsätzen.

Wir müssen aber an unsere Zukunft denken. Ein neues Deutschland, eine Rote Räterepublik müssen wir schaffen, in dem wir, die arbeitenden Menschen, das Sagen haben.

Dazu ist aber auch der Aufbau einer wahrhaft Kommunistischen Partei notwendig. Diese Partei muss eine Partei der Werktätigen sein. Eine Partei, welche die Lehren aus der Geschichte gezogen hat: Angefangen von der Pariser Kommune, über die Zeit der Sowjetunion Lenins und Stalins und die Entwicklung des sozialistischen Albanien. Die gegenläufige Entwicklung im Sozialismus, die in den Revisionismus mündet und dann zwangsläufig zurück in den Kapitalismus muss unbedingt beachtet werden, damit der Sozialismus die erste Phase einer klassenlosen, einer kommunistischen Gesellschaft bleibt.

Wer aber waren die Feinde der DDR, wer trägt die Hauptverantwortung am Untergang?

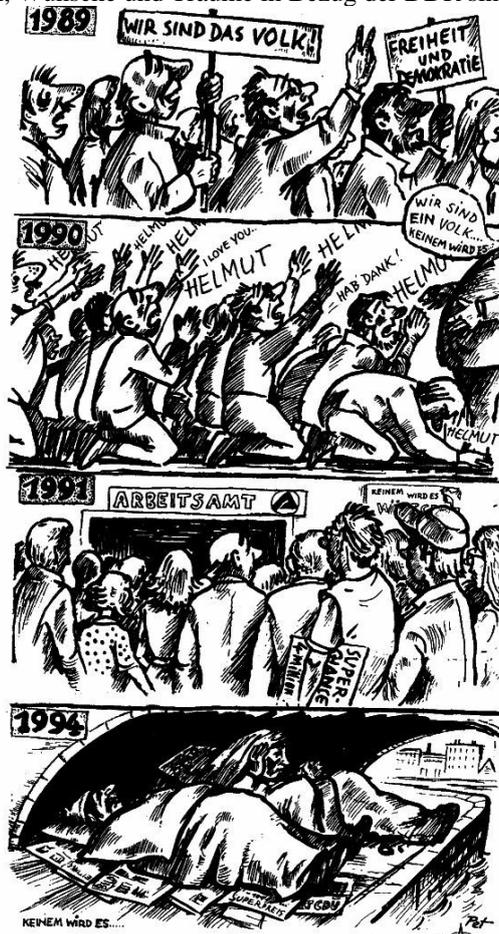
Es waren doch die Revisionisten, die Ulbrichts, Honeckers und Mielkes die den Sozialismus erst entstellten, dann den Beitritt zur BRD bewerkstelligten.

Auch wenn sie 1989 abtraten, übergab die 2. Garnitur einen ganzen Staat. Und wenn ein Herr Modrow Ende Januar 1990 verkündete: „Deutschland einig Vaterland“, so war es nur eine Frage der Zeit, wann es zur imperialistischen Wiedervereinigung kommt.

Die KPD/ML war immer für die Anerkennung der DDR als Staat. Sie bekämpfte von Anfang an einen imperialistischen Anschluss.

Unter der Losung: Für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland war die KPD/ML die einzige Arbeiterpartei in Deutschland die in Ost- und West kämpfte für eine sozialistische Republik.

Für einen zweiten Anlauf einer sozialistisch/kommunistischen Gesellschaft ist es aber erforderlich die Ursachen des Scheiterns zu analysieren. Illusionen, Wünsche und Träume in Bezug der DDR sind da nur hinderlich.



"... wenn man aber nach den Ursachen der Erfolge der Konterrevolution forscht, so erhält man von allen Seiten die bequeme Antwort, Herr X oder Bürger Y habe das Volk `verraten`. Diese Antwort mag zutreffen oder auch nicht, je nach den Umständen, aber unter keinen Umständen erklärt sie auch nur das Geringste, ja sie macht nicht einmal verständlich, wie es kam, dass das `Volk` sich derart `verraten` liess."

(F. Engels, Revolution und Konterrevolution in Deutschland)

Die Ulbrichts und Honeckers, die wir als "revisionistisch" ("Revisionismus" wird eine Strömung bezeichnet, die den Marxismus unter dem Vorwand, ihn zu überprüfen, zu "revidieren", über den Haufen wirft, wobei sie sich in Worten

aber noch auf den Marxismus beruft. Unter "Revisionismus" wird dann aber auch die Gesellschaftsordnung bezeichnet, in der die Revisionisten die Macht ausüben.) bezeichnen, verwandelten die DDR in eine Übergangsgesellschaft, die noch nicht vollständig kapitalistisch waren, aber zwangsläufig zum entwickelten Kapitalismus führen mußten.

Und dieser Umstand hat auf die Arbeiterbewegung - nicht nur in Deutschland, sondern auf der ganzen Welt eine ungeheuer demoralisierende Wirkung. Denn es stellt sich die Frage: Lohnt es sich, für den Sozialismus zu kämpfen, wenn dabei etwas herauskommen kann wie das das Honecker-Regime?



Ein bißchen Talent braucht man schon, wenn man als Jongleur Erfolg haben will.

Wir meinen: Erstens lohnt sich der Kampf für den Sozialismus nicht nur, sondern er ist notwendig. Der Kommunismus ist die Zukunft der Menschheit, die durch die gesamte geschichtliche Entwicklung vorbereitet wird. Der Kommunismus aber kann nur über die 1. Phase des Kommunismus, den Sozialismus erreicht werden. Zweitens: Als Übergangsgesellschaft ist der Sozialismus nach zwei Seiten hin offen: Sowohl nach vorne (zum Kommunismus) als auch zurück (zum Kapitalismus). In welche Richtung sich eine konkrete sozialistische Gesellschaft bewegt, das hängt von den darin handelnden Menschen ab.

Freilich unterliegen die Menschen in ihren Handlungen bestimmten objektiven Gesetzmäßigkeiten. Doch die Gesetze herrschen nicht notwendigerweise wie ein blindwirkendes Schicksal. Verstehen die Menschen die objektiven Entwicklungsgesetze, so haben sie die Möglichkeit, sie planmäßig für ihre Zwecke wirken zu lassen. Verstehen sie sie nicht, so wirken sie blind, und das erreichte Resultat kann das Gegenteil des gewollten sein. Es verhält sich ähnlich wie mit den Schwerkraftgesetz: Versteht man es zu meistern, so kann man Brücken bauen, Flugzeuge konstruieren usw. Versteht man es nicht, das Gesetz der Schwerkraft richtig zu meistern, so wirkt es zerstörerisch, beispielsweise so, daß einem das Haus über dem Kopf zusammenpurzelt.

Der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers, das einstmal über ein Drittel der Menschheit ausmachte, ist eine Tragödie für die internationale Arbeiterbewegung, ein großer Rückschlag innerhalb der Zickzack-Bewegung der Weltgeschichte. Doch dieser Rückschlag kann für die Zukunft fruchtbringend genutzt werden, wenn es gelingt, aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen die objektiven Bewegungsgesetze des Sozialismus besser zu erforschen, um derartige Entwicklungen in Zukunft zu vermeiden.

Wir müssen die Wechselbeziehungen der Klassen in der sozialistischen Gesellschaft untersuchen, die auf der objektiven Entwicklungsstufe, der Produktionsweise des Sozialismus beruhen, und zwar nicht im starren Zustand, sondern in Bewegung, in Entwicklung. Dies bedeutet unter anderem, daß wir in den sozialistischen Gesellschaftsordnungen diejenigen Elemente herausarbeiten, **die zur revisionistischen führen können**, die Bedingungen, die eine solche Entwicklung fördern, und diejenigen, die ihr entgegenwirken.

Der Prozeß des Übergangs des Sozialismus zu der Gesellschaft, die wir als Revisionismus bezeichnen war keineswegs in erster Linie das Ergebnis von subjektivem Verrat einzelner kommunistischer Führer. Gewiß, es gab diesen Verrat: Chruschtschow, Ulbricht und andere waren Verräter an der Arbeiterklasse. Doch diese Feststellung allein erklärt nichts. **Warum konnten sie sich denn durchsetzen** und den Sozialismus beseitigen? Warum wurden solche Charaktere überhaupt hervorgebracht?

Freilich es gibt kein Patentrezept, um solche Fehlentwicklungen zu vermeiden, und es kann auch **kein solches Patentrezept geben. Welchen Weg eine sozialistische Gesellschaft nimmt, wird durch den Klassenkampf entschieden.** Doch diejenigen Kräfte, die für die Verteidigung des Sozialismus und für den Sieg des Kommunismus kämpfen, haben unter sonst gleichbleibenden Bedingungen umso bessere Chancen, sich durchzusetzen, je besser ihre Kenntnisse der Bewegungsgesetze der Übergangsgesellschaft sind.

Warenproduktion ist gesellschaftliche Produktion, doch die Gesetze, die diese Produktion regeln, beherrschen die Produzenten, anstatt daß die Produzenten die Gesetze beherrschen

Anders ausgedrückt: "Ihre eigne gesellschaftliche Bewegung besitzt für sie die Form einer Bewegung von Sachen, unter deren Kontrolle sie stehen."

"Sachzwänge" nennt man so etwas heute, ohne freilich auch nur zu ahnen, welche gesellschaftlichen Verhältnisse es sind, die diese "Sachzwänge" hervorrufen, denen nicht nur die Beherrschten, sondern auch die Herrschenden unterliegen, nicht nur die Werktätigen, sondern auch die Kapitalisten und Manager, die - egal ob sie einen juristischen Eigentumstitel haben oder leitende "Angestellte" einer unpersönlichen Aktiengesellschaft sind - lediglich Funktionäre des Kapitals sind.

Bei den leitenden "Angestellten" einer Aktiengesellschaft wird dies lediglich deutlicher, doch beim klassischen Eigentümer-Kapitalisten ist es nicht anders. "Die Personen existieren hier nur füreinander als Repräsentanten von Ware und daher als Warenbesitzer, d.h. daß die ökonomischen Charaktermasken der Personen nur die Personifikationen der ökonomischen Verhältnisse sind, als deren Träger sie sich gegenüber treten."

Das also ist die vielgerühmte "Freiheit", die die "Marktwirtschaft" garantiert: Die Freiheit, Sachzwängen zu gehorchen, die Freiheit, ökonomische Charaktermaske, Personifikation der ökonomischen Verhältnisse zu sein (was freilich zunächst das Problem der Bourgeoisie ist, doch wollen die Kapitalisten und ihre Ideologen dies den Werktätigen aufzwingen, indem sie sie mit der Ideologie "gleicher Interessen von Arbeit und Kapital" verseuchen), die Freiheit, von den eigenen Produkten beherrscht zu werden, anstatt diese zu beherrschen!

Der Kommunismus ist die vollständige Umkehrung dieser Verhältnisse: Der Mensch beherrscht seine Produkte, der Mensch betätigt sich als Mensch, und das heißt: in Bezug auf andere Menschen, anstatt zur ökonomischen Charaktermaske, zur Personifikation der ökonomischen Verhältnisse zu verkommen.

„Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten. Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßige bewußte Organisation. Der Kampf ums Einzeldasein hört auf. Damit, erst scheidet der Mensch, in gewissem Sinn, endgültig aus dem Tierreich, tritt aus tierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche. Der Umkreis der die Menschen umgebenden Lebensbedingungen, der die Menschen bis jetzt beherrschte, tritt jetzt unter die Herrschaft und Kontrolle der Menschen, die nun zum ersten Male bewußte, wirkliche Herren der Natur, weil und indem sie Herren ihrer eignen Vergesellschaftung werden. Die Gesetze ihres eignen gesellschaftlichen Thuns, die ihnen bisher als fremde, sie beherrschende Naturgesetze gegenüberstanden, werden dann von den Menschen mit voller Sachkenntnis angewandt und damit beherrscht. Die eigne Vergesellschaftung der Menschen, die ihnen bisher als von Natur und Geschichte oktroyiert (aufgezwungen) gegenüberstand, wird jetzt ihre eigne freie Tat. Die objektiven, fremden Mächte, die bisher die Geschichte beherrschten, treten unter die Kontrolle der Menschen selbst. Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewußtsein selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maße auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit.“ (Engels, Anti-Dühring, S. 264)

Man muß sich vor Augen halten, wie tief die Verhältnisse der Warenproduktion nicht nur in alle Fasern der Ökonomik, sondern auch in die Köpfe der Menschen eingedrungen sind, um zu begreifen, wie unendlich schwierig ein solch kopernikanischer Einschnitt in der Menschheitsgeschichte ist, wie verständlich es ist, daß ein solcher Einschnitt keineswegs in geradliniger Entwicklung erfolgen kann, sondern nur in einem langen Prozeß, innerhalb dessen Fortschritte sich mit Rückschlägen abwechseln.

Basteln an Sozialismus-Modellen

Der Kampf für den Sozialismus kann unterschiedliche Formen annehmen, unterschiedliche Kompromisse erforderlich machen. Deshalb ist nichts so lächerlich wie das Basteln an Sozialismus-Modellen (als hätte man in einer bestimmten historischen Situation eine Wahlmöglichkeit!) oder die Verkündung "des wahren Sozialismus" (als könnte der Sozialismus unter völlig unterschiedlichen Gegebenheiten exakt die gleiche Form annehmen!).

Überdies verkennen derartige Auffassungen, daß der Sozialismus sich selbst ständig verändern muß, wenn er sich auf sein Ziel, den Kommunismus, zubewegen will, wobei es für Art und Tempo wiederum kein Patentrezept gibt, da auch sie von den Umständen diktiert werden.

Allerdings muß die Übergangsgesellschaft zum Kommunismus ein Kriterium erfüllen, da sie sonst nicht zum Kommunismus führt: Ihr Ziel muß die Herstellung der vollständigen gesellschaftlichen Kontrolle über die Produktion

sein, was gleichbedeutend mit der Aufhebung der Klassen und jeglicher Überreste der Warenproduktion ist. Wer die Warenproduktion, den Wert, den Austausch sowie das Wertgesetz, das den Austausch gleicher Mengen gesellschaftlich erforderlicher Arbeit beinhaltet, verewigen will oder wer auch nur Überreste davon verewigen will, der handelt dem Ziel des Kommunismus entgegen, der begünstigt die Restauration des Kapitalismus. Deshalb führten Marx und Engels stets einen scharfen Kampf gegen kleinbürgerliche Sozialisten wie Proudhon oder Dühring, die die Warenkategorien verewigen wollten:

"Der Wertbegriff ist der allgemeinste und daher umfassendste Ausdruck der ökonomischen Bedingungen der Warenproduktion. Im Wertbegriff ist daher der Keim enthalten, nicht nur des Geldes, sondern auch aller weiter entwickelten Formen der Warenproduktion und des Warenaustausches. Darin, daß der Wert der Ausdruck der in den Privatprodukten enthaltenen gesellschaftlichen Arbeit ist, liegt schon die Möglichkeit der Differenz zwischen dieser und der im selben Prozeß enthaltenen Privatarbeit. Produziert also ein Privatproduzent nach alter Weise weiter, während die gesellschaftliche Produktionsweise fortschreitet, so wird ihm diese Differenz empfindlich fühlbar. Dasselbe geschieht, sobald die Gesamtheit der Privatanfertiger einer bestimmten Warengattung ein den gesellschaftlichen Bedarf überschießendes Quantum davon produziert. Darin, daß der Wert einer Ware nur in einer ändern Ware ausgedrückt und nur im Austausch gegen sie realisiert werden kann, liegt die Möglichkeit, daß der Austausch überhaupt nicht zustande kommt oder doch nicht den richtigen Wert realisiert. Endlich, tritt die spezifische Ware Arbeitskraft auf den Markt, so bestimmt sich ihr Wert, wie der jeder ändern Ware, nach der zu ihrer Produktion gesellschaftlich nötigen Arbeitszeit. In der Wertform der Produkte steckt daher bereits im Keim die ganze kapitalistische Produktionsform, der Gegensatz von Kapitalisten und Lohnarbeitern, die industrielle Reservearmee, die Krisen. Die kapitalistische Produktionsform abschaffen wollen durch Herstellung des 'wahren Werts', heißt daher den Katholizismus abschaffen wollen durch Herstellung des 'wahren' Papstes oder eine Gesellschaft, in der die Produzenten endlich einmal ihr Produkt beherrschen, herstellen durch konsequente Durchführung einer ökonomischen Kategorie, die der umfassendste Ausdruck der Knechtung der Produzenten durch ihr eignes Produkt ist."

Der Revisionismus

Im staatlichen Sektor hergestellte Produkte

Der Kapitalismus hat einen hohen Grad an Vergesellschaftung geschaffen, jedoch keine unmittelbare Vergesellschaftung, die die Herrschaft des Produkts über den Produzenten beseitigt. Er ist nicht in der Lage, eine Produktion im gesellschaftlichen Interesse herbeizuführen. Dies ist erst nach der Machtergreifung der Arbeiterklasse möglich. Produktion im Interesse der Gesellschaft beinhaltet aber auch Produktion auf Rechnung und unter Kontrolle der Gesellschaft. Dies setzt jedoch im Grunde genommen Gesellschaftsglieder voraus, die bereits unter Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion geprägt worden sind. Solche Gesellschaftsglieder findet die siegreiche Arbeitermacht jedoch nicht vor, sondern sie entstehen erst im Rahmen der Umwälzung der Produktionsweise in eine gesellschaftliche.

Wie kommt die proletarische Revolution aus diesem Teufelskreis heraus?

Sie ist zunächst gezwungen, eine sehr straffe Führung durch die proletarische Avantgarde und einen sehr hohen Grad an Zentralismus der Volkswirtschaft zu errichten. Lenin: "Hier haben wir also eine regelrechte 'Oligarchie' (Herrschaft von wenigen). Keine einzige wichtige politische oder organisatorische Frage wird in unserer Republik von irgendeiner staatlichen Institution ohne Direktiven des Zentralkomitees unserer Partei erschieden." (Lenin, Werke Bd. 31, Seite 32) "...daß wir als regierende Partei nicht umhin konnten, die 'Spitzen' der Partei und die 'Spitzen' der Sowjets miteinander zu verschmelzen." (Lenin, Werke Bd. 32, Seite 175) "Heute aber fordert dieselbe Revolution... die unbedingte Unterordnung der Massen unter den einheitlichen Willen der Leiter des Arbeitsprozesses." (Lenin, Werke Bd. 27, Seite 260) "...die Erteilung von diktatorischen Vollmachten (oder 'unbeschränkten' Vollmachten) an einzelne Leiter." (Lenin, Werke Bd. 27, Seite 258)

Die Leitung der Produktion durch einen hochzentralisierten, "der Form nach nichtkommunistischen" und "überaus mächtigen" (Lenin, Bd. 31, Seite 33) Apparat ist zunächst notwendig, da es den Produzenten, der als Eigentümer handelt, noch nicht bzw. nur in Ansätzen gibt. Demgegenüber würde jegliche "Produzentendemokratie" auf falscher Grundlage, nämlich auf der Grundlage, daß die Werk tätigen der einzelnen Betriebe als zersplitterte Warenproduzenten fungieren, selbst den vom Kapitalismus bereits erreichten Grad der Vergesellschaftung wieder zurücknehmen und durch Ausweitung der Warenproduktion zurück zum Kapitalismus führen.

Schrittweise mit der Hebung der Aktivität der Massen bei der Leitung und Kontrolle der Produktion muß jedoch zugleich der formale Zentralismus zurückgenommen werden: Der Zentralismus wird "inhaltlicher", die zentralen Vorgaben werden abstrakter, versuchen immer weniger, Dinge zu regeln, die sinnvollerweise vor Ort geregelt werden sollten, laufen immer mehr auf allgemeine (keineswegs unverbindliche!) Orientierungen hinaus, die vor Ort schöpferisch umgesetzt werden. Damit entwickelt sich die schöpferische Kraft der dezentralen Kollektive und der Individuen. Gleichzeitig erhöht sich die Qualität des Zentralismus.

Ein solches Voranschreiten der Vergesellschaftung, das den Zentralismus nicht schwächt, sondern qualitativ stärkt, ist ein schwieriger Zweifrontenkampf: Er muß zum einen gegen liberale Tendenzen geführt werden, die Dezentralisierung zur Ausweitung der Warenbeziehungen zu nutzen, zum andern gegen bürokratische Elemente, die einen bereits unnötig gewordenen Grad des formalen Zentralismus verteidigen, um ihre Privilegien zu erhalten. Die revisionistische Entartung verlief historisch zumeist so, daß zunächst derartige bürokratische Tendenzen die Oberhand hatten und den durchaus nötigen Kampf gegen liberale Tendenzen demagogisch nutzten, um einen historisch überlebten Zentralismus zu verteidigen. Da dieser Zentralismus aber historisch überlebt war, ging er in Fäulnis über, und so gewannen schließlich die liberalen Tendenzen die Oberhand.

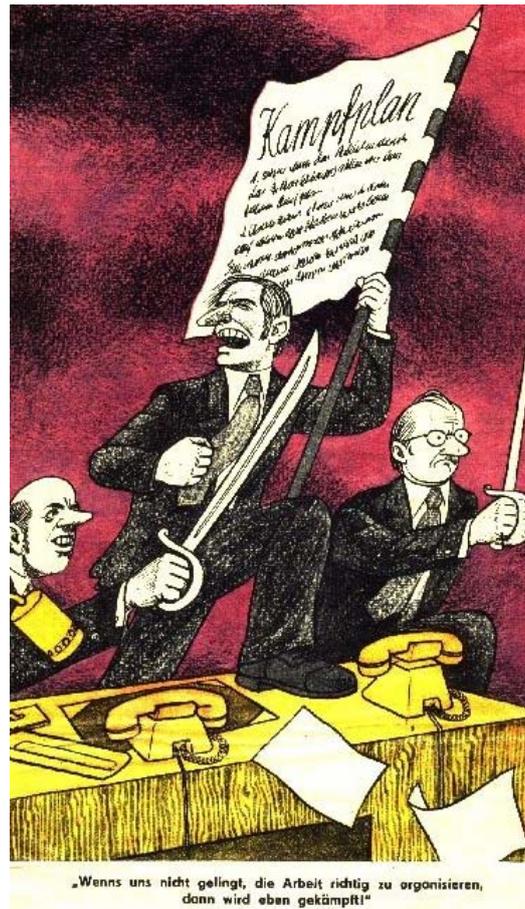
Personell waren es mitunter die gleichen Kräfte (z.B. Ulbricht), die zunächst die bürokratische und dann die liberale Karte ausspielten.

Die Leitung durch einen hochzentralisierten Apparat, die nicht nach und nach durch die Leitung seitens der Werktätigen selbst abgelöst wird, stärkt den Bürokratismus, verstopft die Quellen einer kommunistischen Initiative, die nicht individuelle Privatinitiative ist. **Je mehr der Apparat die Unterstützung der werktätigen Massen verliert, desto mehr verliert er die Fähigkeit, die Produktion wirklich im gesellschaftlichen Interesse zu leiten. Er kann die Bedürfnisse immer weniger befriedigen: Der Produktionsablauf wird immer mehr gestört, es kommt immer häufiger zum Stillstand der Produktion, weil Produktionsmittel nicht oder zu spät geliefert werden. Maschinen stehen still, weil Ersatzteile nicht geliefert werden, usw. Es entsteht ein Schwarzmarkt.**

Einziges Gegenmittel wäre die Verlagerung von Kompetenzen nach unten bei gleichzeitiger Stärkung der unmittelbaren Leitung und Kontrolle durch die Massen, verbunden mit Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, die einzelnen Betriebe durch ökonomische Mittel zu stimulieren, Maßnahmen, die auf der relativen Eigenständigkeit der Betriebe im Rahmen der wirtschaftlichen Rechnungsführung beruhen. Die bürokratischen Elemente aber sind bestrebt, dies zu verhindern, da dies dem Unterschied von Kopf- und Handarbeit, insbesondere von leitender und ausführender Tätigkeit entgegenwirken und damit ihre eigene Stellung gefährden würde. Als vermeintlichen Ausweg wählen sie die Verlagerung von Kompetenzen nach unten und die Ausweitung von Tauschkategorien mit dem Ziel der Erreichung einzelbetrieblicher Rentabilität ohne gesellschaftliche Kontrolle von unten.

Das war der Kern der Wirtschafts"reformen", die nach Stalins Tod in den Ländern des sozialistischen Lagers durchgeführt wurden. Doch damit wurde die sozialistische Zielsetzung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in ihr Gegenteil verkehrt, **diejenigen ihrer Elemente, die der gesellschaftlichen Leitung der Produktion entgegenstehen, wurden gestärkt und brachten diese schließlich vollständig zu Fall:**

Die wirtschaftliche Rechnungsführung nutzt Tauschkategorien, also Muttermale der alten Gesellschaft, jedoch mit dem Ziel, die Werktätigen fühlen zu lassen, **daß die gesellschaftliche Produktion ihre Sache ist**, mit dem Ziel, daß die Werktätigen Verantwortung für die Produktion übernehmen. Durch die Loslösung von diesem Ziel werden die Tauschkategorien der wirtschaftlichen Rechnungsführung verabsolutiert, vom gesellschaftlichen Gebrauchswert gelöst. 1963 wurden im Gesetzblatt der DDR "Richtlinien für das Neue ökonomische System der Planung und Leitung" dekretiert, denen zufolge "das Streben der Betriebe und VVB (Vereinigung Volkseigener Betriebe) nach einem hohen Gewinn identisch mit ihren Anstrengungen um eine hohe volkswirtschaftliche Leistung" ist. (Gesetzblatt II Nr. 64 v. 11.7.1963, zitiert bei Neumann, Zurück zum Profit, Berlin 1973, S. 101) Damit wurde die Verwertung von Wert als alleiniger Zweck der Produktion dekretiert. Aber im Sozialismus besteht kein Automatismus, der eine solche Identität zwischen einzelbetrieblichem Gewinn und gesellschaftlichem Interesse garantiert. Dies ist vielmehr erst dann der Fall, wenn die Produktionsverhältnisse so entwickelt sind, daß es keine klassenmäßig bedingten Interessengegensätze mehr gibt. Mit anderen Worten: Wenn der einzelbetriebliche Gewinn nur noch ein "Gewinn" in Anführungsstrichen, ein "Wert" im technischen Sinne, aber kein Wert im gesellschaftlichen Sinn mehr ist, wenn er nicht mehr Akkumulationsquelle des Betriebs ist. Der Umstand, daß die Produkte der staatlichen Betriebe die Wertform annehmen, zeigt gerade, daß sehr wohl noch Interessengegensätze bestehen. Ein hoher einzelbetrieblicher Gewinn kann so Zustandekommen, daß der Betrieb gegenüber der Gesellschaft Ressourcen versteckt, er kann so Zustandekommen, daß der Plan als erfüllt abgerechnet wird, während die Produkte nicht verkäuflich sind, weil die Produktion nicht am gesellschaftlichen Gebrauchswert ausgerichtet wurde - und genau derartige Erscheinungen wurden damals beklagt. Die wirtschaftliche Rechnungsführung kann solchen Tendenzen nur entgegenwirken, wenn sie mit der Mobilisierung der Werktätigen für die Ziele der Gesellschaft verbunden ist, mit der Förderung von berechtigter Kritik an schlechter Qualität, formaler Planerfüllung usw., wobei diese Kritik materielle Konsequenzen für die betreffende Produktionseinheit haben soll. Losgelöst hiervon spornt die wirtschaftliche Rechnungsführung bürokratische Betriebsleiter gerade an.



Wohl gemerkt: Der einzelbetriebliche Gewinn ist im Sozialismus natürlich ein Gradmesser für den gesellschaftlichen Nutzen der betrieblichen Produktion, denn wenn die Betriebe keine Gewinne erwirtschaften, können die Bedürfnisse der Gesellschaft nicht befriedigt werden. Es wäre daher völlig verfehlt, die Anerkennung der Notwendigkeit des einzelbetrieblichen Gewinns im Sozialismus als "revisionistisch" hinzustellen. Doch dieser Gewinn darf nur ein Gradmesser **neben anderen sein**, er muß dem gesellschaftlichen Gebrauchswert, den Zielen der Gesellschaft, untergeordnet sein. Im Revisionismus, bei Verabsolutierung des Tauschwertes, ist der einzelbetriebliche Gewinn aber kein Gradmesser für den gesellschaftlichen Nutzen der Produktion.

Also: Der Revisionismus verabsolutiert die Tauschwertkategorien der wirtschaftlichen Rechnungsführung, löst sie in hohem Maße vom gesellschaftlichen Gebrauchswert. Bestehen im Sozialismus Warenbeziehungen neben der gesellschaftlichen Kontrolle, ergänzen sie einerseits und wirken ihr andererseits entgegen, so werden die Produkte im Revisionismus immer mehr zur Ware. Allerdings ebenfalls nicht im ursprünglichen `Marx`schen Sinn des Wortes: Erstens werden die Preise im großen und ganzen immer noch vom zentralen Apparat festgelegt, bilden sich nicht elementar auf dem Markt, obwohl es z.B. in der revisionistischen DDR ein ständiges Gerangel zwischen zentraler Bürokratie und Betriebsleitern über die Kompetenzen gab, die Preise festzusetzen.

Zweitens bestehen immer noch zentrale Auflagen bezüglich Menge und Sortiment der Produktion, **der Plan bleibt formal bestehen**, freier Kapitalfluß ist weitgehend unmöglich.

Die Zentrale selbst läßt sich bei diesen Auflagen freilich nicht mehr unmittelbar von den gesellschaftlichen Bedürfnissen leiten, sondern vom Ziel der Verwertung von Wert (und vom Ziel der Machterhaltung des bürokratischen zentralistischen Apparat, sowohl gegen die Massen, als auch gegen die Betriebsdirektoren).

Wir sehen hier übrigens, daß die Frage, in welchem Ausmaß noch zentrale Planung herrscht, keineswegs entscheidend für die Frage ist, ob es sich um ein sozialistisches oder um ein revisionistisches Land handelt.

Daß aber auch die kapitalistischen Monopole planen, nur freilich nicht mit dem Ziel der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse, sondern mit dem Ziel der optimalen Verwertung von Wert. Eine "sozialistische" Zentralstelle, die auf ihre Fahnen schreibt, in letzter Instanz gehe es nur um die Erzielung möglichst hohen einzelbetrieblichen Gewinns, tut nichts anderes, denn hier steht bereits nicht mehr der Mensch mit seinen Bedürfnissen im Vordergrund, wie Stalin es in seiner Polemik gegen Jaroschenko gefordert hat, sondern die Verwertung von Wert; hier herrschen die Produkte über den Produzenten, hier wird die Produktion, die Akkumulation, Selbstzweck, wie Jaroschenko es gefordert hat. Und ist

dies erst einmal der Fall, so wird zum zusätzlichen Nachteil, was früher, bei sozialistischer Produktion, Keim des Kommunismus war: Die fehlende Regulierung der Produktion durch das elementare Wirken des Wertgesetzes:

Die Verwertung von Wert ist Ziel der Produktion, doch ob ein Wert verwertet werden kann, entscheidet sich nicht an der Frage, ob das Produkt verkauft werden kann, ob der Verkauf auf dem Markt die vorgeschossenen Kosten plus einen Gewinn abwirft, sondern entscheidet sich an der Frage, ob man die zuständige staatliche Stelle dazu bringen kann, den Plan als erfüllt abzurechnen, ob man den zu beliefernden Betrieb dazu bringen kann, den Liefervertrag als erfüllt abzurechnen. Und hier spielen Qualität und Quantität der Produkte nicht die entscheidende Rolle, sondern das Interessengestrüpp innerhalb der revisionistischen Bürokraten-Mafia.

Die Arbeitskraft

Je stärker die Stellung der Bürokratie wird desto mehr rückt bei den Produktionsentscheidungen der Gesichtspunkt in den Hintergrund, daß die Produktion letztlich dazu dient, die Bedürfnisse der Produzenten zu befriedigen: Vom Standpunkt der Planbürokraten und des Betriebsleiters wird der Arbeitslohn immer mehr zum bloßen Kostenfaktor, zum variablen Kapital (ohne Anführungszeichen), gekauft von der neuen Ausbeuterklasse. Das Kapitalverhältnis gemäß der klassischen Definition von Marx ist mit gewissen Abstrichen - die sich daraus ergeben, daß der Tauschwert nicht durch den Markt reguliert, sondern bürokratisch festgesetzt wird wiederhergestellt: "Das Kapital besteht nicht darin, daß aufgehäufte Arbeit der lebendigen Arbeit als Mittel zu neuer Produktion dient. Es besteht darin, daß lebendige Arbeit der aufgehäuften Arbeit als Mittel dient, ihren Tauschwert zu erhalten und zu vermehren." (Marx, Lohnarbeit und Kapital, Berlin 1968, Seite 38).

So wurde in der revisionistischen Sowjetunion das Chemiekombinat von Stschokino als Beispiel klassischer kapitalistischer Rationalisierung im "Sozialismus" gepriesen, mit dem Ziel, den Lohnfonds auf mehrere Jahre stabil zu halten und dennoch die Produktion zu erhöhen: Innerhalb von 3 Jahren wurden 1000 Arbeiter und Angestellte entlassen, und dabei wurde die Produktion erweitert.

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die flächendeckende Umsetzung des "Prinzips Stschokino" zwar der Wunschtraum der Revisionisten war, daß jedoch bestimmte Formen des früheren Sozialismus, die im Revisionismus mit verändertem Inhalt erhalten blieben, sie daran hinderten.

Erstens hatten die Betriebsdirektoren keine vollständige Freiheit der Entlassungen, und so hatten sie auch kein wirksames Mittel, Schlendrian und Arbeitszurückhaltung entgegenzutreten. Sie mußten dies vielmehr schon deshalb dulden, damit "ihre" Arbeiter nicht ihre Betrügereien gegenüber der Zentralgewalt denunzierten. Die Zentralgewalt wiederum war ebenfalls an derartigen Zugeständnissen interessiert, um diese als "Sozialismus" darzustellen; jegliche **Unruhe sollte vermieden werden.**

Zweitens existierte kein im Kapitalismus normaler ökonomischer Druck auf die Betriebsleiter, die Lohnkosten zu senken, jedenfalls nicht flächendeckend. Da die Preise sich nämlich nicht auf dem Markt bildeten, sondern die Plangröße "Personalkosten" zu den Selbstkosten gehörte, auf die wiederum rechnerisch der Gewinnprozentsatz draufgeschlagen wurde, bestand sogar ein entgegengesetzter Mechanismus: Je höher die Selbstkosten an Material und Arbeitskraft, desto höher der Gewinn. Dem wirkte freilich entgegen, daß die Betriebe die Selbstkosten gegenüber der Zentrale zu rechtfertigen hatten, doch hier gab es - wie mehrfach ausgeführt - genügend Spielraum für Betrug. Das Ziel Senkung der Selbstkosten war somit zwar unbestritten, doch die Mittel zur Durchführung dieses Ziels waren längst nicht so effektiv wie die des Kapitalismus, wo der Markt als objektiver und unbestechlicher Schiedsrichter auftritt.

Ebenso wie bei den Produkten ergibt sich somit auch bei der Arbeitskraft, daß diese in hohem Maße wieder zur Ware geworden ist, **jedoch** ebenfalls nicht im vollen kapitalistischen Sinn des Wortes Ware.

Ökonomisches Grundgesetz

Aus alledem ergibt sich, daß die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse nicht mehr der Zweck der Produktion war, sondern die Verwertung von Wert.

Verwertung von Wert bezieht sich vom Standpunkt des Betriebsdirektors allein auf seinen Betrieb. Daher ist Produktion schlechter Qualität, Schlendrian usw. unschädlich, sofern man erreichen kann, daß der Plan bzw. der Liefervertrag als erfüllt abgerechnet wird und die Folgen auf die Gesellschaft abgewälzt werden. Das gesellschaftliche Interesse kann diese Mißwirtschaft lediglich auf einem Umweg mildern, insofern nämlich die Zentrale bemüht ist, ihre Machtstellung zu nutzen, um der größten Vergeudung gesellschaftlicher Mittel Schranken zu setzen. Die Zentrale tut dies als Vertreter der gesamten neuen Ausbeuterklasse, deren Macht ins Wanken käme, wenn fast nur noch unnützer Schrott produziert würde.

Einer solchen schadensbegrenzenden Tätigkeit der bürokratischen Zentralgewalt sind jedoch ihrerseits Grenzen gesetzt. Das Nationaleinkommen, der Reichtum der Gesellschaft wird von der Zentrale als Summe betrieblicher Gewinne aufgefaßt, als bloße Summe von Tauschwerten. Eine andere Betrachtungsweise bleibt ihr nicht, da sie durch die gesellschaftlichen Verhältnisse insoweit zum Gefangenen ihrer eigenen Ideologie geworden ist. Gesellschaftliche Kontrolle der Produktion durch die Werktätigen kommt für sie nicht in Betracht, da dies ihre Machtstellung unterminieren würde. Eine Kontrolle über den Markt bei freier Preisbildung und freiem Kapitalfluß kommt aber

ebenfalls nicht in Betracht, da sie als bürokratische Zentralgewalt dadurch ebenfalls überflüssig würde. Es bleibt ihr nur die Betrachtungsweise, daß sie selbst die "gesellschaftliche" Kontrolle ausübt, und die kann sich im großen und ganzen nur so darstellen, daß sie um eine möglichst hohe Summe betrieblicher Tauschwerte bemüht ist, wobei diese Tauschwerte noch nicht mal echte Tauschwerte sind, da sie nicht ökonomisch begründet, sondern willkürlich festgesetzt sind. Die diesbezüglichen ideologischen Scheuklappen beruhen also nicht auf Dummheit, sondern auf der gesellschaftlichen Realität einer hochzentralisierten Produktion beim gleichzeitigen Verzicht auf wirkliche gesellschaftliche Kontrolle der Produktion. (Lediglich die Illusion einer solchen Kontrolle ist vorhanden.)

Selbstverständlich bezieht sich die Möglichkeit vom tatsächlichen Wert abweichender "Tauschwerte" (ebenso wie im Sozialismus) nicht auf die Summe der gesellschaftlich produzierten Werte, sondern nur auf die Werte einzelner Produkte: Wird der Wert eines Produkts höher angesetzt, als er tatsächlich ist, so muß bei der Wertfestsetzung eines andern Produkts ein entsprechender Abschlag vorgenommen werden. Letzten Endes schädigt dieser Mechanismus die Konsumenten, die schlechte Produkte erhalten und dafür mehr bezahlen müssen, als sie "wert" sind. Damit wird ihre Arbeitskraft entwertet, die sie im Austausch für die Konsumgüter verkaufen. Als Werktätige "bedanken" sich die Konsumenten hierfür durch Arbeitszurückhaltung, und so ergibt sich eine Spirale, in deren Verlauf die Fäulniserscheinungen der revisionistischen Gesellschaft immer mehr zunehmen. **Das ist noch eine andere Fäulnis** als die des für die proletarische Revolution reifen Kapitalismus; diese Fäulnis ist zusätzlich dadurch begründet, daß in hohem Maße willkürliche "Werte" festgesetzt werden, die dem realen, ökonomisch begründeten Wert nicht entsprechen. Mit anderen Worten: Die Zentralstellen nutzen die Möglichkeit bewußter Preisfestsetzung, die als Überbleibsel des früheren Sozialismus verblieben ist, orientieren sich aber nicht im erforderlichen Ausmaß am Wertgesetz und sind - da die Orientierung auf den Kommunismus beseitigt ist - schon gar nicht in der Lage, sich an einer höherrangigen Rentabilität zu orientieren; letzteres geben sie selbst ganz offen zu, indem sie die Summe der betrieblichen Tauschwerte für identisch mit dem "gesellschaftlichen Interesse erklären". Ist aber der Wirkungsbereich entfallen, innerhalb dessen das Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft als Regulator der Produktion wirken kann, so kann allein das Wertgesetz noch als Regulator der Produktion wirken. Kommt man den Anforderungen dieses Gesetzes nicht nach (da es im Revisionismus nicht elementar wirkt, besteht die Möglichkeit, dagegen zu verstoßen), so muß sich dies rächen:

Der Wert drückt die gesellschaftlich erforderliche Arbeitszeit aus, und auch der Revisionismus hat nicht die Kunst erfunden, durch einen gedanklichen Willensakt Werte zu erschaffen, die nicht erarbeitet worden sind; derartige Schöpfungsakte "aus nichts" durch die Kraft der reinen Idee sind der Theologie vorbehalten, haben aber in der politischen Ökonomie keinen Platz. Die Möglichkeit willkürlicher Festsetzungen im Einzelfall führt aber offenbar bei den Vertretern der Zentralgewalt zu der merkwürdigen Illusion, sie könnten mittels administrativer Maßnahmen, durch die Kraft ihres Willens das Nationaleinkommen real erhöhen.

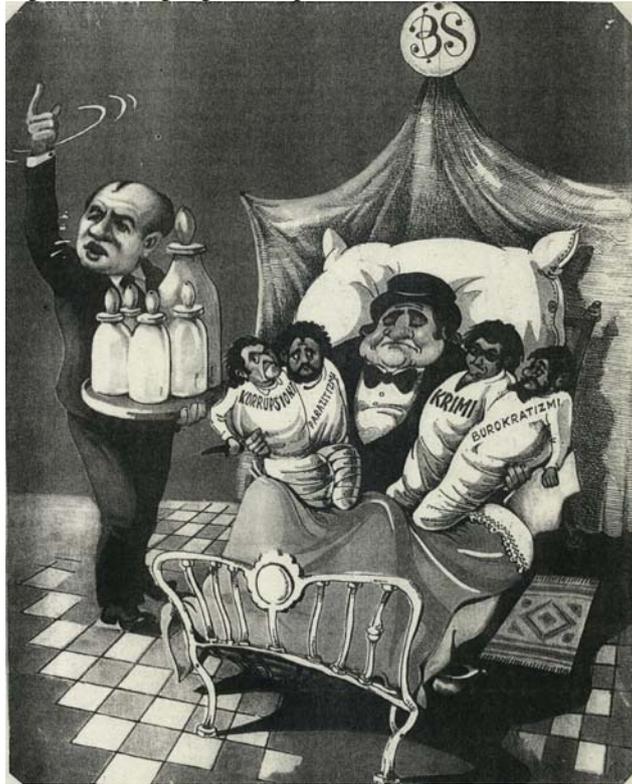
Für die merkwürdigen Blüten, die dies treibt, wollen wir ein Beispiel anführen. Gerhart Schürer, langjähriger Chef der DDR-Plankommission, erzählte der "Wirtschaftswoche" (20.7. 1990) freimütig, wie Erfolgsstatistiken systematisch gefälscht wurden. So wurde bei der Ermittlung des Wachstums des Nationaleinkommens die Verschuldung unterschlagen. "Das heißt: In unseren Bilanzen stand eine Wachstumsrate, die wir real nie erwirtschaftet haben." "Der Löwenanteil (des Exportüberschusses) entstand, weil wir den Exportüberschuß aus dem Geschäft mit der Sowjetunion hineingerechnet haben. Wir haben den Rubel unzulässigerweise in Valuta umgemünzt. Der Saldo in unserer Exportbilanz war also gelogen."

"Tausende von Betrieben, Generaldirektoren und Minister waren in ehrlicher Absicht an der Planerstellung beteiligt. Aber regelmäßig verordnete das Politbüro einen 'ideologischen Aufschlag'. Zum Beispiel wurde im Jahr 1988 der Plan der industriellen Warenproduktion auf Anweisung von Günter Mittag um sieben Milliarden nach oben korrigiert."

"Akkumuliert, akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten!" So beschrieb Marx die Akkumulation des Kapitals als die allgemeine Tendenz, den Selbstzweck der Bewegung des Kapitals. Dies gilt auch für den Revisionismus, doch freilich mit den Modifikationen, die der Wertbegriff im Revisionismus - gegenüber dem vollendeten Kapitalismus - erfährt. Als Überbleibsel des Sozialismus gilt, daß der Profit nicht über den Markt "verdient" wird, sondern daß die Höhe des Profits sich aus der Festsetzung von Preisen ergibt, die die „neue Bourgeoisie“ vornimmt, und zwar im Gerangel zwischen der Zentralgewalt und den Betriebsdirektoren. Diese Festsetzung bezieht sich wie gesagt immer nur auf die einzelne Ware; den Gesamtprofit der staatlichen Produktion können sie selbstredend nicht beeinflussen. Doch in den Köpfen der Angehörigen dieser Klasse - vor allem der zentralen Bürokratie - entsteht so der Anschein, sie selbst seien es, die die Höhe des staatlichen Gesamtprofits bewußt bestimmen. Und so entsteht die Tendenz, die Gewinnzahlen durch Manipulationen zu beschönigen.

Man mag fragen, was die Angehörigen der herrschenden Klasse im Revisionismus davon haben, da die wirkliche Höhe des Profits durch derartige Manipulationen ja nicht beeinflußt wird. Letztlich nichts, aber auch die "klassischen" Kapitalisten haben von einer hohen Rate der Akkumulation letztlich nichts - im Gegenteil, je größer der Anteil des Mehrwerts, der zur Akkumulation dient, desto geringer der Teil, den sie individuell verpressen können. Das ist es ja gerade, daß der Mensch (einschließlich der Ausbeuter) im Kapitalismus von der Bewegung der Dinge, seiner eigenen Produkte, beherrscht wird und nicht umgekehrt. Das Geld, die Akkumulation, das Kapital wird zum Fetisch. "Die

Zirkulation des Geldes als Kapital ist dagegen Selbstzweck, denn die Verwertung des Werts existiert nur innerhalb dieser stets erneuerten Bewegung. Die Bewegung des Kapitals ist daher maßlos." (MEW 23, 167)



Im Revisionismus äußert sich dieser Fetischismus in modifizierter Form: Zum einen, weil der Profit nicht über den Markt realisiert wird, zum andern, weil im Revisionismus, der aus der Entartung des Sozialismus entstanden ist, das Kapital in der ideologisch verklärten Form der "Planerfüllung und -Übererfüllung", des "Wachsens der Produktivitätsrate" und des "allgemeinen Wohlstands" fetischisiert wird. Diese ideologische Verklärung ist notwendig, um die Existenz der bürokratischen Zentralgewalt zu "rechtfertigen", wobei in Bezug auf diese Verklärung der wirkliche "Wohlstand des Volkes" keine und der der herrschenden Klasse nur eine bedingte Rolle spielt. (Was freilich nichts daran ändert, daß die Angehörigen der herrschenden Klasse im realen Leben schon für ihren Wohlstand zu sorgen mußten. Ebenso wie auch der frömmste Kapitalist, dessen Akkumulation nur der "Allgemeinheit dient" und aus reiner Nächstenliebe stattfindet, im realen Leben auch nicht gerade verhungert.) Und so erklärt sich, daß – während die Kapitalisten immerhin noch reale Tauschwerte als Fetische verehren - die Revisionisten deren bloße Hülle als Götzen anbeten, während sie sich einbilden, sie würden die Produktion bewußt lenken. Doch schon Marx und Engels wußten: "Von diesem Augenblicke an (dem Augenblick der Teilung der Arbeit) kann sich das Bewußtsein wirklich einbilden, etwas Anderes als das Bewußtsein der bestehenden Praxis zu sein, wirklich etwas vorzustellen, ohne etwas Wirkliches vorzustellen - von diesem Augenblicke an ist das Bewußtsein imstande, sich von der Welt zu emanzipieren und zur Bildung der 'reinen' Theorie, Theologie, Philosophie, Moral etc. überzugehen." (MEW 3, 31)

Und dies ist letztlich auch die sozialökonomische Erklärung dafür, daß die armen Revisionisten gezwungen sind, noch inhaltsleerdere Götzen anzubeten als die normalen Kapitalisten, warum ihr "Marxismus-Leninismus" zur Theologie verkommen ist. Es ist die Strafe dafür, beim Vorliegen einer hochzentralisierten Wirtschaft gleichzeitig auf den Abbau des Unterschieds von Kopf- und Handarbeit zu verzichten. Eine solch hochzentralisierte Wirtschaft erzwingt nämlich die straffe Leitung seitens einer Zentralgewalt, die wiederum auf Dauer nicht wirklich möglich ist - ein unlösbarer Widerspruch. **Die Lösung hätte im Abbau des formalen Zentralismus durch Voranschreiten der Vergesellschaftung, durch Beseitigung des Unterschieds von Kopf- und Handarbeit gelegen, aber diese Lösung war nun nicht mehr möglich, da der Sozialismus beseitigt war.**

Und weil sie so wichtig ist, wiederholen wir an dieser Stelle nochmals folgende teilweise schon zitierte Äußerung von Marx und Engels: "übrigens ist es ganz einerlei, was das Bewußtsein alleine anfängt, wir erhalten aus diesem ganzen Dreck nur das eine Resultat, daß diese drei Momente, die Produktionskraft, der gesellschaftliche Zustand und das Bewußtsein, in Widerspruch untereinander geraten können und müssen, weil mit der Teilung der Arbeit die Möglichkeit, ja die Wirklichkeit gegeben ist, daß die geistige und materielle Tätigkeit - daß der Genuß und die Arbeit, Produktion und Konsumtion, verschiedenen Individuen zufallen, und die Möglichkeit, daß sie nicht in Widerspruch geraten, nur darin liegt, daß die Teilung der Arbeit wieder aufgehoben wird." (MEW 3, 32)

Allerdings darf bei alledem, wie oben schon gesagt, nicht vergessen werden, daß die den revisionistischen Staat leitende Zentralgewalt durchaus reale ökonomische Funktionen wahrnimmt: Sie setzt Preise und Produktionsverpflichtungen der Betriebe fest. In diesem Rahmen greift sie mit dem Ziel in die Wirtschaft ein, die immer katastrophaler werdende Versorgungslage zu mildern (z.B. durch die Anweisung an Betriebe, bestimmte Konsumgüter zu produzieren) oder zu vertuschen (verdeckte Preiserhöhungen, um überschüssige Kaufkraft abzuschöpfen, wie in der DDR geschehen). Ersteres könnte so erscheinen, als wäre die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse zumindest eine Antriebskraft der Zentralgewalt. Doch handelt es sich nicht um eine unmittelbare Antriebskraft, sondern um das Bestreben, die Unzufriedenheit in Grenzen zu halten, um die Macht der neuen Ausbeuterklasse zu sichern. Solche politischen Maßnahmen, die den grellsten Mängelerscheinungen entgegenwirken, sind aufgrund des besonderen Parasitismus der ökonomischen Ordnung notwendig, die man "Kapitalismus ohne reinigende Kraft des Marktes" nennen könnte, eine Produktionsweise, die noch weniger Lebenskraft hat als der normale Kapitalismus, in dem das Wertgesetz elementar wirkt, und die vorwiegend mithilfe außerökonomischer Maßnahmen eine Zeitlang am Leben erhalten werden konnte.



Der Revisionismus ist eine Gesellschaftsformation, die gesetzmäßig zum normalen Kapitalismus führt

Er ist eine Ausbeutergesellschaft, die bereits wesentliche Züge des Kapitalismus aufweist, aber nicht in reiner Form: Wie wir gesehen haben, kann man zwar von Ware, Tauschwert, Ware Arbeitskraft, Kapitalverhältnis reden, aber in modifizierter Form, nicht im ursprünglichen Sinne des Wortes. Es gibt keine Überproduktionskrisen, doch das ist kein Fortschritt gegenüber dem Kapitalismus, denn sie werden durch Geldüberhang und Warenmangel ersetzt. Das Wertgesetz kann legal nur durch Eingriffe der Zentralgewalt als Regulator der Produktion wirken, und diese Eingriffe können den Anforderungen des Wertgesetzes nur sehr schlecht und mangelhaft entsprechen. Darüberhinaus kann es im großen und ganzen nur illegal als Regulator der Produktion wirken. Das fast völlige Fehlen der elementaren Wirkung des Wertgesetzes ruiniert die Wirtschaft noch mehr als sein elementares Wirken im Kapitalismus. Die Abweichungen vom normalen Kapitalismus haben nicht die geringste fortschrittliche Seite, auch wenn sie sich der Form nach als Überbleibsel des früheren Sozialismus darstellen.

1970 kam es in der DDR zu 200 für die staatlichen Stellen überraschenden Preiserhöhungen. Immer wieder beklagte man, daß Artikel des täglichen Gebrauchs fehlten - so z.B. in der "Zahnbürstenrede" des SED-Politbüromitglieds Paul Verner, der Betriebe kritisierte, die ganze Produktionsbereiche einstellten, da sie nicht rentabel waren. Der Unmut in der Bevölkerung über die Preiserhöhungen war schließlich so groß, daß sich die SED gezwungen sah, 1971 einen allgemeinen Preisstopp zu verordnen, verschiedene Preisbildungsregeln (unter anderem das Industriepreisregelsystem) wieder aufzuheben und gewisse Preisbildungsfunktionen wieder auf staatliche Verwaltungsorgane zurückzuverlagern.

Bleibt die Frage, warum die Staatsorgane nicht in der Lage waren, die Preise für knappe Produkte bewußt hochzusetzen und auf diese Weise die Orientierung der Produktion am Gebrauchswert zu fördern. Hier ist zunächst einmal festzustellen, daß sie jedenfalls nicht dazu in der Lage waren, wie das Leben zeigt. Die Gründe dürften darin liegen, daß die bürokratischen Planungsorgane und die politische Führung - alle wichtigen Entscheidungen traf letztlich das Politbüro - längst das Gesetz des Handelns aus der Hand verloren hatten und sich das Handeln von Notwendigkeiten des Tages diktieren ließen. Es ging darum, die für die Menschen fühlbarsten Mängel zu lindern, um die Unzufriedenheit in Grenzen zu halten. Und das Fehlen von Ersatzteilen z.B., das zum Stillstehen teurer Maschinen führt, macht sich eben nicht in der Konsumtion von heute, sondern erst in der Konsumtion von morgen oder übermorgen bemerkbar. Derartigen Mängeln langfristig entgegenzuwirken erfordert einen Plan, der an gesellschaftlichen Interessen orientiert ist, was im Revisionismus natürlich nicht möglich ist.

Im Rahmen des revisionistischen Systems ist keine nennenswerte Steuerung der Wirtschaft durch das elementare Wirken des Wertgesetzes möglich, und Versuche der Zentralgewalt, das Wertgesetz bewußt anzuwenden, sind entschieden zu schwach. Im Bereich des "freien", illegalen Schwarzmarkts versucht das Wertgesetz, sich elementar durchzusetzen, doch ist dies ein gesellschaftlicher Bereich, dessen Wirken objektiv darauf gerichtet ist, die Grundlagen des revisionistischen Systems zu untergraben, es zu überwinden und durch den normalen Kapitalismus zu ersetzen.

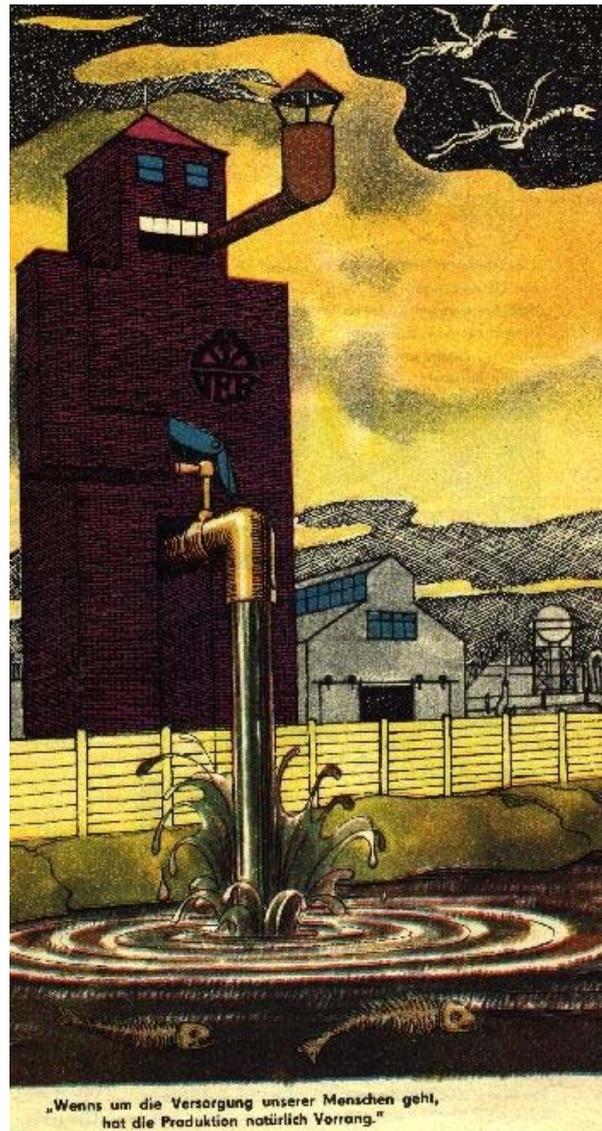
Der Revisionismus ist keine eigenständige sozialökonomische Formation, und zwar gilt dies in anderem Sinne als für den Sozialismus: Der Sozialismus ist die Übergangsgesellschaft zum Kommunismus, aber eine solche Übergangsgesellschaft, in der der Kampf zwischen Kapitalismus und Kommunismus noch nicht entschieden ist, in der die Entwicklung zu beidem möglich ist. Der Revisionismus ist eine parasitäre Ordnung, die gesetzmäßig in den Kapitalismus hinüberwächst. Die einzige Möglichkeit, dies zu verhindern, wäre die erneute Machtergreifung durch das revolutionäre Proletariat, doch sind die subjektiven Bedingungen für die proletarische Revolution schlechter als im Kapitalismus: Da der Revisionismus nicht auf dem Wege einer bewaffneten Konterrevolution gesiegt hat, sondern auf dem Wege der allmählichen Entartung des Sozialismus, werden seine Fäulnis- und Zersetzungserscheinungen von der Masse der Werktätigen irrtümlich als Fäulnis und Zersetzungserscheinungen des Sozialismus aufgefaßt. Vielen erscheint daher der Kapitalismus als Fortschritt.

Besonders schwierig ist es heute - nach den Erfahrungen des Revisionismus - den Menschen zu erklären, daß nur die Besitzergreifung der Produktionsmittel durch den proletarischen Staat der Beginn der Vergesellschaftung sein kann. Das Beispiel der revisionistischen Länder scheint anschaulich zu zeigen, daß dies nur zu einem System der Unfreiheit führen könne. Doch so anschaulich ein solches Denken zu sein scheint, so starr, metaphysisch und falsch ist es. "Selbstverständlich ist es ein Grundsatz der marxistischen Dialektik, daß alle Grenzen in der Natur und in der Gesellschaft bedingt und beweglich sind, daß es keine einzige Erscheinung gibt, die nicht unter gewissen Bedingungen in ihr Gegenteil umschlagen könnte." (Lenin, Werke Bd. 22, S. 314)

Es gibt geschichtlich keinen anderen Weg, mit der Vergesellschaftung zu beginnen, als den von Engels beschriebenen, "die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft" durch den Staat, wobei dieser "erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt... zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat" ist. (Anti-Dühring, Seite 262)

Nun ist es zwar so, daß dieser sein "letzter Akt" eine ganze historische Periode darstellt, die Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus. Nun ist es weiterhin so, daß diese Besitzergreifung der Produktionsmittel durch den Staat zunächst einmal einen sehr mächtigen Staat, einen hohen Grad an Zentralismus hervorbringt - anders kann sich die Menschheit nun einmal nicht aus Tausenden Jahren von Klassengesellschaften zu wirklich menschlichen Zuständen herausarbeiten. Doch so zentralisiert und mächtig dieser Staat ist, er ist von Anfang an im Absterben begriffen. Die Frage seines Absterbens darf keine ferne Utopie sein, sondern sie muß konkrete Politik sein. Diese Politik muß sich im ständigen Bemühen um die Heranziehung der Werktätigen zur Leitung auf allen Ebenen niederschlagen, im Streben nach Dezentralisierung aller Kompetenzen, die sinnvoll auf lokaler Ebene gehandhabt werden können, **in der Ausrichtung der Staatstätigkeit auf die allseitige Förderung und Entfaltung der Selbsttätigkeit der Gesellschaftsglieder.**

Geht der proletarische Staat diesen Weg nicht, so schlägt er freilich in sein Gegenteil um. Aus einem Staat, der die Möglichkeit bietet, erstmals in der Geschichte die Leitung der Gesellschaft durch die Werktätigen zu organisieren und den Staat selbst ins Museum der Altertümer zu befördern, wird ein Staat, der die Lebensäußerungen der Gesellschaft, alle ihre Poren, noch gründlicher und systematischer verstopft, als es der bürgerlich-parlamentarische Staat tut.



Den Zentralismus eines proletarischen Staates (der Pariser Kommune) kennzeichnete Marx so: "In einer kurzen Skizze der nationalen Organisation, die die Kommune nicht die Zeit hatte, weiter auszuarbeiten, heißt es ausdrücklich, daß die Kommune die politische Form selbst des kleinsten Dorfes sein... sollte... Die wenigen, aber wichtigen Funktionen, welche dann noch für eine Zentralregierung übrigbleiben, sollten nicht, wie dies absichtlich gefälscht worden, abgeschafft, sondern an kommunale, d.h. streng verantwortliche Beamte übertragen werden. Die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern im Gegenteil organisiert werden durch die Kommunalverfassung; sie sollte eine Wirklichkeit werden durch die Vernichtung jener Staatsmacht, welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab, aber unabhängig und überlegen sein wollte gegenüber der Nation, an deren Körper sie doch nur ein Schmarotzerauswuchs war." (Marx, der Bürgerkrieg in Frankreich)

Die revisionistischen Führer der SED wie Ulbricht freilich wollten den Weg des Absterbens des Staates von Anfang an nicht beschreiten; sie nannten sich Marxisten und bauten selbst einen Staat auf, der ein Schmarotzerauswuchs am Körper der Nation war. Sie konnten sich keine Zukunft vorstellen und wollten keine Zukunft, in der nicht alle gesellschaftlichen Entscheidungen in ihren Händen monopolisiert sein sollten. Auf dieser Grundlage war das Verfaulen des Staats- und Gesellschaftssystems in der DDR gesetzmäßig. **Doch dazu wäre es nicht gekommen, wäre der vom Marxismus-Leninismus gewiesene Weg beschritten worden.**

Die Nachfolger von Ulbricht und Honecker, die Gysi und Co., versuchen heute, den Menschen einzureden, die DDR sei deshalb gescheitert, weil der Staat die Produktionsmittel in die Hand genommen habe.

Gysi: "Die Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln ist nicht vollzogen worden. Praktisch wurde nur Staatseigentum... geschaffen." ("Wir brauchen einen Dritten Weg", Hamburg 1990, Seite 13) Damit soll der einzig mögliche Weg, mit der Vergesellschaftung zu beginnen, als "unmöglich" dargestellt werden, um die Herrschaft des kapitalistischen Privateigentums zu verewigen. Gysi und Konsorten packen das nicht ungeschickt an, denn nach den

Erfahrungen des Revisionismus - in deren Genuß sie selbst die Menschheit gebracht haben - stehen die Menschen dem Staatswesen einer sozialistischen Ordnung besonders kritisch gegenüber.

Zur Theorie der Übergangsgesellschaft

Lenin hob hervor, "daß der Marxismus nichts enthält, was einem 'Sektierertum' im Sinne irgendeiner abgekapselten, verknöcherten Lehre ähnlich wäre, die abseits von der Heerstraße der Entwicklung der Weltzivilisation entstanden ist. Im Gegenteil: die ganze Genialität Marx' besteht gerade darin, daß er auf die Fragen Antworten gegeben hat, die das fortschrittliche Denken der Menschheit bereits gestellt hatte." (LW 19, 3) Und: "Gerade weil der Marxismus kein totes Dogma, nicht irgendeine abgeschlossene, fertige, unveränderliche Lehre, sondern eine lebendige Anleitung zum Handeln ist, gerade deshalb mußte er unbedingt den auffallend schroffen Wechsel der Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens widerspiegeln. Als Widerspiegelung dieses Wechsels traten tiefgehender Zerfall, Zerfahrenheit, alles mögliche Wanken und Schwanken, mit einem Wort - eine sehr ernste innere Krise des Marxismus in Erscheinung. Die entschiedene Abwehr dieses Zerfalls, der entschlossene und hartnäckige Kampf für die Grundlagen des Marxismus trat wieder auf die Tagesordnung. Außerordentlich breite Schichten jener Klassen, die bei der Formulierung ihrer Aufgaben den Marxismus nicht übergehen können, hatten sich in der vorhergehenden Epoche den Marxismus höchst einseitig und entstellt angeeignet, indem sie sich diese oder jene 'Losungen', diese oder jene Antworten auf taktische Fragen eingeprägt hatten, ohne die marxistischen Kriterien dieser Antworten begriffen zu haben... Die Wiederholung der auswendig gelernten, aber nicht verstandenen, nicht durchdachten 'Losungen' führte zu einer starken Verbreitung hohler Phrasen, die in der Praxis auf absolut unmarxistische, kleinbürgerliche Strömungen hinausliefen..." (LW 17, 27)

Man könnte meinen, Lenin hätte im letzteren Zitat von der heutigen Zeit gesprochen. Was wird heute nicht alles als "marxistisch" ausgegeben. Vor allem natürlich das revisionistische System der Diktatur *über* das Proletariat, das zur "Diktatur des Proletariats" umgefälscht wurde und wird. Und der Zusammenbruch dieses Systems wiederum wird von seinen alten Verfechtern sowie von allen möglichen anderen Wanderpredigern dazu genutzt, uralte bürgerliche Theorien und Theoriechen als "Marxismus" anzupreisen. Es ist dies in der Tat eine Zeit, in der "der entschlossene und hartnäckige Kampf für die Grundlagen des Marxismus" wieder auf die Tagesordnung tritt. Dies freilich ist nur dann möglich, wenn die Marxisten den Marxismus nicht als "totes Dogma", nicht als "irgendeine abgeschlossene, fertige, unveränderliche Lehre", sondern **als eine "lebendige Anleitung zum Handeln" begreifen**, wenn sie begreifen, daß der heutige Marxismus-Leninismus nur dann Marxismus-Leninismus sein kann, wenn er "den auffallend schroffen Wechsel der Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens widerspiegelt". Und das heißt heute nicht zuletzt, wissenschaftlich fundierte Antworten zu geben, wie die sozialistischen Länder sich zum Revisionismus entwickeln konnten, was der Revisionismus ist, warum er sich gesetzmäßig zum Kapitalismus entwickeln muß, wie die revisionistische Entartung künftig verhindert werden kann, wie stattdessen die Festigung des Sozialismus und die Entwicklung zum Kommunismus garantiert werden kann.

Die Theorie der Übergangsgesellschaft ist auf die Höhe der Zeit zu heben, die neueren Erfahrungen der Geschichte sind zu systematisieren, und die marxistisch-leninistische Theorie der Übergangsgesellschaft ist um diese Erfahrungen zu bereichern. Für diese Theorie der Übergangsgesellschaft gilt natürlich dasselbe wie für den Marxismus-Leninismus insgesamt: **daß es sich nicht um eine "abgeschlossene, fertige, unveränderliche Lehre" handelt**. Er muß vielmehr auf diejenigen Fragen Antwort geben, die die gesellschaftliche Praxis und das Denken der Menschheit auf wirft. Dabei entwickelt er sich fort.

Marx und Engels haben in erster Linie die gesetzmäßige Ablösung des Kapitalismus durch den Kommunismus wissenschaftlich bewiesen und den sozialökonomischen Inhalt der kommunistischen Gesellschaft untersucht. Schon hier finden sich wichtige Grundlagen der Theorie der Übergangsgesellschaft: Denn eine Übergangsgesellschaft kann natürlich nur dann wirklich Übergangsgesellschaft zum Kommunismus sein, wenn sie sich am Ziel des Kommunismus orientiert, wenn sie darauf berechnet ist, dieses Ziel – auf welchen Umweg auch immer – zu erreichen.

Marxist kann also nur sein, wer eine Übergangsgesellschaft anstrebt, die so beschaffen ist, daß sie zum Kommunismus führt. Schon allein an diesem Kriterium scheitern viele der selbsternannten "Marxisten", die heute ihr Unwesen treiben. Dieses Kriterium ist auch wichtig für die Untersuchung der Entwicklung sozialistischer Staaten: Wenn die grundlegende Orientierung auf den Kommunismus aufgegeben wird, ist das ein sicheres Indiz für den Übergang zum Revisionismus.

Marx und Engels legten auch dar, daß, es eine Übergangsgesellschaft gibt: "Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats." (Marx, Kritik des Gothaer Programms)

Allerdings hielten sie sich mit Äußerungen, wie diese Übergangsgesellschaft beschaffen sein werde, merklich zurück. Der Grund: Sie waren wissenschaftliche Sozialisten; im Gegensatz zu früheren utopischen Sozialisten lehnten sie es ab, utopische Vorstellungen bezüglich einer künftigen Gesellschaft zu entwickeln, "Rezepte für die Garküche der Zukunft zu verschreiben", wie Marx (MEW 23, 25) einmal ironisch sagte. Sie nutzten allerdings die praktischen Erfahrungen

der Pariser Kommune, um die Theorie der Übergangsgesellschaft so weit auszuarbeiten, wie das damals möglich war. Marx wies darauf hin, daß "die Arbeiterklasse lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden". (Der Bürgerkrieg in Frankreich)

Da die Kommune bezüglich der sozialökonomischen Formen dieser Prozesse nicht viel Anschauungsmaterial bieten konnte, - ihr wurde nicht die Zeit gelassen, eine sozialistische Wirtschaftsordnung zu errichten, verzichtete Marx konsequenterweise darauf, diese Formen genauer zu bestimmen.

Lenins Definition der Übergangsgesellschaft

Lenin kennzeichnete die Übergangsgesellschaft wie folgt: "Theoretisch unterliegt es keinem Zweifel, daß zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus eine gewisse Übergangsperiode liegt, die unbedingt Merkmale oder Eigenschaften dieser beiden sozial-ökonomischen Formationen in sich vereinen muß. Diese Übergangsperiode kann nur eine Periode des Kampfes zwischen dem sterbenden Kapitalismus und dem entstehenden Kommunismus oder, mit anderen Worten, zwischen dem besiegten, aber nicht vernichteten Kapitalismus und dem geborenen, aber noch ganz schwachen Kommunismus sein." (LW 30, 91) Diese Bestimmung ist von äußerst großem Wert, sie stellt gewissermaßen einen theoretischen Schlüsselpunkt für das richtige Verständnis der Übergangsgesellschaft dar.

Vergleichen wir diese klare Definition Lenins mit der folgenden Bestimmung des Charakters der Übergangsgesellschaft durch Ulbricht: "...daß der Sozialismus nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft ist, sondern eine relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus. Früher war es üblich, besonders ausgehend von Marx Bemerkungen zum Gothaer Programm, den Sozialismus nur als Übergangsphase anzusehen, in der sich die Gesellschaft von den 'Muttermalen' des Kapitalismus frei machen und die materiellen und geistigen Voraussetzungen für die zweite Phase des Kommunismus schaffen muß. Es wurde wenig beachtet, daß der Sozialismus sich auf eigener Grundlage entwickelt. Die Bürde der kapitalistischen Vergangenheit erschwerte diese Einsicht. Deshalb wurden häufig die Kategorien, die formal den Kategorien der kapitalistischen Ökonomie ähnlich sind (Geld, Preis, Gewinn u.a.) als "unvermeidliche Übel" betrachtet, deren Wirksamkeit überwunden werden muß." (Ulbricht, Die Bedeutung des Werkes "Das Kapital" von Karl Marx, in: Zum ökonomischen System des Sozialismus in der DDR, Berlin 1968, Bd. 2, S. 530)

Lenins oben zitierte Definition der Übergangsgesellschaft stellt eine wichtige theoretische Waffe gegen derartige Verfälschungen des Marxismus-Leninismus dar. Sie ist eine unverzichtbare Grundlage für jegliche Überlegungen bezüglich der Theorie der Übergangsgesellschaft. Gleichzeitig muß klar gesehen werden, daß Lenin ebensowenig wie Marx und Engels die Theorie der Übergangsgesellschaft in eine "endgültige" und "abgeschlossene" Form bringen konnte und wollte; er systematisierte in erster Linie die Erfahrungen der Praxis. Und er hatte es in der Praxis nicht etwa mit der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus zu tun, mit dem Sozialismus also, sondern mit der Übergangsgesellschaft zum Sozialismus: es bestanden die Ausbeuterklassen, die erst einmal als Klassen beseitigt werden mußten.

Zur Taktik des proletarischen Klassenkampfes im Sozialismus

Die Strategie des proletarischen Klassenkampfes im Sozialismus richtet sich auf die "Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt", auf die "Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, vorauf sie beruhen", auf die "Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesen Klassenverhältnissen entsprechen" und auf die "Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen", wie es Marx genial vorausgesehen hatte. Die Taktik hingegen muß in Rechnung stellen, daß diese Klassenunterschiede, diese Produktionsverhältnisse, diese gesellschaftlichen Beziehungen und diese Ideen nicht sofort beseitigt werden können. Sie muß mit ihnen rechnen, sie berücksichtigen.

Gerade um zu verhindern, daß die klassenmäßig begründeten Widersprüche antagonistischen Charakter annehmen, muß ein geeignetes Feld geschaffen werden, in dem sie sich äußern können, in dem sich - bis zu einem gewissen Grad - auch solche klassenmäßig bedingten Interessen artikulieren können, die dem strategischen Interesse des Proletariats zuwiderlaufen. Doch die Taktik muß der Strategie dienen; Ziel proletarischer Politik muß es sein, derartige Hindernisse zu überwinden. Hierzu aber muß man sie zur Kenntnis nehmen, mit ihnen rechnen, sich auf sie einstellen.

Die Grundlagen der Taktik des proletarischen Klassenkampfes im Sozialismus wurden von Lenin ausgearbeitet; die wichtigsten diesbezüglichen Äußerungen von ihm sind in den Bänden 32 und 33 enthalten. Doch muß zunächst begründet werden, warum diese Äußerungen Lenins überhaupt: auf den Sozialismus angewandt werden können, denn es handelte sich damals (1920 - 1923) überhaupt nicht um Sozialismus: es existierten Ausbeuterklassen, es existierte in gewaltigem Ausmaß bäuerliche Einzelwirtschaft, die Sowjetmacht mußte in hohem Ausmaß auf bürgerliche Spezialisten zurückgreifen usw. Man könnte daher auf den ersten Blick beispielsweise meinen, Lenins Äußerung, es sei

eine Abstraktion, von "Arbeiterstaat" zu reden, sei nur auf derartige Verhältnisse, nicht aber auf sozialistische Verhältnisse anzuwenden. Doch sehen wir uns diese Äußerung Lenins zunächst einmal im Zusammenhang an:

Es handelte sich um die Parteidiskussion, die 1920/21 um die Frage der Gewerkschaften geführt wurde. Trotzki wollte die Gewerkschaften "durchrütteln", in ein Instrument zur administrativen Durchsetzung von Parteibeschlüssen verwandeln. In diesem Zusammenhang wandte er sich gegen die Auffassung, der Schutz der materiellen und geistigen Interessen der Arbeiter sei Aufgabe der Gewerkschaften. Zur Begründung führte er an, die Arbeiter bedürften keines Schutzes gegen den Arbeiterstaat. Lenin erklärte:

"Indessen macht aber Gen. Trotzki, der so unernte Dinge vorbringt, gleich seinerseits einen Fehler. Nach ihm ist der Schutz der materiellen und geistigen Interessen der Arbeiterklasse nicht Sache der Gewerkschaften im Arbeiterstaat. Das ist ein Fehler. Gen. Trotzki spricht von 'Arbeiterstaat'. Mit Verlaub, das ist eine Abstraktion. Als wir 1917 vom Arbeiterstaat schrieben, war das verständlich; sagt man aber jetzt zu uns: 'Wozu und gegen wen soll die Arbeiterklasse geschützt werden, wo es doch keine Bourgeoisie gibt, wo wir doch einen Arbeiterstaat haben', so begeht man einen offensichtlichen Fehler. Es ist eben nicht ganz ein Arbeiterstaat, das ist es ja gerade. Hier liegt eben einer der grundlegenden Fehler des Gen. Trotzki. Wir sind jetzt von den allgemeinen Prinzipien zur sachlichen Erörterung und zu Dekreten übergegangen, man will uns aber von der Inangriffnahme des Praktischen und Sachlichen zurückzerren. So geht es nicht... Aus unserem Parteiprogramm... ist bereits ersichtlich, daß unser Staat ein Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen ist. Ja, mit diesem traurigen - wie soll ich mich ausdrücken? - Etikett mußten wir ihn versehen. Da haben Sie die Realität des Übergangs. Was meinen Sie, haben in einem praktisch derart beschaffenen Staat die Gewerkschaften nichts zu schützen, kann man ohne sie auskommen, wenn man die materiellen und geistigen Interessen des in seiner Gesamtheit organisierten Proletariats schützen will? Das ist theoretisch eine völlig falsche Abstraktion. Das versetzt uns in den Bereich der Abstraktion oder des Ideals, das wir in 15 - 20 Jahren erreichen werden; aber ich bin nicht einmal so sicher, das wir es in dieser Frist erreichen werden. Wir haben aber die Wirklichkeit vor uns, die wir gut kennen, wenn wir uns nur nicht berauschen und nicht hinreißen lassen von Intellektuellengerede oder von abstrakten Betrachtungen oder von dem, was manchmal als „Theorie“ erscheint, in Wirklichkeit aber ein Irrtum, eine falsche Einschätzung der Besonderheiten des Übergangs ist. Unser heutiger Staat ist derart beschaffen, daß das in seiner Gesamtheit organisierte Proletariat sich schützen muß, wir aber müssen diese Arbeiterorganisation zum Schutz der Arbeiter gegenüber ihrem Staat und zum Schutz unseres Staates durch die Arbeiter ausnutzen. Sowohl die eine als auch die andere Art des Schutzes kommt zustande durch eine eigenartige Verflechtung unserer staatlichen Maßnahmen und unserer Verständigung, des 'Zusammenwachsens' mit unsere Gewerkschaften." (LW 32, S. 6 ff.)

In diesem Zusammenhang fordert Lenin "Maßnahmen der Staatsmacht zum Schutz der materiellen und geistigen Interessen des in seiner Gesamtheit vereinigten Proletariats gegenüber dieser Staatsmacht." (S. 8)

Die Arbeiter müssen also "gegen ihren Arbeiter-Staat", nämlich gegen dessen bürokratische Auswüchse, geschützt werden, und gleichzeitig müssen sie zum Schutz ihres Arbeiterstaates gegen ein überwuchern durch diese bürokratischen Auswüchse mobilisiert werden; um dies zu erreichen, müssen die Gewerkschaften auf den Plan treten, mit der "wir" (nämlich die Partei) uns "verständigen", mit der "wir" bis zu einem gewissen Grad "zusammenwachsen" (bei Lenin in Anführungsstrichen) müssen. Hier haben wir den Kern der Leninschen Taktik des proletarischen Klassenkampfes in der Übergangsgesellschaft.

Doch zurück zu der oben aufgeworfenen Frage: Ist diese Taktik auf die Übergangsgesellschaft zum Kommunismus anzuwenden, also auf den Sozialismus, oder ist sie lediglich auf die Übergangsgesellschaft zum Sozialismus anzuwenden, wie es Lenin ursprünglich aufgefaßt hat (da auch er - wie Marx - praktische Fragen löste und keine Rezepte für die Garküche der Zukunft machte)?

Die objektive Voraussetzung, von der Lenin ausging, war die, daß der Sowjetstaat lediglich im Bereich der Abstraktion, im Bereich des Ideals, als Arbeiterstaat angesehen werden konnte, daß er zwar Staat der Arbeiterklasse war, daß aber (man könnte sagen "außerdem") der Bürokratismus Positionen im Staatsapparat hatte. Wir haben aber gesehen, daß dies in der ganzen Periode des Sozialismus nicht zu vermeiden ist.

Übrigens hatte Lenin bereits 1919 erklärt: "Den Bürokratismus restlos, bis zum vollen Sieg zu bekämpfen, ist erst dann möglich, wenn die ganze Bevölkerung an der Verwaltung teilnehmen wird." (LW 29, S. 168)

Das ist aber so gut wie gleichbedeutend mit dem Kommunismus, das ist so gut wie gleichbedeutend mit dem Wegfallen der Notwendigkeit von Spezialisten, mit der Aufhebung des Unterschieds von Kopf- und Handarbeit. 1921 schrieb Lenin, "daß die Spezialisten... bis zur Erreichung der höchsten Entwicklungsstufe der kommunistischen Gesellschaft eine besondere Schicht bleiben" werden. (LW 33, S. 180)

Wenn aber die Arbeitsteilung zwischen Kopf- und Handarbeit im Sozialismus nicht aufgehoben werden kann, bedingt dies die Notwendigkeit der Wertformen, daraus erwächst die Gefahr der Verabsolutierung der Wertformen, insbesondere der Geldform, gegenüber den Gebrauchswert. Damit ist die Frage, ob der von Lenin geforderte doppelte

Schutz (nämlich Schutz der Arbeiter gegen bürokratische Auswüchse ihres Arbeiterstaates, Schutz des Arbeiterstaates durch die Arbeiter gegen bürokratische Auswüchse) im Sozialismus erforderlich ist, bereits beantwortet. Man könnte sogar sagen: Nur durch diesen "doppelten Schutz" kann der Sozialismus verteidigt, die revisionistische Entartung (nämlich die Verabsolutierung der Wertform zu Lasten des Gebrauchswerts, zu Lasten der Arbeiterklasse, zu Gunsten einer bürokratischen Schicht, die sich zu einer neuen Ausbeuterklasse entwickelt, die Fortentwicklung der Geldform zur Kapitalform) überhaupt verhindert werden.

Die Klassenverhältnisse, die mit der "wirtschaftlichen Rechnungsführung" zusammenhängen, hatte Lenin in genialer Weise vorausgeahnt. Anfang 1922 schrieb er nämlich: "Die Überführung der Staatsbetriebe auf die sogenannte wirtschaftliche Rechnungsführung ist unvermeidlich und untrennbar verbunden mit der Neuen ökonomischen Politik, und in nächster Zukunft wird dieser Typus unausbleiblich zum vorherrschenden, wenn nicht zum ausschließlichen werden. Faktisch bedeutet das unter den Verhältnissen des zugelassenen und sich entwickelnden freien Handels, daß die Staatsbetriebe weitgehend auf kommerzielle Grundlage übergeführt werden. Dieser Umstand, in Verbindung mit der gebieterischen Notwendigkeit, die Arbeitsproduktivität zu steigern und zu erreichen, daß ein jeder Staatsbetrieb ohne Verlust, mit Gewinn arbeitet, sowie in Verbindung mit dem unvermeidlichen Ressortinteresse und der Übertreibung des Ressortefers, erzeugt, was die Fragen der Arbeitsbedingungen im Betrieb betrifft, unausbleiblich einen gewissen Interessengegensatz zwischen den Arbeitermassen und den leitenden Direktoren der Staatsbetriebe oder deren übergeordneten Behörden. Darum haben die Gewerkschaften in Bezug auf die sozialisierten Betriebe unbedingt die Pflicht, die Interessen der Werktätigen zu schützen und nach Möglichkeit zur Hebung ihres Lebensstandards beizutragen, indem sie Fehler und Übertreibungen der Wirtschaftsorgane ständig korrigieren, soweit diese bürokratischen Auswüchsen des Staatsapparats entspringen." (LW 33, S. 170 f.)

Lenin geht hier von zwei Maßnahmen der Sowjetmacht aus, die zeitlich zusammenfielen: Erstens die Überführung der Staatsbetriebe, die Überführung des sozialistischen Sektors der Produktion, auf die "wirtschaftliche Rechnungsführung", zweitens die Neue ökonomische Politik, die eine begrenzte Zulassung des Kapitalismus beinhaltete. Letzteres fiel natürlich beim Übergang zum Sozialismus weg, ersteres blieb erhalten. Es fragt sich nun: Können die Schlußfolgerungen Lenins aus diesen beiden Maßnahmen auch auf den Sozialismus angewandt werden, in dem das System der wirtschaftlichen Rechnungsführung angewandt wird, die Neue ökonomische Politik aber ihre Erledigung gefunden hat?

"Freier Handel" fällt natürlich weg, doch die sozialistischen Staatsbetriebe müssen insofern "auf kommerzieller Grundlage" arbeiten, als sie "ohne Verlust, mit Gewinn" arbeiten müssen, und um dies Ökonomisch zu erzwingen, wird die Wertform, die Geldform genutzt. Kann dies "einen gewissen Interessengegensatz zwischen den Arbeitermassen und den leitenden Direktoren der Staatsbetriebe oder deren übergeordneten Behörden" hervorbringen? Kann dies "Ressortinteresse und eine Übertreibung des Ressortefers" hervorbringen? Die Frage stellen heißt sie bejahen!

Nehmen wir einen Streik: Streiken Arbeiter im Sozialismus, so wird dies in den allermeisten Fällen rückständiges Bewußtsein ausdrücken, denn es gibt politische Mittel und Wege, Mißstände zu beseitigen, den Bürokratismus zu bekämpfen; ein Streik aber schadet der Produktion, folglich den Konsumenten, folglich den Arbeitern. Ein solches rückständiges Bewußtsein muß überwunden werden. Doch welche Wirkung hat es auf das Bewußtsein von Arbeitern, wollte ihnen der Arbeiterstaat das Streiken verbieten, während er gleichzeitig nicht in der Lage war, die Mißstände zu verhindern, gegen die sie sich wenden? Das muß doch gerade jenen Kräften Auftrieb geben, die den Arbeitern einreden wollen, der Staat sei eben nicht ihr Staat! Betrachten wir in diesem Zusammenhang die Ausführungen Lenins über Streiks in der Übergangsperiode, wobei Lenin zunächst nur die Übergangsperiode zum Sozialismus meint, mit der er es zu tun hatte, wir aber - wie oben dargelegt - der Auffassung sind, daß die von Lenin dargelegte Taktik darüber hinaus auch auf den Sozialismus selbst, auf die Übergangsperiode zum Kommunismus, anzuwenden ist:

"Solange Klassen bestehen, ist der Klassenkampf unvermeidlich. In der Übergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus ist das Bestehen von Klassen unvermeidlich, und das Programm der KPR sagt mit voller Bestimmtheit, daß wir lediglich die ersten Schritte beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus machen. Darum müssen sowohl die Kommunistische Partei und die Sowjetmacht als auch die Gewerkschaften offen anerkennen, daß der ökonomische Kampf fortbesteht und so lange unvermeidlich ist, bis die Elektrifizierung der Industrie und der Landwirtschaft wenigstens in den Grundzügen abgeschlossen und damit die Axt an alle Wurzeln des Kleinbetriebs und der Marktherrschaft gelegt ist. Andererseits ist es augenscheinlich, daß das Endziel des Streikkampfes unter dem Kapitalismus die Zerstörung des Staatsapparats, der Sturz der Staatsmacht der gegebenen Klasse ist. Aber beim proletarischen Staat vom Übergangstypus, wie es der unsere ist, kann das Endziel jeder Aktion der Arbeiterklasse nur die Festigung des proletarischen Staates und der Staatsmacht der proletarischen Klasse, auf dem Wege des Kampfes gegen bürokratische Auswüchse dieses Staates, gegen seine Fehler und Schwächen, gegen die sich seiner Kontrolle entziehenden Klassengelüste der Kapitalisten usw. sein. Darum können sowohl die Kommunistische Partei und die Sowjetmacht als auch die Gewerkschaften keinesfalls vergessen und dürfen den Arbeitern und werktätigen Massen

niemals verhehlen, daß die Anwendung des Streikkampfes in einem Staat mit proletarischer Staatsmacht ausschließlich erklärt und gerechtfertigt werden kann durch bürokratische Auswüchse des proletarischen Staates und alle möglichen Überreste der kapitalistischen Vergangenheit in seinen Institutionen einerseits und durch die politische Unentwickeltheit und kulturelle Rückständigkeit der werktätigen Massen andererseits.

Deshalb ist es bei Reibungen und Konflikten zwischen einzelnen Gruppen der Arbeiterklasse und einzelnen Institutionen und Organen des Arbeiterstaates die Aufgabe der Gewerkschaften, mitzuwirken an der möglichst schnellen und schmerzlosen Beilegung der Konflikte mit maximalen Vorteilen für die von ihnen vertretenen Arbeitergruppen, soweit diese Vorteile erreicht werden können ohne Benachteiligung anderer Gruppen und ohne Schaden für die Entwicklung des Arbeiterstaates und seiner Wirtschaft als Ganzes, denn nur diese Entwicklung kann die Grundlage für das materielle und geistige Wohl der Arbeiterklasse schaffen. Die einzig richtige, gesunde und zweckmäßige Methode für die Beilegung von Reibungen und Konflikten zwischen einzelnen Teilen der Arbeiterklasse und Organen des Arbeiterstaates ist eine vermittelnde Beteiligung der Gewerkschaften, die durch ihre entsprechenden Organe entweder mit den interessierten Wirtschaftsorganen auf Grund genau formulierter Forderungen und Vorschläge beider Seiten Verhandlungen aufnehmen oder an die höheren staatlichen Instanzen appellieren.

In Fällen, wo die unrichtige Handlungsweise von Wirtschaftsorganen, die Rückständigkeit gewisser Arbeitergruppen, die provokatorische Tätigkeit konterrevolutionärer Elemente oder schließlich die mangelnde Umsicht der Gewerkschaftsorganisation selbst zu offenen Konflikten in Form von Streiks in Staatsbetrieben usw. führen, ist es die Aufgabe der Gewerkschaften, zur schnellsten Liquidierung der Konflikte beizutragen durch Maßnahmen, die sich aus dem Charakter der Gewerkschaftsarbeit ergeben: durch Ergreifung von Maßnahmen zur Beseitigung tatsächlicher Unregelmäßigkeiten und Mißstände und zur Befriedigung berechtigter und erfüllbarer Forderungen der Massen, durch politische Einwirkung auf die Massen usw.

Einer der wichtigsten und unfehlbarsten Gradmesser für die Richtigkeit und den Erfolg der Arbeit einer Gewerkschaft ist der Grad, in dem sie Massenkonflikte in Staatsbetrieben erfolgreich durch eine umsichtige Politik verhütet, die auf den wirklichen und allseitigen Schutz der Interessen der Arbeitermassen sowie auf die rechtzeitige Beseitigung der Anlässe für Konflikte gerichtet ist." (LW 33, S. 171 ff.)

Wir sind allerdings der Auffassung, daß Streiks im Sozialismus keine große Bedeutung haben werden, sofern Partei und Gewerkschaft richtig arbeiten; wir haben Lenin zu dieser Frage nur deshalb so ausführlich zitiert, weil uns dieses Zitat von grundsätzlicher Bedeutung für die Frage scheint, wie die Kommunisten an die Massen herangehen sollen und welche Aufgaben proletarische Massenorganisationen, insbesondere die Gewerkschaft, im Sozialismus haben.

Die reale Führung durch die Partei muß immer wieder aufs neue erkämpft werden

Die Partei darf sich, wenn sie diese Führung errungen hat, wenn sie das Vertrauen des größten Teils der Klasse errungen hat, keineswegs darauf verlassen, daß dies ohne weiteres so bleiben muß. Es besteht nicht nur (und zunächst einmal nicht in erster Linie) die Gefahr, daß die Partei in offenen, schroffen Gegensatz zu den Massen geraten kann. Gefährlich ist u.a. eine zunehmende **Lethargie** der Massen bei eingeschliffenen Ritualen: Z.B. formale Freiwilligkeit der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft, während es faktisch undenkbar ist, daß ein Werktätiger nicht Mitglied ist. Formal werden die Funktionäre der Gewerkschaft gewählt, aber faktisch ist undenkbar, daß jemand gewählt wird, der der Parteiorganisation (und gegebenenfalls sogar der Betriebsleitung!) nicht genehm ist. Formal vertritt die Gewerkschaft die unmittelbaren Interessen der Arbeiter, es ist aber faktisch undenkbar, daß sie sich in einer Frage gegen die Betriebsleitung bzw. die Parteileitung stellt. Schleichen sich solche Verhältnisse ein, so werden die legalen Möglichkeiten beseitigt, in denen sich widersprüchliche Interessen äußern können; der Partei wird die Möglichkeit genommen, offen und bewußt gegen rückständige Ansichten zu kämpfen, da diese gar nicht offen in Erscheinung treten können. Dafür behindern sie unter der Oberfläche den gesellschaftlichen Fortschritt immer mehr. Derartige Verhältnisse beseitigen faktisch die Transmissionsriemen der Partei, liquidieren ihren Charakter, Schule des Kommunismus zu sein.

Haben sich solche ungesunden Verhältnisse herausentwickelt, die auf einem formalen Verständnis der führenden Rolle der Partei beruhen, so wächst gleichzeitig die Gefahr des offenen Revisionismus: Bürokratismus und Schematismus haben die führende Rolle der Kommunisten in Mißkredit gebracht, und sodann treten rechte Elemente auf, die dies nutzen wollen, um die führende Rolle der Partei offiziell zu begraben. **Unter der Losung der "Demokratie" und des "Pluralismus" wird verbreitet, es gebe eben viele Meinungen, und alle hätten ihren gleichberechtigten Platz. Eine solche revisionistische Auffassung hat mit der Leninschen Auffassung von den Massenorganisationen als Transmissionsriemen der Partei und von der sozialistischen Demokratie überhaupt nichts gemein, eine solche Auffassung entwaffnet die Kommunisten ideologisch.** Es muß zwar möglich sein, rückständige Auffassungen und Gepflogenheiten zu äußern bzw. zu betätigen, **so lange** dies keinen konterrevolutionären Charakter annimmt, doch das bedeutet keineswegs, daß sich die Kommunisten indifferent dazu verhalten sollen. Die fortschrittlichen Elemente sollen sich nicht den rückständigen anpassen, sondern die Klasse als Ganze soll ihr Niveau, ihr Klassenbewußtsein, ihre gesellschaftliche Aktivität erhöhen. Und was die Gewerkschaften betrifft, so müssen die Kommunisten dafür kämpfen, daß diese unter den schwierigen Bedingungen der Übergangsgesellschaft ihre Aufgaben erfüllen, die Lenin folgendermaßen gekennzeichnet hat:

Was wir über die Gewerkschaften sagten, ist auf die Frage des Herangehens an die werktätigen Massen im Sozialismus überhaupt anzuwenden. Die Diktatur des Proletariats ist eine Abstraktion, folglich muß ein ständiger Kampf darum geführt, daß ein möglichst großer Teil der Klasse real Macht ausübt, ohne dabei Zugeständnisse an rückständige Teile der Klasse zu machen. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist, daß die Arbeiter real über entsprechende Rechte verfügen; man kann sich eben nicht mit der Feststellung begnügen, die proletarische Vorhutpartei übe die Macht aus, und damit sei es ja gut. Lenin gab beispielsweise für die Ausarbeitung eines Arbeitsrechts die Hinweise: "...2. Alles, was es in der Literatur und in der Praxis der westeuropäischen Länder zum Schutz der Werktätigen gibt, unbedingt übernehmen. 3. Sich nicht darauf beschränken (das ist die Hauptsache)." (LW 33, S. 187)

Das gleiche muß für die Rechte der Arbeiter im Arbeiterstaat überhaupt gelten: Alle Rechte, die die Arbeiter in bürgerlichen Staaten haben, müssen sie selbstverständlich auch im Arbeiterstaat haben, doch darauf darf man sich nicht beschränken, letzteres ist die Hauptsache. Wichtig ist hierbei, daß diese Rechte auch ausgeübt werden können, wenn Gruppen von Arbeitern dabei Auffassungen vertreten, die im Widerspruch zur Meinung der Partei stehen, es sei denn, sie sind konterrevolutionär. Für die Entfaltung einer sozialistischen Demokratie, die Voraussetzung für das Voranschreiten der Vergesellschaftung ist, ist es von ungeheurer Bedeutung, daß jedermann versteht, daß die Diktatur des Proletariats lediglich konterrevolutionäre Auffassungen und Praktiken unterdrückt.

Im Übrigen wird durch das System der wirtschaftlichen Rechnungsführung und die Entlohnung nach Leistung ein ökonomischer Druck ausgeübt, der die Arbeitsdisziplin garantiert, soweit sie durch das gesellschaftliche Bewußtsein der Werktätigen noch nicht garantiert ist. Die diesbezüglichen ökonomischen Mechanismen müssen den Menschen als Selbstverständlichkeit in Fleisch und Blut eingehen.

Zur Bedeutung der Theorie und zur Bedeutung des subjektiven Faktors

Wenn wir heute versuchen, aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen die Theorie der Übergangsgesellschaft fortzuentwickeln, dann müssen wir uns dabei klar vor Augen halten, was eine solche Theorie leisten kann - und was sie nicht leisten kann. Wenn man die objektiven Bewegungsgesetze der Übergangsgesellschaft auch noch so gut kennt, dann folgt daraus dennoch keine mechanische Handlungsanweisung, wie man sich denn in dieser oder jener Situation verhalten solle. Dies ist der Grund, warum wir bereits in der Einleitung betont haben, *daß es keine Patentrezepte gibt, wie eine Entwicklung zum Revisionismus verhindert werden kann.*

Andererseits: Die Theorie kann eine Orientierungshilfe geben, sie kann Fallstricke aufzeigen und helfen, diese zu vermeiden. Sie kann - was gerade heute wichtig ist - optimistisch machen, kann aufzeigen, daß die Rückentwicklung zum Revisionismus und Kapitalismus **keineswegs zwangsläufig ist, daß - historisch gesehen ganz im Gegenteil die Entwicklung zum Kommunismus zwangsläufig ist, daß sie die Notwendigkeit eines Naturprozesses hat. Die Theorie kann daher Mut zum Kampf geben.**

Wir haben uns vorwiegend mit den objektiven Bewegungsgesetzen der Übergangsgesellschaft befaßt. Andererseits sind wir dabei zu dem Schluß gekommen, **daß der Sozialismus sich in zwei Richtungen entwickeln kann, zurück zum Kapitalismus oder vorwärts zum Kommunismus.** Mit anderen Worten: Der Sozialismus ist durch seine eigenen Bewegungsgesetze nicht dergestalt determiniert, daß er sich notwendig zum Kapitalismus oder zum Kommunismus entwickeln müßte. Das aber bedeutet, **daß der subjektive Faktor letztlich der entscheidende ist.** Das Handeln der Menschen bestimmt, wohin die Reise geht. Dies ist auch nicht verwunderlich: Der Übergang zum Kommunismus ist der Übergang zu einer Gesellschaft, in der die Menschen **bewußt ihre Geschnicke bestimmen.** Dem entspricht die gewaltige Bedeutung des subjektiven Faktors beim Übergang zu dieser Gesellschaft.

Wir haben andererseits gesehen, daß die Gesetze der Warenproduktion in der Übergangsgesellschaft noch sehr stark sind. Es ist nicht so wie im Kommunismus, wo die Gesetze der planmäßigen Leitung und Kontrolle der Produktion den Produzenten in Fleisch und Blut übergegangen sind. Die Herrschaft der Produzenten über ihr Produkt ist noch relativ schwach entwickelt. Dem entspricht ein großer (mitunter sehr großer) Wirkungsbereich der Warenproduktion und ihrer Gesetze. Dies läßt der bürgerlichen Ideologie großen Wirkungsraum auf das Denken der Produzenten, und das behindert die Produzenten wiederum bei der Ausübung der Herrschaft über ihre Produkte - scheinbar ein Teufelskreis. Jedoch ein Teufelskreis, der durchbrochen werden kann. Die objektive Grundlage für seine Durchbrechung liegt darin, daß der Sozialismus neben den Muttermalen der alten Gesellschaft eben auch den Keim des Kommunismus in seiner Produktionsweise enthält. Doch kann dieser Keim nur erstarken, wenn der subjektive Faktor dabei eine entscheidende Rolle spielt, denn ohne bewußte Anstrengungen der Produzenten können diese die Herrschaft über ihr Produkt nicht erlangen und ausüben. Diese bewußten Anstrengungen sind nötig, um der Warenproduktion und ihren Gesetzen entgegenzuwirken. Da die Warenproduktion noch sehr stark ist, gilt auch im Sozialismus noch das, was Lenin in "Was tun" für den Kapitalismus herausgearbeitet hat: Auf spontanem Weg setzt sich die Herrschaft der bürgerlichen Ideologie durch. So lange und in dem Ausmaß wie das kommunistische Bewußtsein nicht spontan, aufgrund der gesellschaftlichen Bedingungen, wächst, kann es nur aufgrund wissenschaftlicher Einsicht wachsen. **Dies ist ein**

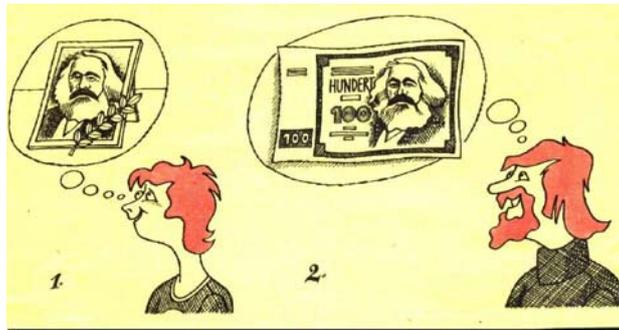
entscheidender Grund für die Notwendigkeit einer proletarischen Vorhutpartei auch im Sozialismus; einer Partei, die mit der Kenntnis der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung ausgerüstet ist und deren Wirken darauf gerichtet ist, ihre eigene Notwendigkeit aufzuheben, d.h. die Bedingungen ihrer eigenen Existenz aufzuheben, indem die Verhältnisse der Herrschaft der Produzenten über ihr Produkt so befestigt werden, daß eine Umkehr unmöglich ist. **Der Sozialismus ist kein System elementar wirkender ökonomischer Mechanismen, sondern er ist eine Gesellschaft, in der die Orientierung darauf vorhanden ist, die Produzenten vom Objekt der Geschichte zum Subjekt der Geschichte zu machen. Sämtliche Maßnahmen der Wirtschaftsleitung entfalten nur auf der Grundlage dieser Orientierung eine positive Wirkung. Fällt diese Orientierung, so wird das bewußte Eingreifen in die Wirtschaft zur Farce.**

Man hört oft, es liege in der Natur des Menschen, daß er sich nur um seinen engen, persönlichen Horizont kümmere, deshalb sei der Kommunismus unmöglich. Doch ein solches Verhalten der Menschen ist untrennbar mit den gesellschaftlichen Verhältnissen verbunden. Mit der Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse wird sich dieses Verhalten ändern, wie auch die Änderung dieses Verhaltens die gesellschaftlichen Verhältnisse ändern wird. Sogar bereits heute zeigt sich immer wieder, daß Menschen spontan dazu neigen, sich um allgemeine, gesellschaftliche Angelegenheiten zu kümmern, sich über Verschwendung gesellschaftlicher Ressourcen zu erregen usw., um dann freilich resignierend mit den Achseln zu zucken: "Die da oben machen ja doch, was sie wollen!" Und so ist es ja auch. Doch diese spontane gesellschaftliche Einstellung, die selbst heute, in einer Gesellschaft des extremen Kults des Individuums und der Beschränkung auf den engen persönlichen Horizont, in Keimformen vorhanden ist, diese Einstellung kann unter den Bedingungen der Rätewacht zu einer Schubkraft des gesellschaftlichen Fortschritts gemacht werden.

Der Übergang zum Kommunismus ist überaus schwierig, doch diese Schwierigkeiten entsprechen der weltgeschichtlichen Bedeutung dieses Übergangs: dem endgültigen Heraustreten der Menschheit aus ihrer Vorgeschichte, "aus tierischen Existenzbedingungen in wirklich menschliche" (Engels). Die Rückschläge, die die Menschheit auf diesem Wege hinnehmen mußte, brauchen einen nicht zu entmutigen:

"Proletarische Revolutionen... kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eignen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnern grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück von der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eignen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht."

(Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, Ausgabe Berlin 1974, S. 19)



Der Zusammenbruch der meisten revisionistischen Länder führte zu einer Offensive der bürgerlichen Ideologie gegen den Kommunismus. Die Öffentliche Meinung in den kapitalistischen Ländern geht davon aus, daß die angebliche "Utopie" einer klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung gescheitert sei. Francis Fukuyama, stellvertretender Direktor des Planungstabs im US-Außenministerium, verkündete in einem Artikel für das Vierteljahresmagazin "National Interest" "das Ende der Geschichte". (zitiert nach Kurz, Der Kollaps der Modernisierung, Frankfurt/Main 1991, Seite 6) Dieser Endpunkt der Geschichte soll natürlich der Kapitalismus sein.

Das einhellige Urteil der bürgerlichen Ideologen und der öffentlichen Meinung über das angeblich „endgültige Ende des Kommunismus“ liegt darin begründet, daß man den Kommunismus fälschlich in den revisionistischen Ländern verkörpert sah. Diesen Irrtum freilich haben die bürgerlichen Ideologen mit fast der gesamten Linken in den kapitalistischen Ländern gemeinsam. Der Niedergang des Revisionismus an der Macht hat im Westen nicht nur bei den revisionistischen Parteien Wirkung gezeigt, sondern nahezu bei der gesamten Linken. Dies ist nicht weiter verwunderlich, denn bei aller diffusen Kritik an den revisionistischen Regimes hat diese Linke den Revisionismus an der Macht doch stets als einen ungeliebten Verwandten betrachtet.

Am schwersten war der Schlag naturgemäß für diejenigen Kräfte, die sich besonders eng und unkritisch an die revisionistische Sowjetunion angelehnt hatten. Aber auch diejenigen Kräfte, die gegenüber dem Revisionismus an der Macht zwar einerseits Sympathien hatten, andererseits aber eine diffus kritische Haltung einnahmen, befinden sich jetzt in einer tiefen Krise.

Im Gegensatz zu derartigen Kräften haben die KommunistInnen stets betont, daß der Revisionismus keine irgendwie fortschrittliche, sondern eine reaktionäre Kraft ist. Unter schwierigen Bedingungen hat die illegale Sektion DDR der KPD gegen das arbeiterfeindliche SED-Regime gekämpft. Und dennoch müssen wir feststellen, daß unser Kampf gegen den Revisionismus in vieler Hinsicht zu oberflächlich war. Dies hängt unter anderem mit einem mangelnden Verständnis des Sozialismus einerseits und des Revisionismus andererseits zusammen.

Sozialismus und Revisionismus

Der Sozialismus ist eine Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Er enthält in der Ökonomik wie in allen gesellschaftlichen Bereichen Elemente dieser beiden sozialökonomischen Formationen. Diese Elemente sind nicht fein säuberlich voneinander getrennt, sondern sie sind in komplizierter Weise miteinander verwoben.

So gibt es Überreste der Warenproduktion. Diese bestehen zum einen im genossenschaftlichen Sektor. Die Gesellschaft wendet unter anderem deshalb weitere Warenkategorien an, weil es noch die Trennung zwischen staatlichem und genossenschaftlichem Sektor und damit verschiedene Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln gibt. Doch auch innerhalb des staatlichen Sektors selbst gibt es eine ökonomische Grundlage für die Fortexistenz von Warenkategorien. Dies zeigt sich im System der wirtschaftlichen Rechnungsführung, mit dessen Hilfe die Planung und Leitung der Wirtschaft durchgeführt wird. Hier wird der einzelbetriebliche Gewinn keineswegs nur als Rechengröße betrachtet und behandelt, sondern als bedeutende materielle Größe, als eine wesentliche Triebkraft der Produktion.

Das Band zwischen den staatlichen Betrieben ist also noch keineswegs so eng, daß das Handeln und Denken in den Kategorien "mein Betrieb / dein Betrieb" entfallen ist. Die bewußte Vergesellschaftung ist noch nicht so weit vorangeschritten, daß auf die Kategorie des sich selbst verwertenden Werts als Triebkraft der Produktion vollständig verzichtet werden kann. Bis zu einem gewissen Grade aber ist diese Kategorie des Werts bereits aufgehoben. Nicht seine Verwertungslogik allein ist es, die über die Investitionen entscheidet, sondern die Gesellschaft nimmt bereits einen großen Einfluß auf diese Investitionen. Da die unmittelbare Leitung und Kontrolle der Produktion durch die Produzenten sich erst nach und nach entwickelt, ist die Gesellschaft bei der Leitung der Produktion in hohem Maße gezwungen, sich des Staates zu bedienen. Dieser weist den Betrieben materielle und finanzielle Investitionsmittel zu. Die staatliche Form dieses gesellschaftlichen Handelns ist ebenfalls Ausdruck des relativ geringen Ausmaßes der Vergesellschaftung.

Im Kommunismus wird man dazu keinen Staat brauchen, sondern die Produzenten werden die Produktion direkt planen und leiten, ohne Wert und ohne Geld. Hierzu ist eine gesellschaftliche Organisation erforderlich, innerhalb derer die Produzenten abwechselnd verschiedene Funktionen ausüben werden. Niemand wird sein ganzes Leben lang nur zentrale Funktionen wahrnehmen. Der Unterschied von leitenden und ausführenden Funktionen wird weitgehend verschwunden sein, da auch die "dezentralen" Tätigkeiten nicht von einem engen Gesichtsfeld, sondern vom Denken und Handeln für die ganze Gesellschaft geprägt sein werden. Mit der Beseitigung der alten Arbeitsteilung wird die Teilung der Gesellschaft in "oben" und "unten" überwunden sein.

Im Sozialismus aber ist die alte Arbeitsteilung noch nicht vollständig beseitigt, und damit gibt es Klassenunterschiede. Die Fortexistenz von Verhältnissen der Warenproduktion ("Betriebsegoismus") einerseits, die nicht umgewälzte Arbeitsteilung bzw. weiterbestehende Klassenunterschiede andererseits bedingen Interessengegensätze. Die auf diese Weise hervorgerufenen Widersprüche (die Widersprüche zwischen den Individuen sowie der Widerspruch zwischen den privaten Interessen und dem gesellschaftlichen Interesse) machen den Staat notwendig.

Der Staat kann nicht die Lösung dieser Widersprüche sein. Die Widersprüche zwischen den Individuen, sowie der Widerspruch zwischen den privaten Interessen und dem gesellschaftlichen Interesse spiegeln sich auch innerhalb des Staates wider.

Der Staat, von den Widersprüchen der Gesellschaft hervorgebracht, bringt zugleich ein besonderes Interesse hervor, welches auf die Verteidigung und den Ausbau seiner Macht gegenüber der Gesellschaft gerichtet ist.

Dies gilt auch für den sozialistischen Staat. Er ist also nicht nur Instrument der revolutionären Arbeiterklasse im Kampf um den Kommunismus, **sondern zugleich auch eine konservative Macht**, die alte bürgerliche Verhältnisse schützt und den Kampf um den Kommunismus hemmt.

Der sozialistische Staat ist also nicht ausschließlich Repräsentant der Gesellschaft. Wenn er (nicht vollständig, sondern bis zu einem gewissen Grade) das Wertgesetz durchbricht, so tut er es nicht nur als Repräsentant der Gesellschaft, sondern in diesem staatlichen Handeln kommen auch private Interessen zum Ausdruck. **Es besteht die Möglichkeit, sich zu bereichern, ohne dabei vor dem Markt, vor dem Wertgesetz bestehen zu müssen.**

Das ist die sozialökonomische Quelle des Bürokratismus.

Der Sozialismus ist also einerseits dem Kapitalismus überlegen, weil der Staat als Repräsentant der Gesellschaft die Produktion bewußt reguliert, die blinde Steuerung der Produktion durch den sich selbst verwertenden Wert bis zu einem gewissen Grade ablöst. Er enthält aber auch die Komponente zu Stagnation und Fäulnis in sich: Die Steuerungskraft des Marktes ist teilweise beseitigt, ohne daß sie umfassend durch eine höhere Steuerungskraft der Produktion ersetzt worden wäre, nämlich durch die Planung und Leitung seitens der Werktätigen, deren individuelle Interessen mit den gesellschaftlichen zusammenfallen.

Was nun die revisionistischen Länder betrifft, so sind diese keineswegs fertiger Kapitalismus, lediglich mit besonderen Ausprägungsformen, wie wir früher angenommen haben. Zwar wurde Anfang der 60er Jahre in der Sowjetunion und den osteuropäischen revisionistischen Ländern das "Mischungsverhältnis" von Ware und Staat zugunsten der Warenelemente verändert (z.B. Libermann-Reformen in der UdSSR, Neues ökonomisches System der Planung und Leitung in der DDR). Niemals aber wurden die Preise freigegeben, wurde die Zuteilung materieller und finanzieller Mittel an die einzelnen Betriebe durch den Staat beseitigt.

Die elementare Steuerung der Wirtschaft wurde also nicht wiederhergestellt. Dies geschieht erst nach dem Zusammenbruch der revisionistischen Länder.

Wir sehen auch heute keinerlei Grund, an der Aussage zu rütteln, daß Sozialismus und Revisionismus entgegengesetzte gesellschaftliche Ordnungen sind. Doch unsere frühere Auffassung, daß sie "nichts gemein" haben, scheint uns heute zu oberflächlich zu sein. **Diese Auffassung macht es letztlich unmöglich, das klassenmäßige Wesen des Revisionismus aufzudecken, und sie bietet daher Auffassungen, die am Revisionismus an der Macht "etwas Fortschrittliches" entdecken wollen, ein Einbruchsfeld, eine offene Flanke.**

In Wirklichkeit hat der Sozialismus mit dem Revisionismus durchaus "einiges gemeinsam".

Diese Tatsache ist nicht nur die Ursache dafür, daß die bürgerliche Argumentationskette "Die Länder des Ostblocks waren bis zuletzt sozialistisch, und folglich beweist ihr Untergang die Untauglichkeit des Sozialismus" plausibel zu sein scheint, jedenfalls plausibel genug, um heute die öffentliche Meinung uneingeschränkt zu beherrschen. Dieser Umstand begünstigt auch verschiedene Theorien, die den Revisionismus vordergründig kritisieren, sich aber in Wirklichkeit ihm gegenüber apologetisch verhalten, sein reaktionäres Wesen nicht aufdecken, sondern vertuschen, und damit gleichzeitig den Sozialismus in Mißkredit bringen.

Das Gemeinsame dieser Theorien besteht darin, daß Sozialismus und Revisionismus gleichgesetzt, über einen Kamm geschoren werden, genau wie die bürgerliche Propaganda es auch tut. Geschieht dies auf der Grundlage einer vermeintlichen oder wirklichen Kritik am Kapitalismus, so sind zwei unterschiedliche Positionen möglich. Zum einen kann man behaupten, daß die Sowjetunion, die DDR usw. niemals die Möglichkeit der Überwindung der alten Gesellschaft mit ihrer Warenproduktion und ihrer Teilung der Gesellschaft in "oben" und "unten" in sich trugen. Zum zweiten kann man behaupten, daß diese Gesellschaften stets die Möglichkeit des Voranschreitens zum Kommunismus ohne erneute sozialökonomische Umwälzung beinhalteten und bis zu ihrem Untergang einen grundsätzlich fortschrittlichen Keim hatten. So unterschiedlich die beiden Positionen sind, ihre Gemeinsamkeit besteht darin, daß sie leugnen oder überhaupt nicht in Betracht ziehen, daß es in diesen Ländern eine Schnittstelle gab, daß die Sowjetunion Chruschtschows etwas wesensmäßig anderes war als die Sowjetunion Stalins.

Die Positionen der Trotzisten

Bei aller "Kritik" an den revisionistischen Ländern haben die meisten Trotzisten diesen gegenüber stets eine "solidarische" Haltung eingenommen. Sie haben diese Länder als 'bürokratische Arbeiterstaaten' bezeichnet oder mit ähnlichen Termini bedacht. Auf dieser Grundlage spielt die Frage, ob man das Wort "Sozialismus" auf diese Länder anwenden könne, keine Rolle, denn der Terminus "Arbeiterstaat" (wenn dieser auch "bürokratisch" sei) beinhaltet die Aussage, daß diese Gesellschaften die Möglichkeit des Voranschreitens zum Kommunismus beinhalteten, und nur darauf kommt es uns hier an. (Die Frage, welche Zwischenstadien die Trotzisten für einen solchen Weg konstruieren, interessiert uns hier nicht.)

In welcher Hinsicht waren diese Staaten für die Trotzisten "bürokratisch"? Keineswegs in dem Sinne, wie wir es oben skizziert haben. Für uns ist der Begriff der Bürokratie vor allem ein sozialökonomischer Begriff, ein Klassenbegriff. Die Bürokratie existiert bereits im Sozialismus gesetzmäßig; und zwar aufgrund der Tatsache, daß die Vergesellschaftung erst eine niedere Stufe erreicht hat, daß noch in hohem Maße der Staat für die Gesellschaft handelt, wobei der Staat nicht nur die Gesellschaft verkörpert, sondern auch Privatinteressen. Mit einem Wort: Die weitgehende Ausschaltung des Marktes bei noch nicht vollständiger Beherrschung der Produktion durch die Gesellschaft bringt Bürokratismus hervor.

Für die Trozisten ist der Begriff der Bürokratie kein sozialökonomischer, sondern nur ein politischer Begriff. Die Bürokratie ("bürokratische Entstellungen") sind für sie in politischen Formen, im politischen Überbau begründet. Die ökonomische Struktur der Sowjetunion war grundsätzlich "gut", aber Stalin war halt ein "Despot". Chruschtschow war "etwas besser", aber immer noch nicht so ganz das Richtige. Kurz und gut, man sollte die ökonomische Basis im wesentlichen beibehalten, aber "richtige" politische Formen finden.

Änderung der Umstände und Selbstveränderung der Menschen

Der Sozialismus enthält Elemente des Kapitalismus und des Kommunismus. Es gibt jedoch keinen Mechanismus, der determiniert, daß die Gesellschaft zum Kommunismus voranschreiten muß. Voraussetzung für den Sozialismus ist also, daß eine subjektive Kraft vorhanden ist, die zum Kommunismus voranschreiten will und die tatsächlich ständig in diese Richtung drängt, und daß diese Kraft die Hegemonie in der Gesellschaft ausübt. Man nehme diese Kraft weg, und man hat keinen Sozialismus mehr. So gesehen ist der revolutionäre Wille und die revolutionäre Tat des subjektiven Faktors, vor allem also der revolutionären Arbeiter sowie der proletarischen Vorhutpartei, der entscheidende Unterschied zwischen Sozialismus und Revisionismus, und nicht irgendwelche Veränderungen in der ökonomischen Mechanik.

Doch handelt es sich nicht um Voluntarismus, wenn wir die Bedeutung des "revolutionären Willens" so stark betonen? In der 6. These über Feuerbach hebt Marx hervor "Aber das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktion. In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse." (MEW 3, S. 6)

Dieses Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse ist es, das die psychische Mentalität der Mensch prägt. Der "alte Mensch" des Kapitalismus ist durch das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitalismus geprägt, wie der "neue Mensch" durch die gesellschaftlichen Verhältnisse des Kommunismus geprägt ist. Doch wie erfolgt der Übergang vom einen zum ändern?

Erfolgt er so, daß mit der Inbesitznahme der Produktionsmittel durch den sozialistischen Staat die Änderung der Produktionsverhältnisse im wesentlichen beendet ist und daß die psychische Mentalität der Menschen dem lediglich folgt?

Anders gefragt: Sind die Änderung der Produktionsverhältnisse und der psychischen Struktur der Menschen zwei getrennte Aufgaben, die dementsprechend zeitlich versetzt gelöst werden können und müssen?

Eine solche Vorstellung wird bis heute von vielen Kommunisten wie selbstverständlich als "materialistisch", als "marxistisch" angesehen, und doch ist sie mit dem Marxismus unvereinbar. Marx hält in seiner 3. Feuerbach-These dem vormarxischen, dem mechanischen Materialismus entgegen:

"Die materialistische Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergißt, daß die Umstände von den Menschen verändert und **der Erzieher selbst erzogen werden muß**. Sie muß daher die Gesellschaft in zwei Teile - von denen der eine über ihr erhaben ist sondieren. Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als **revolutionäre Praxis** gefaßt und rationell verstanden werden." (MEW 3, S. 6)

Im Kapitalismus und überhaupt in der in Klassen gespaltenen Gesellschaft wird "die eigne Tat des Menschen ihm zu einer fremden, gegenüberstehenden Macht..., die ihn unterjocht, statt daß er sie beherrscht".

(Marx/ Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 33)

Das Wesen des Menschen in dieser Gesellschaft ist Ausdruck dieser Entfremdung, dieser Verwandlung des menschlichen Produkts zu einer ihm fremden, gegenüberstehenden Macht. Die "Verkehrsverhältnisse", die Beziehungen zwischen den Menschen, deren Grundlage die Produktionsverhältnisse sind, sind ebenfalls von dieser dem Menschen fremden Macht geprägt, die er zwar geschaffen hat, aber nicht begreift und noch viel weniger beherrscht. Der Übergang zum Kommunismus ist nun eine radikale Umstülpung all dieser gesellschaftlichen Verhältnisse. Es handelt sich nicht nur darum, daß von einer sozialökonomischen Ordnung zu einer anderen, von einem "Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse" zu einem anderen übergegangen wird, wie es beispielsweise auch beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus der Fall war. Die besondere Schwierigkeit dieses Übergangs besteht darin, daß zu einer Gesellschaft übergegangen wird, in der die Produzenten ihr Produkt beherrschen und in der die Menschen ihre Beziehungen untereinander bewußt gestalten; der Kommunismus ist "Produktion der Verkehrsform selbst" (Deutsche Ideologie, MEW 3, S. 70).

Wenn dem aber so ist, kann dieser Übergang nicht bewerkstelligt werden, indem lediglich Verhältnisse, die dem Menschen als fremde Macht gegenüberstehen, verändert werden und als mechanische Folge sodann die psychische Mentalität der Menschen sich ändert. Man würde dann ja gerade in dem alten Zustand verbleiben, daß der Mensch von

den Umständen beherrscht wird, lediglich die Umstände, die ihn beherrschen, würden 'ausgewechselt'. Andererseits wäre es tatsächlich Voluntarismus, anzunehmen, der Mensch könne diesen Übergang unabhängig von den Umständen bewerkstelligen, es komme nur auf den Willen an. Richtig ist es vielmehr, im Marxschen Sinne von der **Einheit der Veränderung der Umstände durch den Menschen und des Menschen durch die Umstände auszugehen**. Diese Einheit kann, wie Marx genial erkannt hat, **nur als revolutionäre Praxis begriffen werden**. Leider ist dies heute zugunsten einer mechanistischen Betrachtungsweise weitgehend aus dem Blickfeld der meisten Marxisten geraten!

Gerät dieser Zusammenhang aber aus dem Blickfeld der Marxisten, so wird ein Begreifen des Revisionismus und damit eine konsequente marxistisch-leninistische Kritik des Revisionismus unmöglich, unabhängig davon, wie stark das moralische Entrüsten sein mag, mit dem man den revisionistischen Verrat verurteilt. **Denn ein Wesensmerkmal des Revisionismus besteht darin, einen gesellschaftlichen Zustand verewigen zu wollen, in dem die Gesellschaft in zwei Teile zerfällt, von denen der eine über ihr erhaben ist oder dies zumindest für sich in Anspruch nimmt**. Sehr klar kommt eine solche Haltung z.B. in einer Äußerung Nexhmije Hoxhas im Juni 1990 vor dem Generalrat der Demokratischen Front zum Ausdruck: "Die Fürsorge für die Menschen, für ihre Rechte, bildet den Kern des Sozialismus." (Albanien Heute 3/90, S. 7)

Eine solche Auffassung steht dem Gedanken von Marx diametral gegenüber: Nach der Auffassung von Nexhmije Hoxha erhebt sich ein Teil der Gesellschaft über diese und stellt den Anspruch, für sie "zu sorgen". Die Phrase von der "Sorge für die Menschen" ist apologetisch. Doch selbst wenn man diese Phrase ernst nimmt - und in einem gewissen Stadium des Übergangs vom Sozialismus zum Revisionismus dürfte sie das Denken und Fühlen eines Großteils der führenden Funktionäre mehr oder weniger genau widerspiegeln - selbst wenn man diese Phrase also ernst nimmt, schließt sie die revolutionäre Praxis aus, nämlich das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung. Die Masse der Produzenten soll es nämlich nicht Schritt für Schritt lernen, alle gesellschaftlichen Angelegenheiten selbst zu leiten, sondern sie sollen ihr Glück darin finden, für „den Staat“ zu arbeiten, während die "Avantgarde" für sie sorgt. Die Entfremdung soll "beseitigt" werden, indem die "Erzieher" die Verhältnisse einrichten. Bei einer solchen Konzeption bleibt es für die Massen dabei, daß die Verhältnisse, von denen sie beherrscht werden, eine ihnen fremde Macht sind, aber sie sollen dennoch glücklich sein, weil die "Erzieher" "fürsorglich" und "wohlwollend" sind.

Wird ein solcher gesellschaftlicher Zustand, der natürlich illusorisch ist, von den führenden Funktionären als "der Kern des Sozialismus" angesehen, so ist die Orientierung auf den Kommunismus bereits beseitigt, und damit ist der Sozialismus beseitigt.

Die Schwierigkeit besteht darin, daß die Umstände die proletarische Avantgarde zunächst tatsächlich dazu zwingen, bis zu einem gewissen Grade eine "über die Gesellschaft erhabene Macht" zu sein. Nach der Zerschlagung der alten Macht wird es zunächst nur ein relativ geringer Teil der arbeitenden Menschen sein, die bewußt kommunistische Ziele verfolgen. Andere Teile wiederum werden die wichtigsten Sofortmaßnahmen der siegreichen Revolution unter dem Gesichtspunkt von Notwendigkeiten des Tages begrüßen, ohne bewußt kommunistische Ziele zu verfolgen. Wieder andere werden lethargisch und demoralisiert sein. Unserer Meinung nach gilt auch bezüglich der fortgeschrittensten Industrieländer immer noch ohne Einschränkung das, was Lenin 1920 zu dieser Frage sagte:

"Aber die Diktatur des Proletariats läßt sich nicht verwirklichen durch eine Organisation, die das Proletariat in seiner Gesamtheit erfaßt. Denn nicht nur bei uns, in einem der rückständigsten kapitalistischen Länder, sondern auch in allen anderen kapitalistischen Ländern ist das Proletariat immer noch so zersplittert, so zu Boden gedrückt, hier und da so korrumpiert (nämlich durch den Imperialismus in den einzelnen Ländern), daß eine Organisation, die das Proletariat in seiner Gesamtheit erfaßt, dessen Diktatur unmittelbar nicht zu verwirklichen vermag. Die Diktatur kann nur durch die Avantgarde verwirklicht werden, die die revolutionäre Energie der Klasse in sich aufgenommen hat." (Lenin, Werke Band 32, S. 3)

Gewiß sind die Produktivkräfte in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern mittlerweile noch mehr entwickelt, sodaß die Antriebe, die in Richtung Kommunismus wirken, noch stärker geworden sind. Gleichzeitig **sind aber die Fäulnis, die Korruption, die Demoralisierung usw. gewachsen, also Elemente, die den Übergang erschweren**.

Die Notwendigkeit der proletarischen Vorhutpartei und ihrer leitenden Stellung in einer sozialistischen Staatsmacht darf also in keiner Weise geaugnet oder auch nur relativiert werden. Doch die Erkenntnis der Notwendigkeit einer solchen Avantgardepartei und ihrer führenden Rolle im Staat ist eine Voraussetzung, die Schwierigkeiten des Übergangs zu begreifen. Stellt diese Partei den Kampf gegen alle Tendenzen ein, sich "über die Gesellschaft zu erheben", begreift sie ihre führende Rolle nicht mehr in erster Linie in dem ständigen Bestreben, immer mehr arbeitende Menschen zur Veränderung der Umstände und, untrennbar damit verbunden, zur "Selbstveränderung" zu

befähigen, ersetzt sie dieses Bestreben durch die Ideologie, sie selbst verändere die Umstände "für" die Menschen, so hört sie auf, kommunistische Avantgarde zu sein.

Dies ist die ideologische Seite des Prozesses revisionistischer Entartung einer Partei. Für einen solchen Prozeß gibt es eine Reihe von objektiven und subjektiven Ursachen. Ein theoretischer Mangel, der diesen Prozeß beträchtlich begünstigen kann, besteht darin, daß die von Marx in der 3. Feuerbach-These dargelegten Zusammenhänge nicht begriffen werden. Daß man annimmt, die Veränderung der Umstände und die Veränderung der Menschen selbst seien getrennte Aufgaben, die zeitlich versetzt lösbar seien. Daß man annimmt, die Umstände seien im großen und ganzen im Sinne des Kommunismus verändert, sobald der sozialistische Staat die Produktionsmittel in Besitz genommen habe. Geht man von derartigen theoretischen Voraussetzungen aus, so verläßt man in einer Kernfrage den Boden des Marxismus, **ersetzt man den dialektischen durch einen mechanischen Materialismus.**

Marx und Engels haben sich ganz ausdrücklich und sehr scharf gegen die Vorstellung gewandt, die Veränderung der Umstände und die Veränderung der Menschen seien zwei getrennte Aufgaben. In der "Deutschen Ideologie" hielten sie Stirner, der diese Trennung freilich nicht von einem mechanisch-materialistischen, sondern von einem idealistischen Standpunkt aus vornahm, folgendes entgegen:

"Ihm steht die 'Umwandlung der Zustände' auf der einen und die 'Menschen' auf der ändern Seite, und beide Seiten sind ganz voneinander getrennt. Sancho denkt nicht im Entferntesten daran, daß die `Zustände' von jeher die Zustände dieser Menschen waren und nie umgewandelt werden konnten, ohne daß die Menschen sich umwandeln, und wenn es einmal so sein soll, 'mit sich' in den alten Zuständen 'unzufrieden' wurden." (MEW Band 3, Seite 363)

Wohlgemerkt: Das revolutionäre Programm von Marx und Engels besteht also darin, daß die Menschen sich umwandeln, weil sie mit sich in den alten Zuständen unzufrieden werden. Ein solches Programm verhält sich zu einem "Fürsorge-Sozialismus", in dem sich die Menschen in die von der wohlwollenden "Avantgarde" geschaffenen Zustände einzupassen haben, wie Feuer und Wasser!

Die Aufgabe einer marxistischen Avantgarde besteht gerade darin, systematisch und planmäßig jede Entwicklung zu fördern, die dazu beiträgt, daß die Menschen "mit sich in den alten Zuständen unzufrieden werden".

Dies gilt auch im Sozialismus; gerade in einer solchen die Selbsttätigkeit und Selbstveränderung fördernden Arbeit besteht die Aufgabe der Avantgarde beim Kampf um eine Gesellschaft ohne Klassenunterschiede.

Auf der Grundlage der künstlichen theoretischen Trennung zwischen den Menschen einerseits und den gesellschaftlichen Verhältnissen andererseits ist es unmöglich, ein theoretisch richtiges Menschenbild zu entwickeln, und ist es insbesondere unmöglich, einen richtigen Begriff des Klassenkampfes zu entwickeln. Auf dieser Grundlage kann weder der Übergang des Sozialismus in den Kommunismus noch sein Übergang in den Revisionismus richtig begriffen werden. Es ist letztlich der Klassenkampf, der darüber entscheidet, in welche Richtung der Sozialismus sich entwickelt. Gelingt es, diejenigen Kräfte entscheidend zu mobilisieren, die im kommunistischen Sinne "mit sich in den alten Zuständen unzufrieden sind"? Oder richten sich jene Kräfte, die auf der Grundlage des Fortbestehens der vertikalen Arbeitsteilung der bürgerlichen Gesellschaft "oben" sitzen, in diesen Zuständen ein, statt sie zu bekämpfen, und entwickeln sie auf dieser Grundlage bürgerliche Klasseninteressen, die sich als "**Fürsorge-Sozialismus**" tarnen?

Beide Entwicklungsrichtungen sind im Sozialismus möglich. Der Kampf gegen den revisionistischen Entwicklungsweg, der Kampf für die Behauptung und Stärkung der kommunistischen Orientierung, kann in der Übergangsgesellschaft nur dann richtig geführt werden, wenn der klassenmäßige Inhalt der einen wie der anderen Entwicklungsrichtung als solcher begriffen wird. Es ist ein ganz wesentlicher und praktisch überaus schädlicher Bestandteil der revisionistischen Ideologie, den klassenmäßigen Inhalt der Entartungsprozesse in den ehemals sozialistischen Ländern zu leugnen.

Die ungeheure praktische Bedeutung dieser Frage liegt heute unter anderem in folgendem: Aufgrund des Zusammenbruchs der meisten revisionistischen Länder machen die Kräfte des Revisionismus auf der Welt derzeit einen Umgruppierungsprozeß durch. Viele hören auf, Revisionisten zu sein, und verabschieden sich ins offen bürgerliche, insbesondere ins sozialdemokratische Lager. Andere nehmen zunehmend eine zentristische Position zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus ein. Aber auch diejenigen Revisionisten, die keine Sozialdemokraten werden wollen, aber ihre verderbliche Rolle in der Arbeiterbewegung als Revisionisten weiter spielen wollen, sind aufgrund der Umstände gezwungen, sich anders zu verhalten als früher.

Nachdem der Revisionismus an der Macht sich offen desavouiert hat, müssen sie diesem gegenüber eine "kritische" Haltung einnehmen. Sie sind gezwungen, sich "radikaler" zu geben; bei manchen schließt dies durchaus ein, daß sie wieder von "Diktatur des Proletariats" reden (was für sie eine leere Worthülse ist), daß sie Stalin "ausgewogener beurteilen" usw.

In dieser Situation besteht für die Kommunisten die Aufgabe, die Entwicklung der zentristischen Kräfte im marxistisch-leninistischen Sinne zu beeinflussen, zugleich aber in der scharfen Frontstellung gegenüber den Revisionisten (und zwar auch gegenüber denjenigen, die sich "radikal" geben) keinen Millimeter zurückzuweichen. Obwohl sich diese beiden Aufgaben gegenseitig bedingen, ist es nicht leicht, sie richtig zu lösen, da zwischen den zentristischen und den „radikal“-revisionistischen Kräften noch keine klare personelle Demarkationslinie besteht, da sie häufig noch ineinander übergehen. Wie sollen die Kommunisten in dieser Situation Kurs halten, wie sollen sie die Aufgabe lösen, sich einerseits gegenüber positiven Entwicklungen nicht sektiererisch zu verhalten, andererseits dem Revisionismus kein Zugeständnis zu machen? Denn Zugeständnisse an den Revisionismus können in der heutigen schwierigen Situation nicht nur das Erstarken der kommunistischen Parteien hemmen, sondern sie können zu deren Zerstörung führen!

Die Trennungslinie muß vor allem im praktischen Klassenkampf gezogen werden. Wer seine Rolle als "Kommunist" darin versteht, als "Avantgardist" wohlwollend und fürsorglich "für die Massen" tätig zu werden, wer nicht begreift, daß er als Kommunist zusammen mit seinen Kollegen kämpfen muß, daß er seine Kollegen zu denjenigen Kampfstritten mobilisieren muß, die sie zum gegebenen Zeitpunkt zu tun bereit sind, der ist und bleibt Revisionist. Und auch in theoretischer Hinsicht ist die Frage, in welchem Ausmaß sich jemand vom Fürsorge-Konzept des Revisionismus trennt, ein wichtiger Maßstab dafür, ob er sich in fortschrittlicher Richtung entwickelt oder lediglich den Revisionismus den Bedingungen der Zeit anpassen will.

In Bezug auf die Beurteilung der revisionistischen Länder bedeutet dies, daß eine fortschrittliche Kritik dieser Länder vor allem den klassenmäßigen Inhalt des Entartungsprozesses aufdecken muß. Geschieht das nicht, so hat es nicht den geringsten Wert, wenn der "Kritiker" Stalin "lobt" oder die "Diktatur des Proletariats anerkennt".

Enthält der Revisionismus etwas vom Sozialismus?

Kommen wir zu der These, der Revisionismus an der Macht enthalte etwas Fortschrittliches. Freilich enthält der Revisionismus etwas vom Sozialismus. Gewiß enthält er "etwas" davon, sonst wäre ein Übergang vom Sozialismus zum Revisionismus (**ohne äußeren Zwang als entscheidendem Faktor**) nicht möglich. Es geht darum, zu bestimmen, was er davon enthält.

Er enthält solche Elemente des Sozialismus, die der alten, bürgerlichen Gesellschaft entstammen.

Auf den ersten Blick mag diese These überraschend erscheinen. Gibt es im Revisionismus nicht eine staatliche Planung der Produktion, werden die Preise nicht staatlich festgelegt, und sind sie nicht häufig politische Preise (z.B. Subventionierung von Grundnahrungsmitteln), gibt es nicht eine führende (besser: alles erdrückende) Rolle einer im Namen des Kommunismus auftretenden Partei? Unabhängig davon, wie man diese Erscheinungen beurteilen mag, muß man zugeben, daß es diese Erscheinungen in der alten, bürgerlichen Gesellschaft so nicht gibt. Widerlegt das nicht unsere These, der Revisionismus enthalte solche Elemente des Sozialismus, die der alten, bürgerlichen Gesellschaft entstammen?

Zunächst einmal muß man sich hier nochmals verdeutlichen, daß der Sozialismus keine sozialökonomische Formation ist, sondern eine Übergangsgesellschaft, die Elemente von zwei sozialökonomischen Formationen enthält. Lenin sagte hierzu: "Theoretisch unterliegt es keinem Zweifel, daß zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus eine gewisse Übergangsperiode liegt, die unbedingt Merkmale oder Eigenschaften dieser beiden sozialökonomischen Formationen in sich vereinen muß. Diese Übergangsperiode kann nur eine Periode des Kampfes zwischen dem Sterbenden Kapitalismus und dem entstehenden Kommunismus oder, mit anderen Worten, zwischen dem besiegt, aber nicht vernichteten Kapitalismus und dem geborenen, aber noch ganz schwachen Kommunismus sein." (Lenin, Werke Bd. 30, S. 91)

Die sozialistische Staatsmacht vereint in sich in hohem Maße widersprüchliche Erscheinungen. Einerseits konzentriert dieser Staat eine ökonomische Macht in seinen Händen, wie es der Kapitalismus selbst in seinem staatsmonopolistischen Stadium nicht tut. Dies ist nötig, weil der Staat hier als ein Mittel fungiert, um sich aus den alten Zuständen der Zersplitterung der Volkswirtschaft in voneinander getrennte und gegeneinander konkurrierende Warenproduzenten herauszuarbeiten. Andererseits ist die Konstruktion dieses Staates auf sein eigenes Absterben berechnet, soll er durch die Räte immer mehr arbeitende Menschen zur gesellschaftlichen Leitung heranziehen und damit letztendlich die Gesellschaft von jeglicher Staatlichkeit befreien, die soziale Revolution von ihrer politischen Hülle befreien. ***Die sozialistische Staatsmacht ist eine Erscheinung, wie sie die Geschichte weder früher kannte noch später kennen wird, aber sie ist keine Kraft einer "dritten Art", sondern die Erscheinung einer eigentümlichen Verwobenheit von Kräften der Klassengesellschaft und der klassenlosen Gesellschaft.***

Entsprechendes kann auch für die Rolle der proletarischen Vorhut-Partei gesagt werden. Im Kapitalismus kann diese Partei selbstverständlich keine solchen Funktionen ausüben, wie sie es im Sozialismus tut, im Kommunismus aber wird

sie nicht mehr existieren. Ihre Existenz und ihre Rolle im Sozialismus ist einerseits Ausdruck davon, daß eine mächtige Kraft vorhanden ist, die die Gesellschaft in Richtung Kommunismus treibt, andererseits Ausdruck davon, daß der Keim des Kommunismus noch schwach ist, daß noch Klassenunterschiede existieren, daß noch längst nicht alle arbeitenden Menschen an der Leitung der Produktion und der gesellschaftlichen Angelegenheiten teilnehmen. Sie denkt und handelt nicht für Teilinteressen, sondern für das Ganze, für die Gesellschaft, stellt aber gleichzeitig nur einen Teil dar, und zwar auf der Grundlage, daß noch Klassenunterschiede bestehen, und sie unterliegt somit der Gefahr, eigene Teilinteressen zu entwickeln, die ihren Zweck gefährden, die der Abschaffung der Klassen zuwiderlaufen. Ein eigentümlicher Widerspruch, der zu Erscheinungen führt, die nur in dieser Übergangsgesellschaft auftreten können, Erscheinungen, die ebenfalls nicht auf sozialökonomische Kräfte einer "dritten Art" zurückzuführen sind.

Stellen wir dem den Revisionismus gegenüber. Auch hier haben wir eine staatliche Planung, die zwar schwächer sein mag als im Sozialismus, die jedoch viel weiter geht und etwas qualitativ anderes ist als die Einmischung des Staates in die Wirtschaft im staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Ist die Wirtschaftsplanung im Revisionismus fortschrittlich?

Im Sozialismus ist sie fortschrittlich, da sie den Keim des Kommunismus enthält, da die Orientierung an den gesellschaftlichen Bedürfnissen eine starke, wenn auch noch nicht die einzige, Triebkraft der Produktion ist. Im Revisionismus ist die Orientierung der Produktion an den gesellschaftlichen Bedürfnissen beseitigt, dient die Produktion den Interessen einer neuen Ausbeuterklasse, ist die Orientierung auf den Kommunismus beseitigt, werden die Klassenunterschiede aufgebläht statt abgeschwächt.

Unter diesen Umständen ist die staatliche Lenkung der Produktion parasitär und reaktionär.

Die Verwertung von Wert ist Triebkraft der Produktion. (1963 wurden im Gesetzblatt der DDR "Richtlinien für das Neue ökonomische System der Planung und Leitung" dekretiert, denen zufolge "das Streben der Betriebe und WB (Vereinigung Volkseigener Betriebe) nach einem hohen Gewinn identisch mit ihren Anstrengungen um eine hohe volkswirtschaftliche Leistung" sei.)

Dennoch wurden die Preise nach wie vor staatlich festgesetzt und bildeten sich nicht etwa auf einem Markt, kamen die Gewinne nicht dadurch zustande, daß die Produkte sich auf einem Markt behaupten mußten, sondern hauptsächlich dadurch, daß die Pläne und Lieferverpflichtungen gegenüber bürokratischen Instanzen als "erfüllt" abgerechnet werden konnten. War diese weitgehende Ausschaltung des Marktes jetzt noch fortschrittlich?

Keineswegs! Die Verwertung von Wert ist im Revisionismus alleinige Triebkraft der Produktion, doch es handelt sich nicht im vollen Sinn um einen Wert im Marxschen Sinn des Wortes, da er nicht über den Markt realisiert werden muß.

Er kann "politisch" realisiert werden, das heißt durch Beziehungen innerhalb des Staates, durch Seilschaften, durch Korruption. All dies führt zu Stagnation. Die Wirtschaft wird durch private Interessen dominiert, doch diese segeln nicht unter offener Flagge wie im Kapitalismus, sondern sie tarnen sich im Staat, und zwar als angeblich "gesellschaftliches" Interesse. Dies ist nicht fortschrittlich, es erschwert den Arbeitern vielmehr, die Verhältnisse als bürgerliche zu erkennen und auf Grundlage ihrer Klasseninteressen gegen diese Verhältnisse zu kämpfen.

Die Mechanismen des Eingreifens des Staates in die Wirtschaft gleichen in mancher Hinsicht denen des Sozialismus, doch im Unterschied zum Sozialismus ist der Staat nicht mehr politische Hülle einer sozialen Revolution, die früher oder später "weggeschleudert" werden wird: **Es ist nur noch die Hülle übriggeblieben.** Das Übrigbleiben dieser Hülle aber erleichtert es nicht etwa, den früheren Inhalt (die Orientierung auf die Abschaffung der Klassenunterschiede, der bürgerlichen Produktionsverhältnisse, Verkehrsverhältnisse und Ideen) wiederherzustellen, sondern **erschwert es.** Sie erschwert es, indem es der Ware und den ihr entsprechenden bürgerlichen Verhältnissen verwehrt wird, sich allein auf ihrer eigenen Grundlage zu bewegen und durch die Logik dieser Bewegung die Frage der Aufhebung dieser bürgerlichen Verhältnisse offen auf die Tagesordnung zu setzen. ***Diese Hülle ist daher nicht fortschrittlich, sondern vom Standpunkt der Gesamtbewegung des proletarischen Klassenkampfes aus noch reaktionärer als der Kapitalismus selbst.***

Je mehr Zugeständnisse und Kompromisse der Staat im ökonomischen Bereich machen muß (liberale Wirtschaftsreformen), desto stärker baut er seine Stellung im politischen Bereich aus, **will er die gesamte Gesellschaft lückenlos beherrschen.** Unter dem Vorwand, den angeblichen "Sozialismus" zu verteidigen, **wird ein lückenloser Überwachungsstaat aufgebaut, wird jede Regung der Menschen, die nicht vom Staat initiiert ist, argwöhnisch beäugt und registriert, um bei Bedarf repressiv dagegen vorzugehen.**

Auf diese Weise erreicht der revisionistische Staat aber nur, daß der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung die offen bürgerliche Ordnung als erstrebenswert erscheint. Die Unterordnung unter die unpersönliche Macht der Ware und ihre Verwertungslogik erscheint erstrebenswert gegenüber der persönlichen Unterordnung unter die herrschenden Revisionisten und ihre Staatssicherheit, die umso mehr bestrebt sind, jede Lebensäußerung der Menschen zu diktieren, zu reglementieren oder zu unterdrücken, je schwächer ihre Herrschaft wird.

Ist daran etwas Fortschrittliches?

Um die Herrschaft der neuen Ausbeuterklasse zu behaupten, wird auch die führende Rolle der angeblich "kommunistischen" Partei mit einem System von Lügen und Terror behauptet. Ist daran etwas Fortschrittliches?

Die führende Rolle der Partei dient im Sozialismus dazu, die Werktätigen zur unmittelbaren Leitung heranzuziehen und in letzter Konsequenz mit den Klassen und dem Staat auch die Partei zum Absterben zu bringen. Die führende Rolle der revisionistischen Partei soll dem Zweck dienen, die Herrschaft einer sehr kleinen Gruppe, die sich als vermeintliche "Erzieher" "über die Gesellschaft erhaben" dünkt, auf alle Zeiten zu verfestigen.

Ist daran etwas Fortschrittliches?

Wie aber steht es mit denjenigen sozialen Errungenschaften der Arbeiter, die ihnen im Revisionismus verblieben sind?

Die Revisionisten waren gezwungen, eine "Fürsorge"-Politik über den Grad dessen hinaus zu betreiben, was das Kapital normalerweise toleriert, um die Diskrepanz zwischen ihren Worten und ihren Taten nicht allzu krass spürbar werden zu lassen.

Wir bestreiten also keineswegs, daß die Arbeiter beim Übergang vom Revisionismus zum Kapitalismus einiges zu verlieren hatten. Dies zeigte sich z.B. in der DDR sehr klar. Doch wenn die Frage aufgeworfen wird, ob der Revisionismus etwas Fortschrittliches an sich hat, kann es nicht hierum gehen. Es geht vielmehr um die Frage, ob der Revisionismus Elemente enthält, die zum Voranschreiten in die Richtung beitragen können, die von den Produktivkräften objektiv auf die Tagesordnung gesetzt wird: Zur Vergesellschaftung, zur Beherrschung der Produktion und der menschlichen Verhältnisse durch die Menschen, zur Überwindung von Ware und Staat, zur Überwindung aller Klassenunterschiede.

Und diese Frage ist klar zu verneinen.

Der Revisionismus erleichtert das Voranschreiten in diese Richtung nicht, sondern er erschwert es.

Bleibt die Frage nach dem Außenhandelsmonopol des Staates, welches von der Diktatur des Proletariats durchgesetzt worden war und unter revisionistischen Bedingungen weitgehend erhalten blieb. Ist in diesem Außenhandelsmonopol nicht etwas Fortschrittliches zu sehen?

In gewisser Weise ja, denn dieses Außenhandelsmonopol stellte auch unter revisionistischen Bedingungen noch einen gewissen (wenn auch sehr eingeschränkten!) Schutz gegen das ökonomische Vordringen des westlichen Imperialismus dar. Es schützte die Produktivkräfte davor, von den aggressiven Batterien der produktiver produzierenden westlichen Industrieländer in Grund und Boden geschossen zu werden, was heute, nach dem Zusammenbruch der revisionistischen Länder, geschieht.

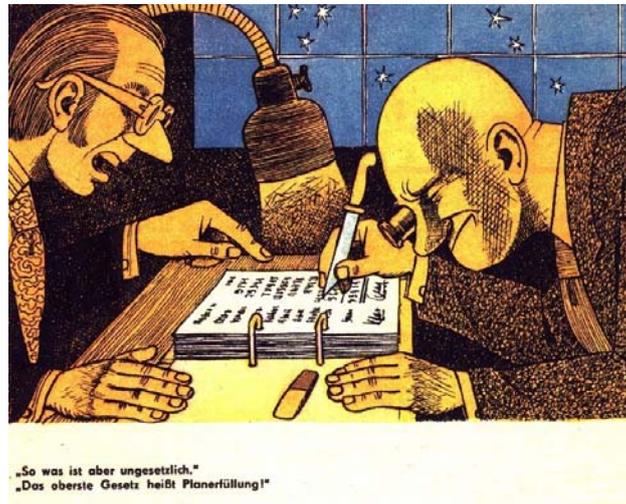
Allerdings wurden die Produktivkräfte durch die revisionistischen Produktionsverhältnisse zugleich auch gehemmt. Das Außenhandelsmonopol schützte nicht nur die Produktivkräfte, sondern es schützte auch die Produktionsverhältnisse, die die Produktivkräfte wiederum hemmten. Der sich enorm ausbreitende Parasitismus und Bürokratismus, die gesamte innere Logik der Entwicklung des Revisionismus führte gesetzmäßig zum ökonomischen Vordringen des westlichen Imperialismus und untergrub damit auch die Bedingungen des Außenhandelsmonopols immer mehr. Das Außenhandelsmonopol ist also nicht etwa eine "Errungenschaft des Revisionismus", sondern es wird durch den Revisionismus nach und nach zugrunde gerichtet. Als drastisches Beispiel sei die „segenreiche“ Tätigkeit eines Schalck-Golodkowski genannt, die keineswegs ein Alleingang war, sondern grundsätzlich im Auftrag des SED-Politbüros erfolgte. Man brauchte die "Hilfe" des Westens, und der Westen war auch bereit, das SED-Regime zu "stützen", aber so, wie der Strick den Gehängten "stützt".

Der Revisionismus ist noch kein fertiger Kapitalismus, sondern eine Übergangsgesellschaft, die notwendig im Kapitalismus münden muß.

Jedenfalls dann, wenn die Arbeiterklasse nicht zuvor durch eine erneute bewaffnete Revolution die revisionistische Staatsmacht zerschlägt und erneut ihre Klassendiktatur errichtet. Die Bedingungen dafür aber sind, wie schon gesagt, im Revisionismus wesentlich schlechter als im Kapitalismus.

Im Revisionismus sind einige Formen des Sozialismus bestehen geblieben. Formen, die im Sozialismus einerseits den Kampf und andererseits die (relative) Einheit zweier entgegengesetzter sozialökonomischer Formationen ausdrücken. Diese Erscheinungen waren bereits im Sozialismus so beschaffen, daß sie neben der Möglichkeit des Voranschreitens zum Kommunismus gleichzeitig auch die Möglichkeit der Stagnation und Fäulnis zum Ausdruck brachten. Beispielsweise ist die enorme ökonomische Macht, die der sozialistische Staat in seinen Händen konzentriert, nur dann fortschrittlich, wenn gleichzeitig die Orientierung auf das Absterben dieses Staates und überhaupt auf die Beseitigung aller bürgerlicher Verhältnisse und Ideen besteht. Geht diese Orientierung verloren, so bleibt zwar eine Form bestehen, die so im vollendeten Kapitalismus nicht besteht, doch diese Form drückt nicht mehr den Kampf zweier

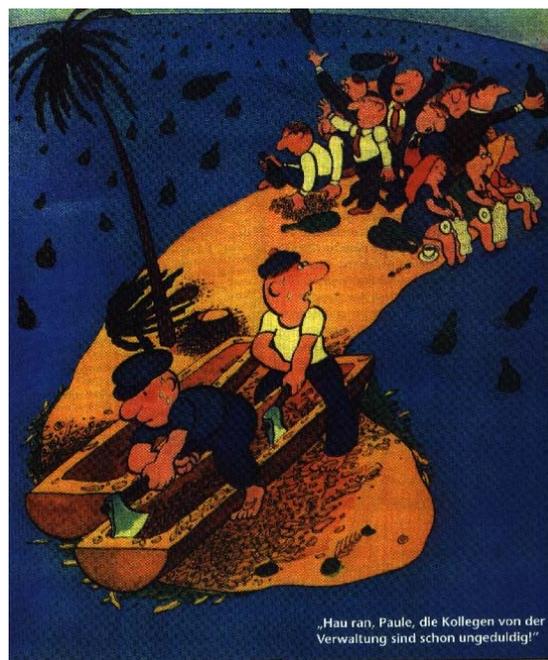
sozialökonomischer Formationen aus, sondern ist nur noch Ausdruck der alten Gesellschaft, der Ausbeutergesellschaft, die zwar noch nicht alle Merkmale des Kapitalismus angenommen hat, diese aber mit gesetzmäßiger Notwendigkeit annehmen muß. Entsprechendes gilt auch für die anderen Formen des Revisionismus, die er mit dem Sozialismus gemeinsam hat.



Der Kampf, den Revisionisten für die Aufrechterhaltung der revisionistischen Ausbeuter- und Unterdrückerordnung führen, erleichtert nicht etwa die Kampfbedingungen des Proletariats, sondern erschwert sie.

Wenn heute in den Ländern des Ostens die Masse der Menschen voll Hoffnung auf den Westen, auf Marktwirtschaft und bürgerliche "Demokratie" blicken, so ist dies die Frucht des verderblichen Wirkens der Revisionisten. Natürlich haben die Kommunisten die Aufgabe, diesen Illusionen unter den Massen entgegenzutreten, doch dies kann man nur dann überzeugend tun, wenn man keinen Zweifel daran läßt, **daß man zu den Vertretern der revisionistischen Ordnung einen unversöhnlichen Trennungsstrich gezogen hat.**

Die arbeitenden Menschen in den ehemals revisionistischen Ländern wurden jahrzehntelang in dem Geist "erzogen", daß andere für sie handeln. Die herrschenden Revisionisten ihnen ja unentwegt eingehämmert, sie, die "ruhmreichen Führer", seien die "über die Gesellschaft erhabenen Erzieher" und würden alles "gut" regieren, die arbeitenden Menschen hätten sich nur passiv zu verhalten. **Dieser Geist prägte die gesamte revisionistische Gesellschaft** und wirkt heute bis zu einem gewissen Grad noch fort. Die Verhältnisse aber werden die Arbeiter zwingen, um ihre elementaren Interessen selbst zu kämpfen. Nur in diesem Kampf wird sich erneut eine proletarische Avantgarde formieren können.



Die revisionistische Entartung ist ein langwieriger Prozeß

Der außergewöhnlich rasche Übergang der PAAlbaniens zum offenen Revisionismus und sodann zum Sozialdemokratismus zeigt einmal mehr, daß kommunistische Parteien stets von der Gefahr bürgerlicher Entartung bedroht sind. Gleichzeitig haben wir zu zeigen versucht, daß ein solch erdrutschartiger Sieg des Revisionismus über den Sozialismus nur stattfinden kann, *wenn er durch eine lange Entwicklung vorbereitet wurde*. Durch eine Entwicklung, in deren Verlauf die kommunistische Partei ihren Charakter als Partei der Arbeiterklasse einbüßt und objektiv die Interessenvertreterin einer privilegierten Schicht wird, wobei es eine Frage von sehr untergeordneter Bedeutung ist, in welchem Ausmaß ein solcher Prozeß, wenn er stattfindet, von den daran beteiligten Personen begriffen wird. Der Revisionismus mag ab einem bestimmten Zeitpunkt zu einem bestimmten ökonomischen System führen. (In Albanien hatten die Revisionisten nicht mehr die Zeit, ein solches System zu errichten, doch in der Sowjetunion und den mit ihr verbundenen Ländern bestand es fast 30 Jahre.) Die Revisionisten mögen früher oder später ein mehr oder minder geschlossenes System von theoretischen Auffassungen entwickeln, welches häufig gemeint ist, wenn man von "dem Revisionismus" spricht; theoretische Auffassungen, die als marxistisch-leninistisch ausgegeben werden, die aber den Marxismus-Leninismus in wesentlichen Punkten nicht nur verfälschen, sondern geradezu in sein Gegenteil verkehren. Die Wurzeln des Revisionismus liegen jedoch tiefer: **Es sind die Muttermale der alten Gesellschaft, die dem Sozialismus noch anhaften, insbesondere der Unterschied von Kopf- und Handarbeit, von leitender und ausführender Tätigkeit.** Diese Muttermale sind es, die bei einer bestimmten, negativen Entwicklung des Klassenkampfes den Sozialismus zu Fall bringen. Sie sind es, die dazu führen können, daß die kommunistische Partei ihren Charakter ändert. Will die Partei wirklich Vorhut der Klasse sein, so muß ihr Denken und Handeln stets darauf gerichtet sein, einen möglichst großen Teil der Klasse und der übrigen Werktätigen zum unmittelbaren Leiten der Wirtschaft, des Staates und überhaupt aller gesellschaftlichen Angelegenheiten zu befähigen.

Geht diese Orientierung verloren, verfestigt die Politik der Partei unter dem Vorwand der "Fürsorge für die Menschen" die Klassenunterschiede, anstatt sie nach und nach zu verringern und schließlich zu beseitigen, so verwandelt sich die kommunistische Partei nach und nach in eine revisionistische. Im Verlauf dieses Prozesses reden die Revisionisten freilich nach wie vor von "führender Rolle der Partei", doch der Inhalt dieser Losung verändert sich geradezu ins Gegenteil: Unter Führung wird nicht mehr verstanden, daß die Vorhut die ganze Klasse auf die Höhe ihrer geschichtlichen Aufgabe hebt und sich damit letztlich selbst aufhebt, **sondern** daß die Partei über der Klasse und allen Werktätigen thront, auf alle Ewigkeit die Macht für sich monopolisiert.

Obwohl die Partei im Kampf gegen den modernen Revisionismus entstanden ist, können wir nicht sagen, daß wir diese Zusammenhänge früher wirklich begriffen haben. Unter "Revisionismus" wurde, sofern vom Revisionismus an der Macht die Rede war, entweder das revisionistische Gesellschaftssystem oder die revisionistische Ideologie verstanden. Die historischen Wurzeln dieses Gesellschaftssystems und dieser Ideologie wurden jedoch nicht oder zumindest völlig unzureichend begriffen. Der Sieg der Revisionisten wurde hauptsächlich dadurch erklärt, daß sie mittels eines Putsches die Macht ergriffen haben. Nun ist es so, daß ein solcher Putsch in der Sowjetunion tatsächlich stattgefunden hat, und zwar unmittelbar nach Stalins Tod; in den anderen Ländern haben die sowjetischen Revisionisten sodann kräftig "mitgeholfen". **Doch wie konnte es zu einem solchen Putsch kommen?**

Und: Wie war es möglich, daß auch diejenigen Kräfte, die sich früher oder später gegen die Putschisten stellten, derart demoralisiert waren, daß sich bis heute keine in Form einer Partei organisierte kommunistische Kraft gegen den Revisionismus stellte? Daß die tiefe Krise und schließlich der Verfallungsprozeß des Revisionismus in all diesen Ländern lediglich vom Kapitalismus genutzt werden konnte, während die Idee des Kommunismus in der öffentlichen Meinung in all diesen Ländern zutiefst diskreditiert ist?



All diese Folgen des revisionistischen Verrats können nicht allein durch einen Putsch erklärt werden, sondern nur durch eine revisionistische Entwicklung im Rahmen der sozialistischen Ordnung selbst, die früher oder später zum Untergang des Sozialismus führt, wobei im Rahmen dieses Prozesses auch ein Putsch stattfinden kann.

Reduziert man eine revisionistische Entwicklung ganz oder vorwiegend auf das subjektive Handeln einzelner Personen, und noch dazu in einer ganz bestimmten Situation, so ist dies Subjektivismus.

Als Materialist muß man **von den Klasseninteressen der Revisionisten** sprechen und diese aufdecken. Man muß aufdecken, daß eine bestimmte Schicht, die sich zu **einer neuen Ausbeuterklasse** entwickelt (eben dieser Übergang macht den Prozeß revisionistischer Entartung aus), die Wirtschaftsordnung dirigiert. Ob die politischen Vertreter dieser Schicht die klassisch-revisionistischen "Wirtschaftsreformen" wollen oder nicht, ist völlig unerheblich.

Diese Reformen, die die Weichen ökonomisch in Richtung Kapitalismus stellen, werden an einem bestimmten Entwicklungspunkt dieses Prozesses notwendig, aber nur deshalb und nur insofern notwendig, als das Handeln der Produzenten ausgeschlossen ist. Das Handeln der Produzenten ist aber gerade deshalb ausgeschlossen, weil die zum Revisionismus übergehende Partei dieses Handeln nicht mehr anstrebt, sondern gerade verhindert, weil die Partei zunehmend die Interessen der privilegierten Schicht verteidigt. Nur eine solche Betrachtungsweise ist vom proletarischen Standpunkt aus parteilich. Gibt man sich hingegen mit der Annahme "unüberwindlicher geschichtlicher Tendenzen" zufrieden, so verteidigt man den Revisionismus und damit die Konterrevolution, die Kräfte der alten Ordnung, und nimmt man faktisch einen bürgerlichen Standpunkt ein, indem man die bürgerlichen Verhältnisse letztlich für ewig und unveränderlich erklärt.

Von entscheidender Bedeutung für die Frage, ob eine revisionistische Entartung eines sozialistischen Landes verhindert werden kann, ist die **Entwicklung der kommunistischen Partei** dieses Landes: Fördert diese Partei die Selbsttätigkeit der Werktätigen, oder steht sie dieser Selbsttätigkeit im Wege? Ist die Partei mit der Klasse und den sonstigen Werktätigen eng verbunden, ist die Politik der Partei darauf ausgerichtet, daß die werktätigen Massen sich anhand ihrer eigenen Erfahrungen von der Notwendigkeit und Nützlichkeit des Sozialismus und dann auch des Kommunismus überzeugen, oder entwickeln die Partei und ihre Führer nach und nach ein funktionales Verhältnis zu den Massen, **betrachten sie die Massen als Manövriermasse der Führer**? Tun sie letzteres, so reproduzieren sie das bürgerliche Verhältnis der Teilung zwischen Kopf- und Handarbeit, zwischen leitender und ausführender Tätigkeit, und dieses

bürgerliche Produktionsverhältnis kann auf die Dauer nicht ohne die anderen bürgerlichen Produktionsverhältnisse, insbesondere ohne das Kapitalverhältnis, existieren.



Der revisionistische Prozeß ist den Beteiligten zumeist nicht bewußt

Dieser revisionistische und somit konterrevolutionäre Prozeß wird von den Beteiligten zumeist nicht begriffen, da er *fließend erfolgt*; auch die Diktatur des Proletariats konnte sich nicht auf die ganze Arbeiterklasse stützen, auch sie mußte sich mitunter gegen Arbeiter richten, die gegen die objektiven Klasseninteressen handelten. Der Umstand, daß bestimmte Begriffe des Marxismus-Leninismus nicht offiziell begraben, sondern "lediglich" ausgehöhlt und schließlich *in leere Worthülsen entgegengesetzten Inhalts verwandelt werden*, bedingt ebenfalls, daß der reale Prozeß vor den daran Beteiligten verborgen wird, und zwar auf beiden Polen der Gesellschaft, bei den Werktätigen und bei der privilegierten, herrschenden Schicht bzw. Klasse. Der "Marxismus-Leninismus", den die Revisionisten im Munde führen, ist keine Wissenschaft, sondern eine Ideologie im ursprünglichen, marxischen Sinne des Wortes:

"Die Ideologie ist ein Prozeß, der zwar mit Bewußtsein vom sogenannten Denker vollzogen wird, aber mit **einem falschen Bewußtsein**. Die eigentlichen Triebkräfte, die ihn bewegen, bleiben ihm unbekannt; sonst wäre es eben kein ideologischer Prozeß. Er imaginiert sich (stellt sich vor) also falsche resp. scheinbare Triebkräfte. Weil es ein Denkprozeß ist, leitet er seinen Inhalt wie seine Form aus dem reinen Denken ab, entweder seinem eignen oder dem seiner Vorgänger. *Er arbeitet mit bloßem Gedankenmaterial*, das er unbesehen als durchs Denken erzeugt hinnimmt und sonst nicht weiter auf einen entfernten, vom Denken unabhängigen Ursprung untersucht, und zwar ist ihm dies selbstverständlich, da ihm alles Handeln, weil durchs Denken vermittelt, auch in letzter Instanz im Denken begründet erscheint." (Engels, MEW Band 39, S. 97)



Nicht die Kraft und Initiative der Volksmassen, sondern das Geld ist der Motor der Geschichte. Titel der Illustration ist „die mächtige Lokomotive“, der Kessel der Lok besteht aus Rubel-Stücken.
(Aus einer sowjetischen Zeitschrift)

Den Revisionisten erscheint ihr Denken nicht als eine Revision des Marxismus, sondern als seine Anwendung auf die konkreten Verhältnisse, und der Umstand, daß diese Verhältnisse Verhältnisse der Herrschaft einer neuen Ausbeuterklasse sind, ist ihnen auf der begrifflichen Ebene keineswegs bewußt; es würde den Klasseninteressen der neuen Ausbeuter gerade zuwiderlaufen, daß dieser Prozeß begrifflich bewußt würde.

Die Revisionisten lebten jahrzehntlang in einer sozialistischen Gesellschaft, haben sich daran gewöhnt, daß in allen gesellschaftlichen Bereichen marxistisch-leninistische Termini gebraucht werden. Ihr subjektives Handeln entspricht zwar den bürgerlichen Produktions- und Lebensverhältnissen und dem Interesse der privilegierten Schicht, diese Verhältnisse wieder als herrschende Verhältnisse durchzusetzen; doch das Kräfteverhältnis ist noch nicht so, daß dieser Kampf bereits unter offener Flagge stattfinden könnte, sondern er **bedient sich** der alten marxistisch-leninistischen Termini.

An der Oberfläche ändert sich also zunächst nichts; man 'übernimmt' ' die alten Begriffe, verändert und entstellt sie' 'nur' da, wo dies erforderlich ist, um die neuen Ausbeutungsverhältnisse zu rechtfertigen und gleichzeitig zu verschleiern. Die Kritik des Revisionismus ist folglich höchst unvollständig und bleibt selbst im schlechten Sinne ideologisch, wenn sie sich auf eine Kritik der Verfälschung der marxistischen Begriffe beschränkt, anstatt die realen Verhältnisse und Triebkräfte aufzudecken, die dieser Verfälschung zugrundeliegen.

Würden die Revisionisten wirklich die Verfechtung "revisionistischer Thesen" "in das Zentrum ihres Kampfes stellen", so wäre der Kampf für die Verteidigung des Sozialismus relativ einfach: Man müßte nur - koste es, was es wolle! - jegliche Verwässerung der marxistisch-leninistischen Begriffe verhindern, und dann kann nichts Schlimmes passieren!

Hier könnte auch eine Erklärung dafür liegen, warum Parteien, die selbst schon in hohem Maße durch den Revisionismus zerrissen waren, eine Zeit lang als Vorkämpfer gegen den Revisionismus erscheinen konnten, vor allem die **KP Chinas**. Der Kampf ("die Polemik um die Generallinie") wurde **vor allem um die Frage von Begriffen geführt**, wobei das Hauptaugenmerk nicht daraufgerichtet wurde, ob diese Begriffe wirklich allseitig verteidigt wurden. Ob man solche Worte wie Diktatur des Proletariats "anerkennt", erschien dabei häufig als Trennungslinie zwischen Revolution und Konterrevolution; die Frage, aus welchen klassenmäßigen Interessen diese Worte "verteidigt" wurden, geriet dabei häufig in den Hintergrund oder wurde gar nicht aufgeworfen.

Revisionisten aber lehnen Gewaltanwendung und überhaupt diktatorische Mittel zur Sicherung ihrer Macht keineswegs ab, sondern machen - weil ihre Macht ökonomisch und politisch labil ist - davon sogar sehr regen Gebrauch, und sie scheuen sich wie gesagt nicht, diese ihre konterrevolutionäre Gewalt als "Diktatur des Proletariats" zu verleumden. Als Beispiel sei nur angeführt, wie die chinesischen Revisionisten die "Diktatur des Proletariats" auf dem Tjjan-anmen-Platz "verteidigten"! Wirft man die Frage nach der Orientierung auf die Selbsttätigkeit der Gesellschaftsglieder nicht in aller Schärfe auf, so ist es kaum möglich, diese Demagogie wirklich überzeugend zu entlarven.

Der Revisionismus ist eine Gefahr, die kommunistische Parteien an der Macht stets bedroht, und zwar nicht in erster Linie als eine von außen, von außerhalb des Sozialismus kommende Kraft, sondern als eine Kraft, die ihre Wurzeln im Sozialismus selbst hat.

Die Fremdbestimmung über die Massen ist ein Wesensmerkmal des Revisionismus

Halten wir fest: Ein Wesensmerkmal des Revisionismus, gleich welcher Prägung, ist ein funktionales Verhalten zu den werktätigen Massen, eine Haltung der Fremdbestimmung über sie, die Einstellung, sie als Manövriermasse zu betrachten. Sie sollen nicht anhand ihrer eigenen Erfahrungen durch die Partei zur Selbsttätigkeit im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts, im Sinne der Vergesellschaftung, erzogen werden, sondern sie sollen "die richtigen Losungen der Partei aufgreifen", andernfalls sind sie reaktionär und müssen eben noch entsprechende Erfahrungen machen, um zu sehen, daß "die Partei schon recht hat". Entsprechendes gilt innerhalb der Partei: Der Revisionismus ist nicht bestrebt, möglichst alle Parteimitglieder in die Lage zu versetzen, aktiv an der Erörterung und Entscheidung aller Fragen der Parteilinie und Parteientwicklung teilzunehmen, sondern er degradiert die Parteimassen zu Befehlsempfängern der Führung.

Die Fremdbestimmung über die Massen ist selbstverständlich kein Kriterium, das den Revisionismus von anderen bürgerlichen Strömungen unterscheidet, sondern im Gegenteil ein Kriterium, das er mit allen anderen bürgerlichen Strömungen gemeinsam hat. Dies zeigt gerade, daß der Revisionismus eine bürgerliche Strömung ist. Eine Strömung, die in kommunistischen Parteien sozialistischer und kapitalistischer Länder wirkt, die geeignet ist, diese Parteien in

bürgerliche Parteien zu verwandeln, wenn ihr nicht rechtzeitig entgegengetreten wird. Der hohe Grad an Disziplin, der in kommunistischen Parteien erforderlich ist, kann von dieser bürgerlichen Strömung sehr leicht ausgenutzt werden, wenn die Form vom Inhalt gelöst wird, wenn die Disziplin von einer freiwilligen Disziplin bewußter Kämpfer in Kadavergehorsam verwandelt wird, wenn die Partei und ihre Normen vom Kampf der Klasse losgelöst werden.

Dies alles freilich verliert man aus den Augen, wenn die Trennungslinie, zum Revisionismus formal gezogen wird, wenn sie an der Anerkennung bestimmter Worte ("gewaltsame Revolution", "Diktatur des Proletariats", "führende Rolle der Partei") anknüpft, anstatt allseitig die diesbezüglichen Begriffe zu verteidigen und vor allem im realen Leben anzuwenden.

Eine Kritik des Revisionismus muß insbesondere auch die inneren und äußeren sozialen Triebkräfte aufdecken, die ihn hervorrufen. Geschieht dies nicht, so wird die scheinbar so konsequent gezogene Trennungslinie zum Revisionismus nicht nur verwischt, sondern es besteht die Gefahr, daß man selbst zum Revisionismus übergeht.

Kritik und Selbstkritik - ein Entwicklungsgesetz der Kommunistischen Partei

Nur solche Parteien, die restlos an das werktätige Volk glauben und denen das Volk unbegrenztes Vertrauen schenkt, können die millionenköpfigen Volksmassen zur Revolution führen, die unausbleiblich mit gewaltigen Opfern verbunden ist.

Kritik und Selbstkritik sind jene revolutionären Waffen, jene erprobte Methode, mit der die marxistischen Parteien alles Fremde, alles bürgerliche, das noch in ihren Reihen eindringt, schonungslos vertreiben. Kritik und Selbstkritik sind nur revolutionären, marxistisch-leninistischen Parteien eigen. Die Kommunistischen Parteien unterscheiden sich insbesondere dadurch von den revisionistischen, reformistischen Parteien, daß sie akut gewordene Fragen niemals umgehen, sie nicht vertuschen und nicht verkleistern, sondern stets offen, gründlich und prinzipiell ihre Fehler aufdecken und kritisieren, aus der Kritik und Selbstkritik neue Kräfte, neue Energie für die Verbesserung ihrer Tätigkeit, für ihre Entwicklung schöpfend. Die bürgerlichen und die revisionistischen Parteien begründen ihre gesamte Tätigkeit auf dem Belügen des Volkes, auf dem Betrug der Volksmassen. Deshalb fürchten sie auch das Volk, deshalb wagen sie es auch nicht, mit ihrer Tätigkeit offen und ehrlich vor das Gesicht des Volkes zu treten. Es ist ganz logisch, daß sich die Kommunistische Partei nicht als revolutionäre Parteien erhalten können, wenn sie eines der grundlegenden Prinzipien ihrer Existenz, die Kritik und Selbstkritik, in Vergessenheit geraten lassen oder verletzen, denn das würde bedeuten, daß sie ihre Verbindung mit den Massen zerreißen, d.h. die Partei zugrunderichten!

Den Kommunisten sind Dünkel, Hochmut, Überheblichkeit, Bürokratismus, Prahlerei, Schmeichelei, Selbstzufriedenheit und Isolierung von den Massen ihrem Wesen nach fremd.

Die Partei geht zugrunde, wenn sie ihre Fehler verheimlicht, wunde Punkte vertuscht, ihre Unzulänglichkeiten bemäntelt, indem sie ein falsches Bild wohlgeordneter Zustände zur Schau stellt, wenn sie keine Kritik und Selbstkritik duldet, sich von dem Gefühl der Selbstzufriedenheit durchdringen läßt, sich dem Gefühl der Selbstgefälligkeit hingibt und auf ihren Lorbeeren auszuruhen beginnt.

"Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern", sagt Lenin, "ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die tatsächliche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen. Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen - das ist das Merkmal einer ernsten Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten, das heißt Erziehung und Schulung der Klasse und dann auch der Masse." (Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, S.703.)

Und ferner:

"Alle revolutionären Parteien, die bisher zugrunde gegangen sind, gingen daran zugrunde, dass sie überheblich wurden und nicht zu sehen vermochten, worin ihre Kraft bestand, dass sie fürchteten, von ihren Schwächen zu sprechen. Wir aber werden nicht zugrunde gehen, weil wir nicht fürchten, von unseren Schwächen zu sprechen, und es lernen werden, die Schwäche zu überwinden." (Lenin, sämtliche Werke, Bd. XXVII, S. 260/61 russ.)

Selbstkritik ist ein Zeichen der Stärke der Partei, nicht ihrer Schwäche. Grenzenlose Ergebenheit der Arbeiterklasse gegenüber, unerschütterlicher Glaube an ihre Kräfte, unbezwingbarer Wille zum Kampf und die Bereitschaft, beliebigen Schwierigkeiten mutig entgegenzugehen und auf dem Weg zum Ziel beliebige Hindernisse niederzureißen, dies sind die hervorstechenden Eigenschaften der revolutionären Kämpfer, die von den marxistischen Parteien auf der Grundlage von Kritik und Selbstkritik erzogen werden.

Jede Genossin, jeder Genosse hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, wenn sie bzw. er einen Fehler in der Arbeit der Partei bemerkt zu haben glaubt, auf diesen Fehler hinzuweisen. Das gilt auch dann, wenn sich hinterher bei der Überprüfung die Sorge als unbegründet herausstellt. Durch diese verantwortungsbewußte Wachsamkeit der Parteimitglieder und -freunde wird die korrekte Linie der Partei überwacht und gesichert.



Artikel aus der illegalen Zeitung der KPD/ML-Sektion DDR ROTER MORGEN

Lesen und weitergeben!

Kein zusätzlicher Arbeitstag am 28. 10.!

Die Arbeit ist mit vieler Mühe zu schaffen. In Vorbereitung des 30. Jahrestages der Gründung der DDR soll jeder ein Arbeitstag ruhigen, damit die Planrückstände aufgehoben werden, damit die Profite unserer Betriebe stimmen. Das alles heißt ein beschleunigtes Leben darauf, was die Vorbereitung des 30. Jahrestages angeht. Mit allen Mitteln soll aus den Arbeitsstätten mehr rausgeholt werden, wobei sie nie immer demagogisch behaupten, daß dies zu weniger oder Nichts sei. Nun, wenn der Arbeiter bestimmen würde, was und für was produziert wird, dann ist das richtig. Aber kein Bauer kann ein Schweinehirt, kein Arbeiter ein Profiteur sein. Deshalb bestimmen die Profiteure der ungeliebten Besse die RICH und unsere eigene Energiepolitik, die bei jeder wirtschaftlichen Abhängigkeit von Moskau ja auch keine schlechte Scheibe macht. (Kühe darf auch das Amt der RICH - Konsumminister der sozialistischen Vorkämpfer", Seite 2.)

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Mittwoch, den 28. Oktober 1980 2. Jahrgang, Nummer 177

Adolf Hennecke — damals und heute?

Es ist 30 Jahre her. Im Oktober 1948 forderte der Bergmann Adolf Hennecke in einer Rede 24 Quadratkilometer Hektarfläche statt 6,2 Quadratkilometer. 287 Prozent mehr als die Norm. „Nordenkraker“ sagten viele. „Vor uns kommen wir voran!“ riefen hier weidliche. Und doch — damals stimmte es. Wie sah es denn aus in dieser Zeit?

1948...

... war eine der schlimmsten Hungerjahre nach dem Krieg. Die Tage vor dem Herbstfest war das lebens-trennende Problem in den Fabriken der Arbeiter und anderen einfachen Werktätigen. Lebensmittel und andere Dinge der täglichen Bedarf, waren raritäten. Ein Tatkundiger konnte zwischen 200 und 300 Mark. Die schwarze Markt konnte, die Erträge im Bergbau war noch zum großen Teil unrentabel, die Produktion in den Betrieben, die Erträge im Landwirtschaftlichen waren nicht einmal geringfügig zu erhöhen. In diesen Jahren hatten die Arbeiter in den Betrieben keine Möglichkeit, den Lebensstandard zu erhöhen. Die Arbeiter in den Betrieben waren nicht nur schlecht bezahlt, sondern sie waren auch schlecht versorgt. Die Arbeiter in den Betrieben waren nicht nur schlecht bezahlt, sondern sie waren auch schlecht versorgt. Die Arbeiter in den Betrieben waren nicht nur schlecht bezahlt, sondern sie waren auch schlecht versorgt.

Foto: ...

Mai 1980:

Korruption in der DDR: Die großen und die kleinen Gauner

Da hat es einer geschafft, über dreieinhalb Jahre ein Luxusleben zu führen, ohne einer geregelten Arbeit nachgegangen zu sein. Sein durchschnittliches monatliches "Einkommen" betrug in dieser Zeit rund 9000 Mark, wenn man den von der Staatsanwaltschaft ermittelten Gewinn aus seinen "Geschäften" von ca. 38.000 Mark als Realität ansieht. Die Dunkelziffer liegt sicher darüber, aber schon 9000 Mark sind für einen einfachen Werktätigen eine traumhafte Summe. Gemeint ist ein Herr Bernd Gankzow - "(...) ein eleganter Asozialer, der im roten Volvo umherfuhr (...) der mit kaum zu überbietender Skrupellosigkeit Lücken zwischen Angebot und Nachfrage zu seinem Vorteil ausnutzte, der mit ungeheurem Fleiß, mit Geschick und Beredsamkeit andere über den Löffel barbierte und dabei vier- und fünfstelligen Summen zu sechsstelligen zusammenmanipulierte, so daß er leben konnte wie ein Fürst (...)". So Herben Vogt in seinem "Wochenpost"-Artikel ("Wochenpost" 4/80). Kurz und gut: ein Mann, der sich durch den schwunghaften Handel mit allen Gegenständen, die in unserem Staat rar und somit auch teuer sind, angefangen bei Handbohrmaschinen über Autos und Autoanmeldungen bis hin zu Grundstücken auf Kosten der Gesellschaft bereicherte - ein Parasit, wie ihn Herbert Kopietz am 6.2.80 in der "Berliner Zeitung" bezeichnete.

Aber das ist nur die halbe Wahrheit, der andere Teil wird von unserer Presse "vergessen". Passieren konnte das über einen so langen Zeitraum und in dem Ausmaß nur aufgrund der Verhältnisse in dieser Gesellschaft. Was ist denn in unserem Staat seit Jahren gang und gäbe? Beziehungen sind alles. Diejenigen, die nicht an irgendeiner Quelle sitzen, müssen zahlen. Soll der Handwerker kommen, zahlst du einen kleinen Vorschuß, und damit er auch wiederkommt, legst du noch etwas dazu. Brauchst du ein Ersatzteil für's Auto, Baumaterial oder ähnliches, ohne lange und oft ohne Erfolg zu warten und zu rennen - ein Schein muß übergereicht werden.

Brauchst du eine Wohnung, brauchst du Möbel - hin und wieder ein kleines Geschenk - es kann ja auch aus dem Westen sein - öffnet die Herzen. Ja, selbst im Krankenhaus versuchen die Patienten mit Geschenken an Schwestern und Pfleger in der Massenabfertigung auf sich aufmerksam zu machen, um sich ihre Lage etwas erträglicher zu gestalten. Das größte Ausmaß hat das Draufzahlen auf dem "freien" Automarkt und beim Häuseroder Grundstückshandel angenommen. Dieselben Zeitungen, die Kritik an Gankzow und seinesgleichen üben, veröffentlichen auf anderen Seiten umfangreiche Spalten über Verkauf, Ankauf und Tausch. Da ist so gut wie alles zu haben: Grundstücke, Autos, Baumaterial, Zentralheizungen, Antiquitäten, Heimwerkerbedarf usw. usf.

Das alles zeigt schon die ganze Doppelzüngigkeit; zeigt, daß Geschäfte, wie sie Gankzow betrieb - bleiben sie "im Rahmen" - den Herren nicht ungelegen kommen. Denn dadurch kann eine gewisse zahlungskräftige Bevölkerungsschicht ihre Bedürfnisse befriedigen und murrst nicht zu sehr über diesen Staat.

Aber unsere Herren wissen sehr gut, daß über all diese Zeichen moralischen Verfalls eine breite Diskussion in der Bevölkerung existiert. Gankzow wurde zum Sündenbock gemacht, um den Werktätigen zu zeigen: "Seht her, wir

unternehmen was, wir lassen uns das nicht länger bieten." In Wahrheit aber gehen die Geschäfte munter weiter - mit staatlicher Duldung und Förderung - siehe oben.

Was sind nun die Gründe für die mehr und mehr um sich greifende Trinkgeldgeberei für Schwarzarbeit, für Bestechung, für Schiebereien usw. usf.?

Einerseits sind es die immer größer werdenden Engpässe, das Vorbeiproduzieren an den Bedürfnissen der Bevölkerung und das mangelhaft ausgebaute Dienstleistungswesen. Kurz gesagt: die ganze Mißwirtschaft.

Andererseits gehört das parasitäre Leben einer dünnen Oberschicht zum Alltag. Diese Schicht reicht von wohlhabenden Handwerkern, Geschäfts- und Restaurantbesitzern über privilegierte Künstler, Betriebsdirektoren usw. bis in die oberen Spitzen unserer Gesellschaft. Die Vertreter dieser Schicht leben nach dem Prinzip: raffen, ohne Rücksicht und auf Kosten der Gesellschaft - allen voran die führenden Vertreter des Staates. So ist es kein Wunder, daß sich in der ganzen Gesellschaft Erscheinungen der kapitalistischen Moral wie gegenseitige Übervorteilung, Raffgier, Renomierversucht und das Jeder-ist-sich-selbst-der-Nächste-Denken breit machen und kriminelle Formen annehmen.

Diese Moral wird öffentlich gefördert. "Wer der Gesellschaft durch seine Arbeit mehr gibt und ein höheres Einkommen erhält, soll sich dafür auch etwas kaufen können." So Honecker auf der 11. Tagung des ZK im Dezember 79. Wenn du also im Betrieb arbeitest und dein Einkommen gerade bis zur einigermaßen eingerichteten Wohnung, zum "Trabant" und eventuell zur kleinen Datscha reicht, so gibst du halt der Gesellschaft nicht soviel, wie diejenigen Herren SED-Genossen, Künstler usw., die sich in den schönsten Gegenden unseres Landes Villen errichten lassen, in einem dicken Westwagen vorfahren und sich und ihre Sippe von Hausmädchen und Chauffeur bedienen lassen.

So einfach ist das, mein Lieber. Die Leute, die um ihr eigenes und das Luxusleben ihres Hofstaates zu rechtfertigen, ständig vom Leistungsprinzip faseln, die Intershops, Exquisit-Läden, Delikatläden usw. wie Pilze aus dem Boden schießen lassen, die in ihren Massenmedien eine "Haste-was-dann-biste-was" -Ideologie verbreiten, lassen nun ihre Zeitungen ausrufen "Haltet den Dieb".

Wie sieht es denn aus im Regierungsviertel Wandlitz? Handwerker, die dort zu tun hatten, berichten, daß vom Wasserhahn bis zur Klimaanlage so gut wie alles aus dem Westen ist. Das Beste vom Besten aus der DDR ist diesen Herrschaften schon nicht mehr gut genug. Es muß etwas Teures, Ausgefallenes aus dem Westen sein.

Und wenn es der Frau des Politbüromitgliedes heute einfällt, daß der teure Parkettfußboden nicht mehr ihren Ansprüchen genügt, sondern es irgend ein anderer Fußboden sein muß, so wird das Parkett halt herausgerissen.

Schaut euch doch nur die Villa des Herrn Naumann, SED-Chef von Berlin und Politbüromitglied, in Berlin-Schmöckwitz am Langen See und das danebenliegende Häuschen, in dem sich Tag und Nacht seine Gorillas aufhalten, an. Wenn ihr das gesehen habt, könnt ihr ungefähr ermessen, was im Heiligtum Wandlitz los ist.

Einige der oberen Herren können den Kanal gar nicht voll genug bekommen. So erhalten Minister, ZK- und Politbüromitglieder durch Kungeleien mit der Direktion der Yachtwerft Berlin kostenlos Yachten als "Erprobungsmuster". Bei Betriebsbesuchen der Minister ist es gang und gäbe, daß die hohen Herren als "Geschenk" etwas mitgehen lassen etwa teure Möbel bei Besuchen in der Möbelindustrie.

Villen, Luxuserholungsheime, Luxusautos, Yachten, Lagerhallen vollgestopft mit westlichen Genußmitteln, sinnlose Prassereien auf Banketten und Feiern usw. usf. - das alles ist selbstverständlich kein Parasitismus. Da die führenden Genossen und ihr Gefolge unserer Gesellschaft ja so unendlich viel geben, müssen sie auch (unendlich) viel von ihr erhalten (sich nehmen können) - sozialistische Moral à la Honecker.

Und diese Herrschaften wollen Ganzkow und den Leuten, die ihm Überpreise zahlten, Moral predigen - ein sinnloses Unterfangen. Auch nicht zuletzt deshalb wird die Diskussion zu diesem Fall so halbseiden und so oberflächlich geführt. Nichts verbindet uns Werktätige mit Leuten wie Ganzkow, aber erst recht verbindet uns nichts mit den Oberparasiten, die sich als Moralprediger aufführen und in Wahrheit noch viel mehr Dreck am Stecken haben als der dazu im Verhältnis kleine Gauner Ganzkow.

"Sollten" wir uns nicht alle ein wenig mehr dafür verantwortlich fühlen, daß die Früchte unserer gemeinsamen Arbeit nicht durch Parasiten geschmälert werden?" fragt Herbert Kopietz am Ende seines Artikels in der BZ. Allerdings, das sollten wir. Aber in einem weitaus größeren Rahmen als Herr Kopietz das meint.

Dezember 1979

Eine Zelle berichtet: Sich besinnen und kämpfen, statt ducken.

Es war für uns ein langer und widerspruchsvoller Weg. Wir — das sind die Genossen unserer Zelle mit den Kandidaten und Sympathisanten, die von uns unterstützt werden. Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre wurden einige von uns unabhängig voneinander Mitglieder der damals noch revolutionären SED. Aus dem „Jugendalter“ sind wir also — wie man so sagt — heraus. Oft unterhalten wir uns jetzt über diese kampferfüllte Zeit. Daß die Diktatur des Proletariats eine uneinnehmbare Festung bleibt, wenn die Partei die Lehren des Marxismus-Leninismus treu anwendet, den Klassenkampf konsequent führt und ständig eine scharfe revolutionäre Wachsamkeit an den Tag legt, das waren grundsätzliche politische Erkenntnisse und Erfahrungen, die sich uns in dieser Zeit fest eingeprägt haben.

„Erleichterungen“ – ihre Folgen und Hintergründe

Wissen allein um die Wahrheit bewahrt nicht vor politischen Fehlern. Das erfuhren wir am eigenen Leib. Während uns in den ersten Jahren unserer Mitgliedschaft das Bedürfnis, mit den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin selbstständig zu arbeiten, regelrecht anerzogen wurde, begann die Parteiführung eine gewisse Zeit nach dem Tod des Genossen Stalin, uns das Lernen zu „erleichtern“. Mehr und mehr wurde es von oben gewollte Praxis, stattdessen die fix und fertige Meinung von Chruschtschow, Ulbricht, Honecker und anderen Leuten zu lesen. Es erschien ja irgendwie auch bequemer. Man sparte Zeit, was uns vorgesetzt wurde, klang marxistisch und es enthielt noch dazu — sozusagen gratis — die Schlußfolgerungen für die konkrete, politische und ökonomische Situation, die wir uns nun nicht mehr selbst zu erarbeiten „brauchten“. Daß es Bestandteil der Entartung war und zu ihrer Methodik gehörte, das erkannten wir erst nach und nach. Ähnlich „bequemer“ wurde es im Mitgliederleben der SED. In den Jahren vor der Entartung gehörte es zu den Selbstverständlichkeiten, daß in den Parteiversammlungen alle Genossen in freimütiger, prinzipieller Diskussion Standpunkte zu allen politischen und organisatorischen Fragen des Parteilebens ausdiskutierten. Die Kritik und Selbstkritik, unabhängig von der Funktion und Person, wurde als ein Prinzip der innerparteilichen Demokratie strikt angewandt. Das erfordert natürlich von jedem, sich mit dem Marxismus-Leninismus regelmäßig zu beschäftigen, sich eine Meinung zu bilden und diese auch freimütig zu sagen.

Doch das wurde uns „erleichtert“, indem das ZK und andere Leitungen mehr und mehr „ihre“ Standpunkte oder Meinungen verkündeten, zu denen wir nur noch die Zustimmung zu geben hatten. Besonders nach dem XX. Parteitag der KPdSU, als die Verteufelung des Genossen Stalin offen und schamlos betrieben wurde, ging es den Verrätern darum, das politische Denken der einfachen SED-Mitglieder zu unterbinden, damit die Entartung in den grundsätzlichen Positionen des Marxismus-Leninismus widerspruchlos hingenommen wird.

Natürlich haben wir in unserer Zelle darüber gesprochen, warum jeder von uns anfänglich auf diese Tricks hereingefallen ist und warum man so lange brauchte, um über die Ursachen des immer offensichtlicher werdenden Widerspruchs zwischen dem damals noch aus der revolutionären Zeit stammenden Statut der SED und der revisionistischen Praxis nachzudenken. Anfangs sporadisch, etwas später schon gemeinsam und gezielt holten wir uns in den Büchern von Lenin und Stalin Rat als die SED den Klassenkampf durch Ökonomismus ersetzte und die Frage der deutschen Nation auf ihre Weise „regelte“.

Kampf — ein Prädikat jedes echten Kommunisten

Es war für uns ein komplizierter und widerspruchsvoller Prozeß, bis wir uns von ersten Zweifeln über eine Zeit der Resignation dazu durchgerungen hatten, etwas gegen den von der SED betriebenen Verrat am Marxismus-Leninismus zu tun. Daß es so gut wie keine Möglichkeit mehr gab, innerhalb der SED am Inhalt oder den Formen der Parteipolitik prinzipielle Kritik zu üben, dafür hatte die SED-Spitze ausreichend vorgesorgt.

Die SED ist längst unwiderruflich zu einer bürgerlichen, revisionistischen Partei des Arbeiterverrats entartet. Sie ist zu einem Instrument der neuen Bourgeoisie geworden, die jede offene Kritik am revisionistischen Verrat unbarmherzig unterdrückt. Doch um die ehrlichen Genossen in der SED, die nicht „Sozialismus“ sagen und „warmes Pöstchen“ meinen, muß man kämpfen. Das ist der hauptsächliche Grund, warum wir nach wie vor Mitglieder der SED sind. In unserer Zelle beschäftigen wir uns gründlich mit dem Marxismus-Leninismus, beraten uns zu allen Fragen und unterstützen die Kandidaten und Sympathisanten. Es gehört zum festen Bestandteil unserer Zellenarbeit, an Aktionen im Rahmen der Sektion DDR unserer Partei teilzunehmen. Unter den unserer Partei aufgezwungenen illegalen Bedingungen bedeutet das, daß jeder von uns viele persönliche Lasten auf sich nimmt. Wir haben es mit einem unerbittlichen Gegner zu tun, der unsere Partei zu Recht fürchtet und ihre Mitglieder mit äußerster Härte verfolgt. Es ist unser Standpunkt, daß es innerhalb der SED, des FDGB und weiteren Organisationen, selbst unter den kleinen Funktionären eine Reihe Arbeiter gibt, die ihren gesunden Klassenstandpunkt nicht aufgegeben haben, die ähnliche Zweifel haben wie wir sie hatten, und die nach einem Weg des Kampfes gegen den Revisionismus und Sozialfaschismus in der DDR suchen. Insbesondere für diese Genossen und

Kollegen haben wir in diesem Beitrag einiges über uns selbst geschrieben.

Vor allem möchten wir ihnen raten: Laßt Euch nicht die scharfe Waffe der marxistisch-leninistischen Theorie rauben! Fallt nicht auf den Schwindel herein, den die SED-Spitze offen und verdeckt verbreitet: der Marxismus sei heute veraltet. Studiert Marx und Engels, Lenin und Stalin. Überzeugt Euch anhand Eurer Erfahrungen davon, daß ihre Lehren an Aktualität nichts eingebüßt haben. Die Lehren der Klassiker sind das einzige verlässliche Kriterium, anhand dessen die Politik der SED-Spitze eingeschätzt werden kann. Gerade das fürchtet die Führung der SED, weshalb sie das Studium der Klassiker aus dem Parteilehrjahr gestrichen hat.

Mai 1980

Einer ist bereits Mitglied der Sektion der KPD/ML in der DDR, der Arbeiter aus Karl-Marx-Stadt. Er beschreibt einen von ihm und seinen Kollegen erfolgreich geführten Kampf. Die andere, Lehrerin von Beruf, ist eine Sympathisantin der Partei. Sie hat noch keinen Kontakt zur Sektionsleitung, setzt aber auf vorbildliche Weise die Linie der Partei in praktische Politik um. Ihre einzige Grundlage ist der „Rote Morgen“. Sie arbeitet mit ihm und sie schreibt für ihn.



Die Lehrerin -

„Meine Verantwortung“

Unsere Aufgabe als Lehrer besteht vereinfacht gesagt darin, die Jugend zu kritisch denkenden Menschen zu erziehen. Die Jugendlichen müssen in die Lage versetzt werden, durch reales Herangehen gesellschaftliche Prozesse richtig erken- und einordnen zu können. Darunter ist unter anderem zu verstehen, daß die Jugendlichen als Ergebnis des Bildungsprozesses in die Lage sein müssen, gesellschaftliche Mißstände zu analysieren, deren Ursachen zu erkennen und Ansätze für die Lösung dieser Widersprüche zu finden. Nur daraus können sie Schlußfolgerungen für ihr eigenes Denken und Handeln ableiten. Wie sieht das aber nun in unserem feinen Staat aus? Wir wollen die Jugendlichen zu kritischem Denken erziehen, aber kritisch bitte nur im Sinne der SED-Ideologie. Den Jugendlichen wird vom Kindergarten über die Schule bis zur Berufsausbildung und dem Arbeitsleben durch Lehrer und Erzieher, Pionier- und FDJ-Organisation, Kommunikationsmittel, Patenbrigade, Sportverbände, Arbeitsgemeinschaften und ähnliches eine ideologische Zwangsjacke gestrickt, die sie zwingen soll, ihr Denken und Handeln stets nach der Linie der Partei zu richten. Aber wehe, wenn da einer feststellt, daß ihn die Jacke irgendwo drückt. Meine Aufgabe kann nicht sein, diese einseitige ideologische Beeinflussung zu fördern. Nun ist es schwer, bei dem ideologischen Druck und der Kontrolle, der wir von vielen Seiten ausgesetzt sind, unserer wahren Verantwortung nachzukommen. Trotzdem können und müssen wir Mittel und Wege finden. In meiner Unterrichtspraxis realisiere ich diese zum Beispiel auf folgendem Weg: Eine Methode, zu der sich häufig und in jedem Unterrichtsfach bzw. der außerunterrichtlichen Tätigkeit Gelegenheit bietet, ist es, die Jugendlichen untereinander bestimmte Probleme selbst diskutieren zu lassen. Das Thema der dritten Stunde der Unterrichtseinheit 3.1 im Staatsbürgerkundeunterricht der Klasse 7 heißt: „Die Arbeiterklasse - Hauptproduzent unseres gesellschaftlichen Reichtums.“

Die Unterrichtshilfen geben vor, unter anderem zu erörtern:

— Welchen Anteil hat die Arbeiterklasse an der Schaffung unseres gesellschaftlichen Reichtums?

— Ziehe daraus eine Schlußfolgerung zur Stellung der Arbeiterklasse in der DDR!

Nachdem die Schüler die Bedeutung der Arbeiterklasse im Produktionsprozess erkannt und Schlußfolgerungen für deren sich daraus ergebende Stellung in der Gesellschaft gezogen haben, lasse ich sie dafür Beispiele aus ihrer persönlichen Erfahrung nennen. Die Jugendlichen äußern sich hier hauptsächlich darüber, daß ein Arbeiter doch nirgends „etwas zu sagen“ hat, obwohl wir angeblich ein Arbeiter- und Bauernstaat sind, sie beklagen sich, daß ihre Eltern keine Zeit für sie haben, da die Eltern durch die Arbeitshetze im Betrieb zu abgespannt sind, um sich in der geringen Freizeit mit ihnen zu beschäftigen, führen die mangelnde materielle Versorgung an und ähnliche Dinge. Hier wird den Jugendlichen ein Widerspruch zwischen der offiziell propagierten Stellung der Arbeiterklasse und dem tatsächlichen Erscheinungsbild deutlich. Viele Möglichkeiten ergeben sich, wenn man Gespräche der Jugendlichen mit Arbeitern ausnutzt, sei es im „Patenbetrieb“ oder bei der „produktiven Arbeit“. Auch Beobachtungen der Schüler bezüglich der Arbeitsmoral der Werkstätigen bieten Ansatzpunkte. Kürzlich warf ein 16jähriger Jugendlicher die Frage auf, wie solche negativen Einstellungen zur Arbeit, wie er sie ständig erlebt, mit dem zu vereinbaren sind, was uns täglich in der „Aktuellen Kamera“ vorgesetzt wird. Er belegte seine Behauptungen mit einigen Sprüchen, die unter den Arbeitern umgehen. So unter anderem: Frage: Nach welchem Prinzip wird zur Zeit in der DDR gearbeitet? Antwort: Nach dem „Robinsonprinzip“, denn alle warten auf Freitag. Nach dem allgemeinen Gelächter ließ ich die Jugendlichen ausdiskutieren, wo die Ursachen solcher Erscheinungen zu suchen sind. Sie kamen überein, daß der Hauptwiderspruch in unserem System selbst liegt. Abschließend bemerkte ich kurz, daß es bei der Entwicklung des Sozialismus einige Probleme gibt, die wir überwinden müssen. Damit waren die Jugendlichen natürlich nicht zufrieden und es war deutlich zu spüren, daß sich jeder seine Meinung gebildet hat. Als ich am 2. Mai einen Jugendlichen im Unterricht wegen einer Disziplinlosigkeit zur Rechenschaft zog, antwortete er mir sinngemäß: „So schlecht kann ich doch gar nicht sein, ich bin ja gestern meiner `Jubelpflicht' zur Mai-Demonstration nachgekommen.“ Im Ergebnis der Auswertung dieser Äußerung meinten die Schüler, daß der eigentliche Sinn dieser Kundgebung in unserem Staat entstellt wird, die Arbeiter hier nur ihrer „Pflicht“ genügen, unserer Staatsführung zuzujubeln. Das sollten einige Beispiele sein, wie ich versuche, die Jugendlichen durch Förderung kritischen Denkens zu einem realen Bild über diese Gesellschaft zu führen. Mir selbst konnte bei diesem Herangehen bisher von keiner Seite „ideologisch falsche Einstellung“ oder gar „Staatsverleumdung“ vorgeworfen werden.

Der Trick mit den Initiativschichten

Täglich wird uns von den SED-Bonzen vorgegaukelt, daß all unser Tun darauf gerichtet ist, ein besseres Leben für alle Werkstätigen zu schaffen. So erzählt man uns im Stahl- und Walzwerk Henningsdorf, daß wir mehr und besser arbeiten sollen, weil nur so dieses Ziel zu erreichen sei: Tatsache aber ist, daß in den letzten Jahren von den Stahl- und Walzwerkern im Altwerk beachtliche Produktionssteigerungen abverlangt wurden, ohne daß wesentliche technische Verbesserungen durchgeführt wurden und die Arbeiter mehr in Ihre Lohntüte erhielten.

Durch Rückgang der Belegschaftsstärke - bedingt durch starke Fluktuation- ist die Schinderei bei uns in letzter Zeit noch härter geworden. Denn natürlich nimmt der Honecker-Staat darauf keine Rücksicht, schraubt die Pläne trotzdem von Jahr zu Jahr weiter hoch und die Manager im Betrieb treiben die verbleibenden Arbeiter mit aller Gewalt zur Erfüllung der Kennziffern an.

So sollten im Jahre 1978 die Stahl- und Walzwerker 8,9 Prozent mehr an Industrieller Warenproduktion herstellen und die Arbeitsproduktivität um 5,5 Prozent steigern. Überstundenarbeit ist an der Tagesordnung.

Außerdem haben sich die Chefs ein neues Mittel einfallen lassen, durch sogenannte Initiativschichten die Ausbeutung vor allem der Arbeiter zu erhöhen, die den Herren noch nicht schnell genug arbeiten. Was verbirgt sich denn hinter den sogenannten Initiativschichten oder sogar der "Woche der Initiativschichten"? Ist das eventuell schon sozialistische Einstellung zur Arbeit, weil bei uns wirklich sozialistische Verhältnisse herrschen? Keineswegs!

Solche Initiativschichten zum Beispiel an SM-Öfen werden bei uns von einem Personenkreis gefahren, der überwiegend besser gestellt ist, als die breite Masse der Arbeiter. Diese Leute stehen bereits in gewisser Abhängigkeit zu den Meistern und Chefs, müssen mitmachen, wenn sie nicht ihre relativ hohen Prämien oder ähnliches riskieren wollen. Daher die "Initiative"... Ein anderer Fakt ist, daß diese Schichten unter idealen Arbeitsbedingungen gefahren werden. Die Materialbereitstellung klappt, ein reibungsloser Abstich wird gesichert und anderes mehr.

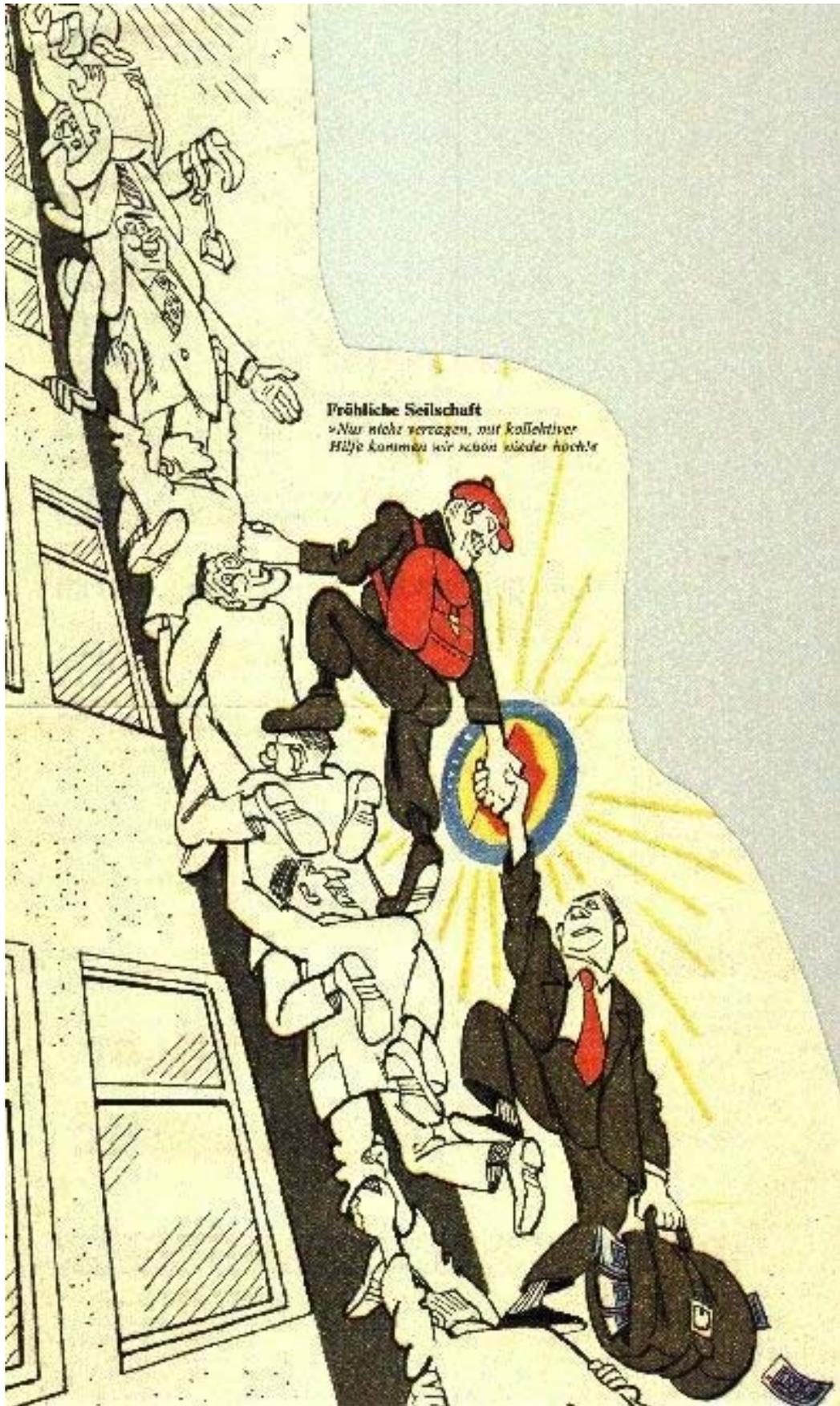
Das heißt aber, daß ganz andere Ergebnisse erzielt werden können als im laufenden Produktionsprozeß, wo die Arbeitsbedingungen häufig das ganze Gegenteil vom Ideal sind. Und hinterher lassen die Chefs die Katze aus dem Sack, wenn sie nämlich die Ergebnisse der Initiativschichten zur Norm für die tägliche Arbeitsleistung machen!

Nichts anderes als die Absicht der neuen Kapitalisten, uns noch stärker auszubeuten, steht hinter ihren sogenannten Initiativschichten!

Wir müssen lernen, die Tricks noch besser zu durchschauen und

auch Wege zu finden, uns gegen verschärfte Antreiberei und Ausbeutung zur Wehr zu setzen. Das alte Motto "Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will" hat für heute und für uns seine Bedeutung nicht verloren.

(Roter Morgen, Januar 1979)



Fröhliche Seilschuft

»Nur nicht verzagen, mit kollektiver Hilfe kommen wir schon wieder hoch!«

Druckmittel: Jahresendprämie Plötzlich 20,30 Mark weniger für uns...

Bei der diesjährigen Jahresendprämienauszahlung mußte wieder vielerorts ein nicht geringer Teil der Arbeiter und Angestellten feststellen, daß der Betrieb ihre JEP im Vergleich zum Vorjahr gekürzt hatte. Wie üblich hielten es die Chefs meist nicht einmal für nötig, den Kollegen zu begründen, warum ihre JEP um 20, 30 oder gar 40 Mark unter der des Vorjahres liegt.

Wer zum Beispiel als Vertrauensmann Erkundigungen einzog, erfuhr, daß der JEP-Fonds in der Regel seit Jahren nicht oder kaum erhöht wird. Da die JEP direkt oder indirekt als prozentualer Anteil am durchschnittlichen Monatsbruttoverdienst im Jahr festgelegt wird und dieser bei einem Teil der Kollegen etwas höher liegt als im Vorjahr, senken die Betriebe kurzerhand für alle Kollegen durch die Bank die JEP-Prozentsätze, um mit dem gleichen Fonds auszukommen. Den Schaden haben alle Kollegen, deren Löhne oder Gehälter sich im vergangenen Jahr nicht erhöht haben.

Verdient zum Beispiel ein Angestellter '78 und '79 gleichbleibend 1100 Mark brutto, bedeutet eine Senkung der JEP-Prozente um 2 Prozent für ihn einen Verlust von 22 Mark gegenüber '79.

Geschickt versuchen einige Betriebe, dies zu verschleiern, indem kombiniert mit der JEP andere Prämien, zum Beispiel Treueprämien ausgezahlt werden.

Bereits seit Jahren sinkt für viele die JEP. Von der JEP leisten sich die Familien der Arbeiter und Angestellten nicht irgendwelchen überflüssigen Luxus. Die JEP dient der Anschaffung normaler und lebensnotwendiger Güter, auf die wir nicht verzichten können. Kürzungen der JEP können wir gerade jetzt, wo das Leben spürbar teurer wird, nicht hinnehmen.

Die Gewerkschaftsgruppen und Kollektive sollten sich geschlossen dafür einsetzen, daß '81 zumindest kein Kollege weniger JEP nach Hause bringt, als in diesem Jahr. Anzustreben wären BKV-Vereinbarungen über Ausgleichszahlungen für alle Kollegen, deren Lohn/Gehalt sich im Laufe des Jahres nicht erhöht. Wobei diese natürlich nicht zu Lasten der anderen Kollegen gehen dürften.

Keine weitere Kürzung der Jahresendprämien!

...aber ein ganzer Batzen mehr für die Betriebsleitung

Im letzten Monat des alten Jahres verlief die Produktion bei uns sehr hektisch, und die Zeitvorlagen wurden immer geringer. Das war nichts Neues. Am Jahresende muß nochmal die letzte Kraft aufgeboten werden, um vom Plan zu retten, was zu retten ist. Von oben wird gedrückt, gefleht und um "Verständnis" gebeten. In meinem Betrieb sah das so aus, daß einzelne Abteilungen der Endmontage den ganzen Dezember hindurch mehr als zehn Stunden arbeiten mußten. In anderen Abteilungen wurden die Pausenzeiten so verschoben, daß kontinuierlich gearbeitet wurde. In fieberhafter Eile wurde die Produktion umgestellt. Im Betrieb munkelte man, daß die diesjährigen Planrückstände alles Bisherige übertrafen. Die Betriebsleitung beschloß, im Plan vorgesehene aber wenig gewinnbringende Aufträge fallenzulassen. Dagegen wurden Erzeugnisse, die im Plan '79 nicht vorgesehen waren, vorgezogen.

Sehr einträgliche Finalprodukte waren eher geeignet, den Betrieb aus den "roten Zahlen" zu bringen als billige Verpflichtungen den Kooperationspartnern gegenüber. Man wälzte also die Planrückstände, die in meinem Betrieb durch diese Produktionsverschiebungen zum Teil überwunden werden konnten, auf die Kooperationspartner ab. Dieses Verhalten und unsere eigenen Schwierigkeiten bei der Planerfüllung wurden dagegen mit nicht termingerechten Zulieferungen anderer Kooperationspartner "gerechtfertigt". Welch ein Glück für alle, die Prämie ist gesichert - hieß es dann den Kollegen gegenüber. Um die Jahresprämie geht es den Chefs, nicht etwa um die Planerfüllung, schon gar nicht um sortimentsgerechte. Für uns ist die JEP mit den Jahren immer geringer geworden, obwohl wir heute mehr leisten müssen. Die Leiter, vor allem die Herren von der Betriebsleitung bekommen einen ganzen Batzen mehr als wir. Eben deshalb müssen wir produzieren, was dem Betrieb die "wertmäßige Planerfüllung" bringt, nicht das, was die Wirtschaft und die Werktätigen benötigen. (Ein Kollege aus einem elektrotechnischen Betrieb, Berlin.)

(Roter Morgen, Mai 1980)

Schichtarbeiter: "Fünfmal in der Woche - Maloche"

Ich arbeite in einem Großbetrieb in drei Schichten. Also entweder Frühschicht - da hat man wenigstens noch etwas Zeit nach Feierabend, Nachmittagschicht - da ist der ganze Tag versaut, oder die eklige Nachtschicht, wo man zwar ein paar Mark verdient und einen die zig Besserwisser nicht vollquatschen.

Ich kenne keinen Schichtarbeiter, der nicht über diesen verdammten Arbeits- und Lebensrhythmus flucht. Denn Schichtarbeit ist alles andere als gesund und mein Familienleben kann ich mir auch besser vorstellen. In unserer Bude sieht es aus wie überall:

Akkordarbeit, Arbeitshetze, große Unfallgefahr, veraltete Technik (50 Jahre alte Maschinen u.a.), Werkzeugmangel. Gängelei - zum Beispiel Stempeluhren. Eigentlich zählt nur das, was auf dem Schichtzettel steht, und wenn man die

110 % geschafft hat, wird sowieso nichts mehr gemacht, um nicht die Norm zu versauen. Aber trotzdem die Minutenfuchsserei mit den Uhren. Meistens ist man ja früher da, um gleich an die Maschinen ran zu gehen und überhaupt die Norm zu bringen. Ich frage mich bloß, was soll das, ich bekomme doch kein Gehalt, sondern muß mir jeden Pfennig mit Leistung verdienen.

Und dann die Normen, Die klettern nur so. Als ich nach meinen 18 Monaten Fahne in meinen Betrieb zurückkam, blieb mir glatt die Spucke weg. Denn Normsteigerungen von 30 % sind nicht von Pappe. Die Arbeitsbedingungen verbessern sich nicht, die Maschinen bleiben die alten, aber die Normen steigen. Na da ist doch klar, das Ganze geht nur über unsere Knochen. Und von wegen mehr Leistung gleich mehr Geld, das kann man vergessen. Ich sehe davon nichts, das muß woanders hinfließen.

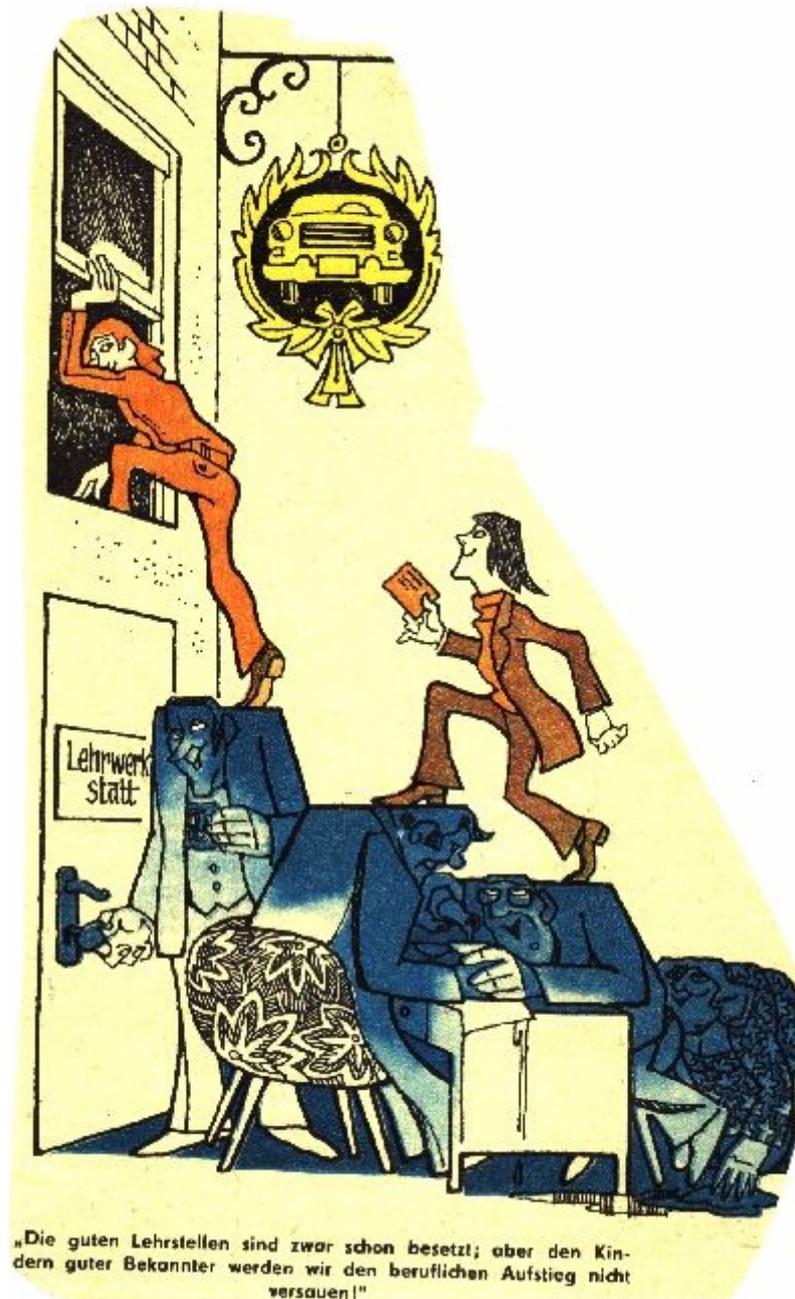
Und Neuerervorschläge haben wir uns auch abgewöhnt, denn schon wenn ich die Normen sehe, fasse ich mich an den Kopf.

Wenn dann 5 % mehr Leistung drin sind, die Normen aber um 10 % hochgesetzt werden, macht man das trotz Prämie nur ein paarmal mit. Für minutenlange Arbeiten (reine Handarbeiten bei stillstehender Maschine) erfolgt die Angabe fast in Zehntelsekunden. Das gleiche auf dem Lohnstreifen: Hierfür ein paar Pfennige, dafür ein paar Pfennige. Tausend Dinge um die Sache zu verkomplizieren, daß keiner mehr durchschaut. Wobei ich mir an fünf Fingern abzählen kann, daß ich beschissen werde.

Da rechnen drei Buchhalter aus, auf daß man ja nicht einen Pfennig mehr bekommt. Oder: Früher war in jeder Schicht ein Meister, der uns antrieb, jetzt müssen es zwei sein. Mein Gott, wenn man da mal einsparen und besser kalkulieren würde, wenn die ganzen Leute wie wir arbeiten würden, also etwas Richtiges schaffen würden. Wäre das schlechter für unsere Wirtschaft? Ich glaube fast, das mit dem Arbeitskräftemangel muß nicht weit her sein.

Und dann dieses Auf und Ab in der Produktion. 1000 Leute: Leiter, Meister, Ingenieure, Technologen und was weiß ich für Typen, einer klüger als der andere und jeder klüger als der Arbeiter, den man sowieso nicht fragt. Der soll man ackern, zu mehr laugt er nicht. Und trotzdem läuft nichts. Einmal steht man rum und muß putzen, verdient somit kein Geld. Das andere Mal, da bringen sie sich um, dann gehts von wegen Überstunden und Sonderschichten. Nun gut, das bringt ein bißchen mehr Geld, und das braucht man ja bei unseren Preisen. Aber mein Geld will ich eigentlich bei 40 Stunden in der Woche verdienen. Und außerdem, bei drei Sonderschichten im Monat ist die dritte Schicht völlig für die Steuern.

(Roter Morgen, Oktober 1980)



Leistungsförderndes Lohnsystem im Kombinat Kühllautomat

Mein Freund arbeitet im Rostocker Betriebsteil des Kombinats Kühllautomat, von dem u. a. Kühlaggregate für Fischfangschiffe installiert werden.

Wie überall, so wird auch in diesem Betrieb die Ausbeutung und Arbeitshetze immer mehr verstärkt. Vor einiger Zeit sollte das so genannte "leistungsfördernde Lohnsystem" (LFL) eingeführt werden, das mit einer einschneidenden Normerhöhung verbunden war. Was der Arbeiter früher in acht Stunden geschafft hatte, sollte er nach der Umstellung in sechs Stunden schaffen. Dafür wurden von der Betriebsleitung "großzügige" ganze 100 Mark mehr angeboten. Ein Facharbeiter des Betriebes verdient durchschnittlich 750 Mark. Das wäre dann eine Lohnsteigerung von nur 13 Prozent bei einer Leistungssteigerung von 33 Prozent. Anders ausgedrückt: Für die hundertprozentige Erfüllung der alten Norm bekommt der Arbeiter nach der Umstellung -- bei Einbeziehung des Lohnzuschlags - nur noch ca. 640 Mark gegenüber 750 Mark früher. Glatter Lohnraub!

Die Kollegen reagierten auf den geplanten Lohnabbau natürlich sauer, worauf die Chefs drohten:

Wenn die Belegschaft das LFL jetzt nicht annehme, würden die Normen ein Jahr später ohne Lohnzuschlag hochgeschraubt werden. Um die Verschärfung der Ausbeutung etwas zu verschleiern, wurde für jede Abteilung eine Kommission gebildet, in die zur Wahrung des Scheins und zwecks Spaltung der Belegschaft auch einige Arbeiter delegiert wurden. Die Kommissionen sollten die Einführung des LFL für jeden Arbeitsplatz konkret austüfteln. Zum Dank für die Durchsetzung der höheren Normen bekamen die Kommissionsmitglieder Prämien.

Ein Bereichsleiter hatte obendrein die Frechheit, sich als Mitglied aller sieben Kommissionen seines Bereichs einzutragen, obwohl er nur in einer "aktiv" war. Der Herr kassierte die siebenfache Prämie.

Die Einführung des LFL ist nur ein Mittel, um aus den Kollegen immer mehr Profit zu pressen. Über Monatsprämien werden sie dazu angetrieben, jeden Monat viele Überstunden zu leisten. Die Chefs drohen mit Entzug der Monatsprämie, wenn sich ein Kollege weigert, von der knappen Freizeit noch etwas herzugeben.

Um die Arbeiter stärker anzutreiben, greifen die Bonzen immer offener zu kapitalistischen Methoden. Vor zwei Jahren wurden auch im VEB Kühlautomat Stempeluhren installiert. Allerdings funktionierten sie nicht lange. Nach einer Woche wurden sie von empörten Kollegen mit Bitumen vollgegossen.

Klar, daß die Intensivierung auf den Haß und Widerstand der Kollegen stößt. Denn jeder merkt doch, daß von der Mehrarbeit der Werktätigen nur die Bonzen fett werden, während für uns höchstens einige Krümel abfallen.

(Roter Morgen, Juli 1978)

Kabelwerk Schwerin: 100 Arbeitskräfte sollen "freigesetzt" werden

Verseilerei im Kabelwerk Schwerin. Laufend werden an den Verseilmaschinen seit Januar die Maschinenhelfer "eingespart" - eine "Wettbewerbsinitiative". Von neuer Technik oder gar Senkung der Normen war keine Rede. Im Klartext: Der Maschinenführer darf für zwei schuften. Im Kabelwerk sollen durch die "Einsparung" von Arbeitskräften nach diesem Vorbild noch dieses Jahr über 100 Arbeitskräfte freigesetzt werden.

Die Zeitungen der vergangenen Monate nahmen da kaum noch ein Blatt vor den Mund. Da wurde über die Unpünktlichkeit der Arbeiter hergezogen, über zusätzliche Pausen, SV-Urlaub und die schlechte Arbeitsmoral der sogenannten "schwarzen Schafe" lamentiert. Dies alles in einem offenen und unverfrorenen Tonfall, wie er bisher nicht üblich war. Ungeschminkt wurde gefordert, die Arbeiter mehr an die Kandare zu nehmen. So wurden höhere Strafen und Abzüge für "Bummelanten" und notfalls ihre Entlassung propagiert.

Veraltete Technik

Seit jeher behaupten in diesem Staat alle, die sich für etwas Besseres halten, die Arbeiter würden bei uns zuviel gammeln. Da sei es nur recht und billig, wenn die Schrauben angezogen würden. Zu solchen Vorurteilen und zu den Angriffen auf die Arbeiter muß einmal ein klares Wort gesagt werden. Wenn die Arbeiter gammeln würden, wäre die DDR längst bankrott.

Die hoffnungslos veraltete oder anfällige Technik, mit der sich die Kollegen herumplagen müssen, der selbst nach offiziellen Angaben noch enorm hohe Anteil an Handarbeit mit einfachen Werkzeugen (40 Prozent in der gesamten Produktion), die Knochenarbeit zum Beispiel im innerbetrieblichen Transport - all das bedeutet zusätzliche Belastungen.

Ganz zu schweigen von der Unkontinuität der Produktion, die die Kollegen ausbügeln müssen durch die enorme Zahl von Überstunden, durch Sonderschichten und zusätzliche Hektik.

Aufgeblasene Bürokratie

Im Januar veröffentlichte das ND eine interessante Zahl: Von 1960 bis 1978 stieg die Zahl der Berufstätigen um 430000. Davon wurden nur 23000, ganze 5 Prozent (!), im produzierenden Bereich eingesetzt. Unglaublich, aber Tatsache.

Diese wenigen Zahlen belegen konkret eine Erfahrung der Arbeiter mit diesem Staat. Auf ihrem Rücken wächst und gedeiht ein enorm aufgeblähter, unproduktiver Verwaltungsapparat, eine ganze Armee von Bürokraten, Ordnungshütern, hauptamtlichen Funktionären, kleinen und großen Bonzen. Sie führen größtenteils ein bequemes Leben.

Wird auch nur einmal die Frage gestellt, welche wahrhaft astronomischen Summen eingespart werden könnten, wenn man zum Beispiel die unproduktiven Verwaltungsapparate in Betrieb oder Staat drastisch reduzieren würde?

In diesem Staat, in dem die Arbeiter und Bauern längst nicht mehr das Heft in der Hand halten, kann davon keine Rede sein.

Wirtschaftskrise

Hintergrund der Bemühungen der Bosse zur verstärkten Antreiberei und Rationalisierung ist die sich rapide verschlechternde Wirtschaftslage, ist die Krise, in die unsere Wirtschaft immer tiefer hineingerät. Nach dem Willen der neuen Kapitalisten sollen die Arbeiter die Zeche nun doppelt zahlen. Versorgungsmisere, Teuerung, Sparmaßnahmen überall im sozialen Bereich, zum Beispiel im Wohnungsbau und Gesundheitswesen - das ist die eine Seite. Die andere Seite stellen die Versuche der neuen Herren dar, noch mehr aus uns herauszupressen.

Massive Kritik

Wenn wir uns gegen die Antreiberei stark machen und geschickt die vorhandenen Möglichkeiten nutzen, können wir die Angriffe der Bonzen entschärfen. Ein interessantes Beispiel in dieser Richtung war ein Leserbrief von Kollegen aus dem Bereich Stanzerei der VEB Secura-Werke an die BZ. Sie stellen für hiesige Verhältnisse ziemlich deutlich fest, daß die Kampagne zur besseren Ausnutzung der Arbeitszeit "denen, die ohnehin täglich ihre Norm erfüllen, manchmal

auf den Geist geht". Auf die Forderung nach Aufdeckung der Reserven, fanden sie die richtige Antwort, mit der man den Antreibern den Wind aus den Segeln nimmt.

"...oft brauchen wir Polster, um die beim Ausfall von Maschinen oder Werkzeugen verlorene Zeit wieder reinzuholen. Denn das Geld soll ja schließlich stimmen. Kein Wunder also, daß die Normerfüller erst dann bereit sind, aber die noch vorhandenen ‚Schweinebraten‘ zu sprechen, wenn alle technischen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen sind, alles wie am Schnürchen läuft."

Auch gegen das Märchen der Bonzen, die Arbeiter machten zu viele Pausen, sprachen sich die Kollegen von Secura aus: " Wir alle wollen, daß der Arbeitstag ohne Zwangspausen verläuft. Denn wenn es gut vorangeht, ist auch die Stimmung gut, und es bleibt Zeit für eine zusätzliche Zigarettenpause."

(Roter Morgen, März 1980)



Agitation und Propaganda von Genossen während des UZ-Pressfestes der Revisionisten in Recklinghausen. Hand in Hand mit der Polizei versuchten die D„K“P-Revisionisten gegen die kommunistische Agitation und Propaganda vorzugehen.

Phrasen und Entpolitisierung nützen nichts!

Immer wieder will die Honecker-Clique der Jugend einreden, daß sie „revolutionäre Taten“ für den „sozialistischen Aufbau“ vollbringe, daß sie für den „Sozialismus“ lerne und arbeite. Die Wahrheit ist, daß die Kraft und der Elan der Jugend mißbraucht werden, um Herrschaft, Profit und Luxusleben der parasitären Oberschicht in der DDR zu sichern. Dennoch glauben noch viele junge Menschen, daß sie mit Lern- und Arbeitsergebnissen ihr sozialistisches Bewußtsein beweisen. Zu welch offen revisionistischen Mitteln die Bonzen der SED und FDJ greifen, um das Nachdenken und Wachwerden der Jugend zu verhindern, um sie vom wirklichen Marxismus fernzuhalten, zeigt zum Beispiel die Entwicklung des sogenannten „FDJ-Studienjahres“. Seit einigen Jahren gibt es auf diesen Schulungen, die angeblich der Aneignung des Marxismus-Leninismus dienen sollen, nur noch ein Generalthema: „Die Politik des IX. Parteitages der SED“! Studienmaterial, Broschüren dieses Parteitages und aktuelle SED-Broschüren. Noch vor einigen Jahren wurden Werke des Marxismus wie „Staat und Revolution“, „Lohn, Preis und Profit“ oder „Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus“ zwar verfälschend und oberflächlich aber immerhin noch behandelt. Auf Abzeichenprüfungen wurden noch einige formale Kenntnisse des Marxismus gefordert. Heute gibt es keinerlei Studium der Klassiker des Marxismus-Leninismus mehr.

Das muß uns, das muß vor allem der Jugend zu denken geben. Wenn diejenigen, die sich immer auf Marx und Lenin berufen, gar nicht wollen, daß die Jugend ihre Theorie studiert, dann muß doch etwas oberfaul sein!

Klar, weil die SED-Revisionisten so gründlich mit Marx und Lenin gebrochen haben, haben sie eine Heidenangst davor, daß insbesondere die Jugend ihr falsches Spiel durchschaut. Denn wenn sie erkennt, daß die Bonzen gar keine Kommunisten sind, und daß der Kommunismus keine Rechtfertigung für die Bonzenherrschaft, sondern eine Hilfe für den Kampf gegen sie ist, dann werden die Zeiten für unsere Herren noch unruhiger.

Vorerst haben nicht wenige Jugendliche bereits erkannt, daß es in diesem Staat an allen Ecken und Enden „stinkt“. Und sie hassen die Heuchelei und die „sozialistischen“ Phrasen, die ihnen täglich in der Schule oder Lehre eingetrichtert werden. Viele andere sind an politischen Fragen noch desinteressiert. So beteiligt sich oft nicht einmal die Hälfte einer FDJ-Gruppe am Studienjahr. Ja, es gibt sogar Gruppen, die es geschickt verstehen, dieses Geschwafel „ausfallen“ zu lassen. Das müßte aber doch den „Parteisekretär“ auf den Plan rufen, der doch sonst immer so laut vom „ideologischen Kampf“ faselt. Aber nichts passiert, keiner regt sich auf. Warum auch? Erleichtert doch politisches Desinteresse die Lage des Regimes. Wer nicht nachdenkt, hält die heutige DDR noch für „sozialistisch“... Also keine Erziehung zu politischer Aufgeschlossenheit und kritischem Geist. Laßt der Jugend doch ihre Popmusik, Hauptsache, sie muckt nicht auf. Das ist heute das Motto der Jugendarbeit der SED und FDJ.

An den Erweiterten Oberschulen (EOS) sieht es etwas anders aus. Die Jugendlichen dort werden stärker mit den pseudokommunistischen Theorien gefüttert. Kein Wunder, hofft doch die Honecker-Clique darauf, daß diese Schüler später ihr

zuverlässiges „Fußvolk“ abgeben. Man will ihnen rechtzeitig beibringen, daß sie „etwas Besseres“ als die Arbeiter sind. Doch die Jugend hält nicht mehr still. Nicht nur die häufigen Zusammenstöße mit der Polizei wie zum Beispiel in Erfurt, sondern auch leise Töne zeigen, daß die Jugend sich ihre eigene Meinung nicht verbieten läßt. Anlässlich einer befohlenen Spalierbildung fragt ein Jugendlicher beim Anblick der Bonzenschaukeln: „Sind das andere Menschen, daß sie solche Autos brauchen?“ Und täglich kommen neue Beispiele, die zeigen, daß die Jugend in vorderster Front beim Kampf gegen das Honecker-Regime steht.

Roter Morgen, Oktober 1978

Einberufung zur Armee

Angekommen am Ort der Kasernierung ist es oft üblich, die Rekruten mit mieser Blasmusik zu empfangen. Diese ist dann so schlecht, daß selbst in die längsten Gesichter ein Grinsen einzieht. Das ist dann vorerst das letzte Mal, daß es etwas zu lachen gibt. Die Vorgesetzten machen sich einen Spaß daraus, die neuen Soldaten mit großer Initiative und markigen Sprüchen umherzustoßen. Einen Hauptspaß bildet für sie die Einkleidung der Neulinge. Sofort wird mit der Disziplinierung begonnen. Das reicht vom Gang zum Friseur bis zur Herstellung der berichtigten „inneren Ordnung“, wobei solche sattem bekannten Mittel wie das Ausmessen mit dem Zentimetermaß und das Einlegen von Zeitungspapier in die Wäschestapel zur Anwendung kommen. Dabei wird von Vorgesetzten der Tip gegeben, die „Junge Welt“ zu abonnieren, denn die habe genau die richtigen Abmessungen zum Bau der Wäschepäckchen exakt „nach Dienstvorschrift“. Nach den ersten vier Wochen wird der Fahneid zum Kadavergehorsam abgelegt. Fragen und Einwände werden schon so beantwortet, daß niemand auf den Gedanken kommen kann, darüber nachzudenken. Überhaupt werden auf das Ausschalten des Denkens eine Reihe von Stunden „Politunterricht“ verwendet. Diese bestehen aus einem geschickten Gemisch aus historischen Tatsachen (Rote Armee, Großer Vaterländischer Krieg usw.), Lügen und Halbwahrheiten, welches den feindlichen Soldaten als den eigentlichen Feind und den Staat DDR als verteidigungswürdig darstellt. Dieses Feindbild ist natürlich sehr wandlungsfähig und läßt sich leicht auf einen inneren Feind ummünzen. Diese Art von Denken bei den Soldaten ist genau diejenige, welche ein kapitalistischer Staat für sein Unterdrückungsinstrument Armee braucht.

Die Auseinandersetzung zwischen den Soldaten der verschiedenen Diensthalbjahre paßt der Führung nur in den Kram, verhindert sie doch eine Solidarisierung der Soldaten untereinander. Ohne diese Solidarität kann man sich aber nicht gegen Schikanen und Mißstände wehren. Ein anderer wesentlicher Punkt ist die Vergabe von Urlaub und Ausgang. Es läßt sich errechnen, daß eine weit größere Zahl von Urlaubstagen möglich wäre, so daß es etwa dem Urlaub eines Arbeiters entsprechen würde. Eine derartige Regelung wäre durchaus angemessen, wenn man bedenkt, daß die Kaserne in der Regel viele Eisenbahnstunden vom Heimatort entfernt liegt. Das gilt besonders für verheiratete Soldaten und solche mit Kindern. Es läßt sich aber die geringe Zahl von Urlaubstagen wesentlich besser als Druckmittel verwenden, läßt sich fast jede Zusatzleistung aus den Rekruten erpressen. Man kann den gerade Einberufenen nur raten, sich untereinander strikt solidarisch zu verhalten und auftretende Schikanen auch Schikanen zu nennen, denn nur gemeinsam ist man stark.

Roter Morgen, Oktober 1978

Die Westmark zur zweiten Währung gemacht

Ein Berliner Werkzeugmacher hat sich von seinem sauer verdienten Lohn einiges Geld zurückgelegt. Er will mit seiner Frau einmal richtig gut essen gehen, in eins der feinen Restaurants der Stadt. Nehmen wir an, das Paar betritt das „Metropol“ in der Friedrichstraße. Der Portier stellt sich ihnen in den Weg, mustert sie kritisch. Dann sagt er: „Darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß dies ein Valuta-Restaurant ist.“ Valuta-Restaurant — auf deutsch heißt das: Für Menschen mit Ostgeld Eintritt verboten! Denn hier kommt nur rein, hier wird nur der bedient, der dem Ober die Rechnung in Westmark, in Dollar oder Franken begleichen kann.

Und das nennen die Herren einen Arbeiter- und Bauernstaat, wo man als Werktätiger von einem solchen Lokal einfach ausgesperrt wird, weil man keine Devisen in der Tasche hat, sondern nur die sauer verdiente Mark aus der Lohntüte.

Aber das ist nur die Spitze des Eisbergs. Tatsächlich ist die Westmark in der letzten Zeit zu einer regelrechten zweiten Währung geworden. Wer mit einem DM-Schein aufwarten kann, dem werden alle Türen geöffnet, der kann alles bekommen, der wird bevorzugt. Am deutlichsten ist das in der Ausweitung der Intershops geworden, die heute wie ein Krebsgeschwür das ganze Land überwuchern. Erinnern wir uns: Noch vor einigen Jahren waren diese Intershops kleine Buden an den Grenzübergängen, in den Städten wie in Berlin und Leipzig, in denen Ausländer oder Westdeutsche für ihre Währung Spirituosen, Zigaretten usw. kaufen konnten.

Heute werden selbst in den mittleren und kleinen Städten ständig neue Intershops aufgemacht, und sie sind beileibe keine Kioske mehr, sondern regelrechte Supermärkte, in denen alles zu haben ist, vom Waschpulver bis zum Fiat Mirafiori. Alles das, was man in den normalen Läden vergeblich sucht, es sei denn, man hat genug Geld, um in den Exquisit- und Delikatläden einzukaufen.

Es ist nicht von ungefähr, daß Honecker in seiner berichtigten Dresdner Rede im letzten Oktober gezwungen war, öffentlich dazu Stellung zu nehmen; denn die Empörung über die Ausweitung dieser Devisenläden ist groß. Er versuchte, ihre Existenz mit dem „großen Besucherstrom“ aus dem Westen zu rechtfertigen, mit den „etwa 9,5 Mill. Gästen aus den kapitalistischen Ländern, die bei uns essen, zum großen Teil übernachten und selbstverständlich auch Geld in den Taschen haben.“

In der früher sozialistischen DDR war es doch wohl selbstverständlich, daß sich die ausländischen Besucher ihr Geld in unsere Landeswährung eintauschten. Aber einmal abgesehen davon, will uns denn Honecker ernsthaft weismachen, daß diese ausländischen Gäste kommen, um sich in den Intershop-Läden mit Blumenzwiebeln oder mit Kacheln zu versorgen?

Nehmen wir doch nur einmal die Sache mit den Kartoffeln. Im letzten Sommer waren in einigen Gegenden die Kartoffeln so rar, daß man zum Teil kilometerweit fahren mußte, um welche zu bekommen. Ja, es ist vorgekommen, daß sich einige sogar Kartoffel-Pakete von Verwandten in besser versorgten Gebieten mit der Post schicken ließen. Da tauchten plötzlich in allen Intershop-Läden

Kartoffeln auf, für 85 Pfennig West der 5-Kilo-Beutel. Weil aber diese Aktion des Honecker-Regimes eine breite Empörung auslöste, wurde sie schon nach einigen Tagen abgeblasen, und die Kartoffeln verschwanden wieder aus den Intershop-Läden.

Dies zeigte aber wieder einmal in aller Klarheit, was es mit diesen Devisen-Läden auf sich hat, daß alles Gerede von den „Gästen aus den kapitalistischen Ländern“ nur eine schmutzige Lüge des Regimes ist. Wir selbst sind es, die in diesen Läden Westgeld ausgeben sollen.

Schon 1974 wurden in der Gier nach Dollar und Westmark die Beschränkungen der Deviseneinfuhr aufgehoben. Heute darf jeder Westgeld in unbegrenzten Mengen besitzen, ja sogar ein Devisenkonto auf der Bank eröffnen. Nun stellt sich natürlich die Frage: Wer von uns hat denn überhaupt Westgeld? Sind es denn etwa die Arbeiter, die jetzt ihr DM-Konto anlegen?

Gewiß, wir könnten z. B. von unseren Verwandten, die aus dem Westen bei uns zu Besuch sind, ein paar DM bekommen. Und mit solchen verbrecherischen Manövern wie der erwähnten Kartoffel-Aktion spekulieren die Herren ja auch darauf, daß wir unsere Beziehungen zu Verwandten im Westen ausnutzen, um sie regelrecht um ein paar Westmark anzubetteln, damit man sich das Notwendigste zum Leben kaufen kann.

Die Waren aus den Intershops, die Kassettenrekorder, Bosch-Bohrmaschinen oder gar Fiats sind in erster Linie denen vorbehalten, die in großen Mengen über Westgeld verfügen. Das sind die neue Bourgeoisie, die Parteibonzen, Betriebsdirektoren, die bei ihrem Schacher mit den westlichen Konzernen und Staatsbehörden Millionen DM und Dollars in die eigenen Taschen fließen lassen, das sind die reaktionären Professoren und „Künstler“, die bei ihren Gastspielen in der Bundesrepublik, wie sie dort zum Beispiel von der DKP organisiert werden, dicke Honorare einstreichen.

Und natürlich, wo die großen Gangster absahnen, da wollen die kleinen auch ihren Teil haben. Wo die Honecker und Co. sich ihre Villen mit westlichen Luxusgütern ausstaffieren, wo ein Professor Kaul, führender Rechtsverdreher, mit einem Ford Mustang durch die Straßen fährt, wo die vom Regime aufgebauten Film- und Fernsehstars ihren Reichtum dreist zur Schau stellen, da will auch das ganze Pack von mittleren Funktionären, Kleinunternehmern usw. ein paar Brocken abhaben.

Nehmen wir den Dienstleistungssektor, wo heute praktisch nichts mehr ohne Westmark läuft. Wer etwa von einem Handwerksbetrieb einen Termin für notwendige Reparaturen in der Wohnung oder am Auto haben will, der muß schon Westmark hinlegen, um nicht einige Monate warten zu müssen. Das gleiche beim Material: Badezimmer-Armaturen aus Metall? — nur gegen DM. Und auch in normalen Läden tauchen Mangelwaren plötzlich auf, wenn es um die Bezahlung in Westgeld geht.

Ist es da verwunderlich, wenn die Empörung, der Protest dagegen immer mehr anwächst? Wir Arbeiter, Bauern, kleinen Angestellten müssen es täglich sehen, wie die Ausbeuter mit ihrem Reichtum protzen, während für uns die Lebensbedingungen immer schlechter werden — versteckte Preissteigerungen, Versorgungsengpässe, Wartezeiten, schlechte Qualität.

Um dem stärker werdenden Widerstand dagegen zu begegnen, versucht die Honecker-Clique immer neue Ablenkungsmanöver. Die steigenden Rohstoffpreise werden verantwortlich gemacht. Die Warenverknappung durch die Westgeldspekulanten wird irgendwelchen kleinen Schiebern angelastet. So wurde mit großem Propagandarummel eine Möbelverkäuferin ins Gefängnis gesteckt, die ein paar tausend Mark Westgeld von den Kunden angenommen hatte. Auch bei uns wird nach dem kapitalistischen Motto „Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen“ verfahren.

Wer hat denn der Westmark Tor und Tür geöffnet? Wer sorgt dafür, daß bestimmte, selbst bei uns produzierte Waren, nur in den Intershops auftauchen? Wer hat schließlich dafür gesorgt, daß der multinationale Konzern BAT seine in den Intershops verkauften Zigaretten bei uns in der DDR fertigen läßt? Das alles ist doch nicht das Werk einiger kleiner Schieber und Schmarotzer.

Es ist das Werk der Honecker-Clique selbst. Sie hat in ihrer Gier nach westlichen Devisen das Intershop-System aufgebaut und die Westmark zur zweiten Währung gemacht.

Sie braucht diese Devisen nicht nur, um ihr eigenes Luxusleben zu finanzieren. Sie braucht sie auch, um den Schwierigkeiten zu begegnen, die durch die hemmungslose Ausplünderung unseres Landes durch die russischen Sozialimperialisten entstehen. Die Spekulation mit der Westmark, die Öffnung gegenüber Devisen, Krediten und Kapital aus dem Westen, das ist der verzweifelte Versuch des Honecker-Regimes, sich aus den Klauen der kapitalistischen Krise zu befreien, von der auch unsere Wirtschaft erfaßt ist. Aber diese Versuche sind zum Scheitern verurteilt. Sie verschärfen die Krise nur noch mehr. Auf der anderen Seite straft die Einführung von offen kapitalistischen Verkehrsformen wie dem Intershop-System tagtäglich die demagogischen Worte über den angeblichen Aufbau des Sozialismus Lügen.

Da muß auch ein Honecker beteuern: „Diese Läden sind kein ständiger Begleiter des Sozialismus.“ So versucht er, diese Einrichtungen, die so sehr den Haß des Volkes entfachen, als etwas Vorübergehendes hinzustellen. Aber auch das kann nicht verhindern, daß immer mehr Werktätige erkennen werden, daß das Intershop-System und der ganze Sumpf von Schmarotzertum, Spekulation und Schieberei, der damit zusammenhängt, vollkommen unvereinbar mit dem Sozialismus sind, daß all diese Erscheinungen die ständigen Begleiter des kapitalistischen Ausbeutersystems sind, das die Revisionisten in DDR errichtet haben. Nicht nur diese Läden, sondern auch das dazugehörige Ausbeutersystem werden eines Tages unweigerlich auf dem Misthaufen der Geschichte landen.

Roter Morgen, Januar 1978

Frauenberuf: Verkäuferin

Ich bin Verkäuferin in einem kleinen Laden in Berlin, der abseits von I-Shops und Ex-Läden liegt. Er ist also kein Prunk- und Renommierstück und sieht dementsprechend aus. 40 Quadratmeter Größe — da herrscht schon bei zehn Kunden ein mächtiges Gedränge. Für Käufer und Verkäufer ist das belastend. Zur Kasse muß man sich durchzwängen und kann sich kaum in Ruhe umsehen. Einen neuen Anstrich könnte der Laden schon lange vertragen. Auch sonst sind die Bedingungen für uns Verkäuferinnen wahrlich nicht optimal. Ein kleiner Raum dient als Büro-, Umkleide- und Aufenthaltsraum. Komplett wird die Misere, wenn ich an die sanitären Einrichtungen denke. Eine Zeitlang mußten wir in einem Nachbarladen aufs Klo gehen, da unseres kaputt war und es eine Ewigkeit gedauert hat, bis jemand kam, um es zu reparieren... Im Winter herrschen bei uns im Laden mitunter Temperaturen, die einem Hände und Füße absterben lassen. In den letzten beiden Wintern wurde die Kohle so rationiert, daß wir schon die Öfen mit Pappe geheizt haben. Das war aber kein Ausnahmefall. Einige Läden mußten sogar schließen, weil die Kohlen gänzlich ausgegangen waren. Oftmals gibt es für uns keine Möglichkeit, eine warme Mahlzeit zu sich zu nehmen. Dann gibt es eben abwechselnd

Bockwurst oder Kuchen. Fraglich ist bloß, ob das auf die Dauer gesund ist. Auch bei uns machen sich die fehlenden Arbeitskräfte bemerkbar. Reinigungskräfte stehen unserer kleinen Verkaufsstelle natürlich nicht zur Verfügung. Nach Geschäftsschluß muß der Laden von uns saubergemacht werden. Während der Öffnungszeiten darf kein Besen in die Hand genommen werden. Das heißt für uns Verkäuferinnen, unbezahlte Überstunden zu machen. Auch an Lagerarbeitern, die die schweren Transportarbeiten übernehmen, mangelt es. Die wenigen männlichen Kollegen wechseln immer häufiger den Beruf, für die paar Mark will keiner mehr arbeiten. Ein Facharbeiter verdient beim Konsum monatlich 500 Mark brutto, eine ungelernete Verkäuferin 400 Mark. Hinzu kommt die Provision, aber die ist vom Umsatz abhängig und damit vom Angebot.

Es gibt natürlich Schwerpunktmonate wie den Dezember, da ist eine 100 %ige Planerfüllung gewährleistet. Dafür sieht es aber in der verbleibenden Zeit recht mies aus. Der gebrachte Umsatz entspricht in den seltensten Fällen der Auflage und damit bekommen wir in diesen Monaten auch weniger Provision. Das ist zum größten Teil auf das mangelnde Angebot von Seiten des Großhandels zurückzuführen. Oftmals wissen wir nicht, warum wir überhaupt geöffnet haben. So spüren wir die „stabile Versorgung“ an unserem Geldbeutel. Die „stabile Preisentwicklung“ sehen wir aber auch ganz gut. Preissteigerungen gibt es bei fast allen Produkten. Und wo die Preise nicht steigen, sinkt der Gebrauchswert erschreckend. Mit der berechtigten Unzufriedenheit der Kunden über schlechtes Angebot und steigende Preise, haben wir uns als Verkäufer unmittelbar auseinanderzusetzen. Wir sind der Prellbock für die Verkaufsmisere. Oftmals müssen wir Kritiken und Beschimpfungen über uns ergehen lassen, die wohl kaum an unsere Adresse gehen...

Roter Morgen, Okt. 1980

Saizew-Chic: Dar Moskauer Modeschöpfer als Gast Im Palast der Republik", veröffentlicht in der „Freien Welt". Wie Hohn muß diese Luxusmode auf jede Frau wirken!

Kleider machen Leute

„Die Zeit, in der die Menschen auf Antrieb nach ihrer Kleidung in bestimmte Klassen und Schichten eingeteilt wurden, ist vorbei. Die Aufgabe unserer Epoche ist es, das Leben lebenswerter zu machen, alle Menschen die Früchte ihrer Arbeit genießen zu lassen“ (Karl Smolka: „Gutes Benehmen von A bis Z“. Bln. Verlag Neues Leben 1957, S. 195).

„Die verlogene Repräsentation vergangener Gesellschaftsschichten wird in unserer Gegenwart durch einen für alle gleichermaßen schönen wie zweckmäßigen, vor allem die individuelle Persönlichkeit hervorhebenden Bekleidungsstil ersetzt“ (ebenda S. 197).

Gedanken dieser Art machte man sich bei uns in der DDR einmal über die Mode. Das war einmal! Heute hat die Mode in der DDR und in den anderen ehemals sozialistischen Ländern längst wieder das Gesicht und die Funktionen angenommen, die der Kapitalismus ihr gegeben hat. Die Modegestaltung unserer prominenten Modeschöpfer und die oben zitierten Vorstellungen sind wie Feuer und Wasser. Dabei ist es hier in der DDR noch nicht einmal am schlimmsten.

Welche Verständnislosigkeit oder Empörung mögen die Modelle des Moskauer Modeschöpfers Slawa Saizew bei einer Arbeiterin oder werktätigen Bäuerin auslösen. Modelle, die sich in nichts von der bürgerlichen Mode a la Paris oder Italia unterscheiden. Sie sind ebenso haarsträubend extravagant, repräsentativ und teuer. Nicht umsonst wird Saizew als „Topcouturier“, seine Mode als „Top-Mode“ bezeichnet. Top-Mode heißt doch nichts anderes als Elitemode.

Ein Zitat Saizews: „Mode ist eine Lebensäußerung, Echo auf die Umwelt, Ergebnis ästhetischer Erziehung und moralischer Haltung.“ Wessen unverblümete verschwenderische Lebensäußerung, wessen „moralische“ Haltung wird hier gezeigt? Die der privilegierten Oberschichten, der neuen Bourgeoisie der revisionistischen Länder Osteuropas, für die diese Mode, dieser Salon-Promenierluxus auf unsere Kosten kriert wird.

Sehen wir uns nun aber an, was für die „Masse“ produziert wird, was, man nicht auf der Leipziger Messe oder anderen internationalen Märkten zu zeigen wagt. Es gibt wohl kaum einen durchschnittlich verdienenden Bürger der DDR, der die Bekleidungssituation nicht selber bestens kennt. Die zeitraubende, verzweifelte Rumrennerei nach einigermaßen bequemem, halbwegs preiswertem Schuhwerk, nach Obertricotagen und dergleichen mehr. In den Verkaufseinrichtungen des Großhandels hängen die Kleiderstangen voll, da kann keiner meckern, aber die Qualität ist bis auf wenige Ausnahmen nach wie vor völlig unzureichend. X Exemplare werden von ein und demselben Modell angefertigt, was sofort jeden Gedanken und Wunsch nach individueller Bekleidung zunichte macht. Schnitte und Stoffe sind meist sehr geschmacklos zusammengestellt, zweckmäßige Bekleidung ist schwer zu finden.

Ganz zu schweigen von den Preisen. Keinesfalls stehen sie in einem gerechten Verhältnis zur angebotenen Ware. Vor ein paar Jahren bezahlte man 30 bis 40 M für ein gutes Paar Lederschuhe, für ein Tageskleid ca. 60 bis 100 M, für ein Paar Herrenhosen 50 bis 80 M. Heute muß man ohne Übertreibung das eineinhalb- bis zweifache für die gleiche und noch schlechtere Qualität ausgeben.

Schauen wir uns zum Beispiel die Jugendmodeeinrichtungen an. Vor ungefähr sechs Jahren waren die Preise für die jugendlichen Käufer noch zu verkraften. Import-Lewis kosteten damals 50 bis 70 M. Heute kosten schon die Honecker-Jeans aus Mischgewebe über 100M. Ein Löbnitzanzug 25 in weiß, bestehend aus Weste und Hose kostet 183 M, ein ähnliches Modell in blau 162 M. Dann gibt es Hosen-Jacken-Anzüge für 212 M, 202 M, 183 M. Jeansmäntel a 250 bis 278 M, Hemden 30 bis 50 M. Blusen kosten ca. 50 bis 100 M, Kleider 100 bis 120 M. Wen interessiert es schon, daß ein Jungfacharbeiter früher wie heute nur ca. 500 bis 600 M verdient und damit über die Runden kommen muß. Wer nimmt auf einen Lehrling Rücksicht, der sich früher hin und wieder mal was in der Jugendmode kaufen konnte.

Keiner der „hohen Herren“ der Bekleidungsindustrie oder des Ministeriums für Versorgung wird sich Gedanken darüber machen, daß ein krasses Mißverhältnis besteht zwischen den unaufhaltsamen Preissteigerungen und den minimalen Lohn- und Gehaltserhöhungen der Werktätigen. Denn solche Gedanken wären ganz und gar nicht gewinnbringend.

Um den Mißmut der Bevölkerung klein zu halten über das miese Versorgungsangebot, darüber, daß es ZK-Shops mit überwiegendem Importangebot, eine Sonderetage im Berliner Warenhaus für die besseren Kunden und Intershops — jedoch keine Devisen — gibt, werden mit lautem Hurra-Geschrei überall in der Republik Exquisitläden eröffnet. Jetzt hat eine werktätige Familie mit ca. 900 bis 1.400 M Nettoverdienst die Qual der Wahl, billig aber schlecht im Konsum zu kaufen oder viel Geld im „Exquisit“ zu lassen.

Das Angebot in diesen Exquisitmoden und Boutiquen ist mannigfaltig, die Qualität durchaus besser. Aber auch hier wird weit über dem Wert verkauft. Importe aus dem westlichen Ausland sind zum Beispiel überwiegend nur zweite und dritte Qualität. Was die DDR-Produkte betrifft, so wird alles um vieles billiger produziert, sind die Materialpreise viel geringer als uns vorgemacht wird. Die Kosten für die Herstellung eines Schuhs betragen beispielsweise nur 6 bis 10 M.

Die Preise werden künstlich hochgeschraubt. Wie wäre es sonst möglich, Waren auf westlichen Märkten zu einem Bruchteil ihres DDR-Preises zu verkaufen (selbst wenn man 1:4 rechnet und das Dumping berücksichtigt)! Man bezahlt auch mehr für den letzten Modeschrei als für die Ware selbst. Und wieviele Bekleidungsstücke erweisen sich als billiger, einfallsloser, teilweise geschmackloser Abklatsch der westlichen Mode, zum Beispiel Punk-Look, Cowboy-Look, englisch-irischer Stil.

Die exquisite Preispalette sieht folgendermaßen aus: Kleider 250 bis 400 M, Hosen 150 bis 250 M, Obertricotagen 100 bis 200 M, Schuhe 120 bis 200 M, Stiefel 180 bis 300 M.

Wer kauft nun in diesen Läden? Das sind Angehörige der besser bezahlten Mittelschichten mit einem Monatsverdienst von 1.500 bis 3.000 M, die sich das also leisten können. Ärzte, Künstler, Handwerker, Wissenschaftler, Leiter usw.

Vom Konkurrenz- und Konsumdenken angestachelt, kaufen sie oft ausschließlich in solchen Läden. Sie wollen Privilegien demonstrieren, möchten in ihren Kreisen nicht nachstehen.

Man sieht auch Werktätige dort, Arbeiter. Sie möchten auch einmal etwas Schönes kaufen und geben so zum Beispiel für einer Wintermantel einen ganzen Monatsverdienst aus.

So sind die Ex-Läden für die einen eine nette Einrichtung, durch die man zeigen kann, „man ist wer“ — und nützen „nebenbei“ dem Staat, der die Mittelschichten bei Laune halten und gleichzeitig die Kaufkraft abschöpfen will. Den anderen, nämlich den Arbeitern, machen sie ihre miese Lage nur noch deutlicher.

Sollen wir uns wie früher die Nasen an den Schaufenstern der Reichen platt drücken — an den ZK-Shops, Intershops, Exquisitläden? Sie alle sind ein Beweis dafür, daß es bei uns krasse Klassenunterschiede gibt. Zu Recht wird der Protest gegen diese Einrichtungen immer lauter.

Roter Morgen Febr. 1979

In der DDR ist die Frau gleichberechtigt

Für den oberflächlichen Betrachter erscheint das sogar glaubhaft: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Bildungschancen, rechtliche Gleichstellung der Frau, Krippen und Kindergärten, verkürzte Arbeitszeit für Mütter, Babyjahr, Ausbau der Dienstleistungen, Männer, die sich an der Hausarbeit beteiligen.

Aber wie sieht das Leben der Frauen in der Praxis aus? Sind sie wirklich gleichberechtigt, also über den formell-juristischen Rahmen hinaus?

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, was ist dieses Prinzip wert, wenn nach fast 30 Jahren DDR noch immer in einem solchen Maß nach Männer- und Frauenberufen unterschieden wird. Verkäuferin, Kindergärtnerin, Krankenschwester, Frisöse, Raumpflegerin. Bandarbeiterin — das sind typische Frauenberufe. Das Einkommen liegt zwischen 350 bis 550 Mark. Ein männlicher Facharbeiter dagegen verdient nur in Ausnahmefällen weniger als 600 Mark; hier liegt das Einkommen bei Normalschicht zwischen 600 und 800 Mark. Wie erniedrigend ist es für eine Frau, sich von den Männern Bemerkungen anhören zu müssen wie folgende: „Für das Geld, das du verdienst, würde ich nicht mal morgens aufstehen.“

Ökonomische Unabhängigkeit — eine Grundvoraussetzung der Gleichberechtigung — hat die Frau damit bestimmt nicht erreicht, der Mann ist der „Ernährer“, sie „verdient dazu“. Ist ein Kind krank, bleibt schon aus diesem Grunde im allgemeinen die Frau zu Hause. Aus dem gleichen Grunde sind die Frauenberufe natürlich auch nicht angesehen, obwohl sie oft schwer und sehr wichtig sind. Man denke nur an der Beruf der Krankenschwester.

Ja, so hört man, wir können doch wenigstens arbeiten gehen, es gibt Kinderkrippen und -gärten, die Plätze sind sehr billig! Richtig, aber sollen wir dankbar dafür sein, daß der Drang der Frauen weg von den „3 K“ (Kinder, Küche, Kirche) vom Staat schamlos ausgenutzt wird, um massenweise billige Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben! Und wie sieht sie denn praktisch aus, die allgemeine Berufstätigkeit der Frau? Die materiellen Voraussetzungen dafür sind hier und heute in keiner Weise gegeben. Um 6 Uhr hetzen Mutter und Kinder aus dem Haus, sind um 17 Uhr wieder da. Die halbe Stunde, die uns Frauen „großzügig geschenkt“ wurde, reicht kaum aus für den Weg von einer Kindereinrichtung in die andere.

Oder denken wir an die langen Schlangen in den Kaufhallen, die miese Versorgung, das Herumrennen nach brauchbarer Kleidung. Selbst bei REWATEX „erwischt“ längst nicht jeder eine Früh- oder Spättour, muß also seine Wäsche selbst wegbringen oder waschen. Und die Münzautomaten sind nicht deswegen so leer, weil wir keine schmutzigen Sachen haben, sondern weil wir sie nicht bezahlen können.

Was nutzen uns alle Lobsprüche auf unser Gesundheitswesen, wenn unsere Kinder laufend krank sind — übrigens einer der Hauptgründe für die ebenfalls als Geschenk deklarierte bezahlte Freistellung für ein Jahr der Mütter beim zweiten Kind. So sieht doch der Arbeitsrhythmus einer Frau mit Kindern aus: eine Woche im Betrieb, zwei Wochen kranke Kinder pflegen, eine Woche im Betrieb, zwei Wochen...

Das alles zeigt, daß von gleichen Chancen für beruflichen Erfolg für uns Frauen nicht die Rede sein kann. Aber wir gehen trotzdem arbeiten, müssen wir ja, denn vom Verdienst des Mannes kann kaum noch eine Familie leben.

Doch die Arbeit ist uns nicht Freude und Befriedigung, sondern Qual. Die Belastungen sind höher als viele Menschen ertragen können. Die hohe Scheidungsquote spricht für sich.

Ganz am Rande sei noch vermerkt, daß in der DDR die Frauen das drei- bis vierfache des Mannes an Hausarbeit leisten. Damit wir nicht anfangen, über unsere miese Lage nachzudenken, gibt es eine eigene Kultur für die Frau. Fernsehsendungen, Frauenzeitschriften, die uns auf Kochen, Liebe, Kindererziehung, Mode, Wohnkultur, sogenannte schöne Dinge lenken. Wo Diskussionen darüber geführt werden, daß Ellen B. von ihrem Mann betrogen wird, weil sie nicht auf sein Fußballinteresse eingeht, wo allen wirklichen Problemen und ihren gesellschaftlichen Ursachen aus dem Wege gegangen wird. Einmal im Jahr, am 8. März, dürfen wir dann mit unserem staatlichen Leiter am Tisch sitzen, Kaffee trinken, Kuchen essen und die beklemmende Atmosphäre solcher Feiern überspielen. Oder eine der berüchtigten Frauentagsfeiern mitmachen, bei denen man sich vorkommt und auch angesehen wird wie eine Herde Kühe. Auf solche Frauen„ehrerung“ können wir verzichten. Wir wollen arbeiten, denn ohne die allgemeine Berufstätigkeit der Frau gibt es keine Gleichberechtigung! Aber die gesellschaftlichen Verhältnisse müssen so verändert werden, daß das wirklich möglich wird.

Roter Morgen, Feb. 1979

Quellen:

Diverse Ausgaben des ROTEN MORGEN;

Studien der KPD

Bolschewiki – illegale Broschüre von KommunistInnen in der DDR, 1988

Hanna Behrend: Abwicklung der DDR. Wende und deutsche Vereinigung von innen gesehen. Berlin 1996

Daniela Dahn: Wir bleiben hier oder Wem gehört der Osten. Hamburg 1994

Wolfgang Dümcke und Fritz Vilmar: Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses. Münster 1995

Ralph Hartmann: Die Liquidatoren, Berlin 1997

Andrej Holm, Telegraph, 1/98

Studien des britischen Wirtschaftswissenschaftlers Wendy Carlin und Colin Mayer

Treuhandnachfolgerin: BvS-Angaben

Weitere Studienliteratur als Buch: Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte (Bd.1)

Zeitungsverlag Roter Morgen, 1996

ISBN 3-928666-21-5

Eine kontroverse Diskussion über den Sozialismus (Bd.2) (als Buch)

Zeitungsverlag Roter Morgen, 1998

ISBN 3-928666-34-7

1991, *Roter Morgen*: Die Revisionisten Alia & Co. - Feinde des albanischen Volkes

Der Text „Die Revisionisten Alia & co...“ ist online verfügbar über: www.kpd-ml.net

Angesichts der vielen Schwierigkeiten in Sowjetrußland verfielen manche KommunistInnen in Verzagtheit. Lenin beschrieb eigene Erlebnisse in den Alpen und Karpaten im Artikel „Über das Besteigen von hohen Bergen“ (1922)

„Stellen wir uns einen Menschen vor, der einen sehr hohen, steilen und noch unerforschten Berg besteigt. [...] Er befindet sich nun in einer Lage, in der ein Weiterkommen in der gewählten Richtung und auf dem eingeschlagenen Weg schon nicht mehr nur schwierig und gefährlich, sondern geradezu unmöglich geworden ist. Er muß umkehren, abwärts steigen, andere Wege suchen, die zwar länger sein mögen, dafür aber die Möglichkeit in Aussicht stellen, den Gipfel zu erreichen. Der Abstieg [...] bietet vielleicht gar noch größere Gefahren und Schwierigkeiten als der Aufstieg: man tut leichter einen Fehltritt; es ist nicht so bequem, sich die Stelle anzusehen, auf die man den Fuß setzt; es fehlt jene besonders gehobene Stimmung, die durch das unmittelbare Hinaufsteigen, direkt dem Ziel zu, entstanden war, usw. Man muß sich anseilen, ganze Stunden darauf verwenden, mit dem Pickel Stufen oder Stellen zur sicheren Befestigung des Seils auszuheben, man muß sich mit der Langsamkeit einer Schildkröte fortbewegen, und noch dazu rückwärts, abwärts, weg vom Ziel, und immer noch ist nicht zu sehen, ob dieser verzweifelt gefährliche, qualvolle Abstieg ein Ende nimmt, ob sich ein einigermaßen aussichtsreicher Umweg finden läßt, auf dem man wieder - kühner, rascher und direkter - vorwärts, aufwärts, dem Gipfel zu gehen könnte. [...]

Die Stimmen von unten aber klingen schadenfroh. Die einen zeigen ihre Schadenfreude offen, johlen und schreien: Gleich wird er abstürzen, geschieht ihm ganz recht, das ist ja Wahnsinn, was er macht! Die ändern trachten ihre Schadenfreude zu verbergen.“



VOLKSSTIMME, 29.6.1991

Ministerpräsident Gerd Gies zur wirtschaftlichen Lage

Vollbeschäftigung ab 1994 in Sachsen-Anhalt?

Magdeburg (EB/W. S.) In einer Presseerklärung zu den nach dem 30. Juni 1991 zu erwartenden Massenentlassungen bezeichnete Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Gerd Gies die heutige Arbeitslosigkeit als „Resultat der 40jährigen sozialistischen Mißwirtschaft“. Ziel seiner Politik sei es, Vollbeschäftigung im Lande durch einen wirtschaftlichen Aufschwung bis 1994 zu erreichen.

Für Investitionen würden, so Gies, optimale Bedingungen geschaffen. Im Haushalt seien zu diesem Zweck 4,2

Milliarden Mark eingeplant. Während bis 1989 im damaligen Bezirk Magdeburg nur 3000 Betriebe gegründet worden waren, seien es seit Januar 1990 in Sachsen-Anhalt bereits 60 000 Unternehmen, und monatlich kämen noch 3000 dazu.

„Wir haben durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gemeinsam mit den Unternehmen und den Gebietskörperschaften 31 Entwicklungs- und Sanierungsgesellschaften ins Leben gerufen, die noch in diesem Jahr bis zu 60 000 Menschen eine produktive

Arbeitsaufgabe geben sollen“, heißt es in der Erklärung weiter. So könnten ökologische Altlasten saniert, nicht mehr benötigte Produktionsanlagen abgetragen oder Verkehrsanlagen verbessert werden.

Ministerpräsident Gies ist der Auffassung, daß sich die Entwicklungs- und Sanierungsgesellschaften nach und nach in private Unternehmen umwandeln, die noch auf lange Sicht mit Altlast-Sanierung beschäftigt seien und so ein zweites wirtschaftliches Standbein schaffen würden. „Dafür brauchen wir aber die ideen- und initiativreiche Mitarbeit der Bevölkerung“, bekennt der Regierungschef und rät den Arbeitnehmern nachdrücklich, Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen.

KPD/ML:

PSF: 351102

39034 Magdeburg

www.kpd-ml.org

